



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **9. April 1940**
Der deutsche Überfall auf Dänemark und seine Folgen
- **Minderheitenleben**
Einblicke in ein grenzüberschreitendes Forschungsprojekt
- **Grenzverbände**
Aktuelle Arbeit und Zukunftsperspektiven
- **Minderheitenpolitik**
Streit über deutsche Sparmaßnahmen

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

INHALT

Seite

Karl Christian Lammers

Der 9. April 1940.

Ein Schicksalstag in der deutsch-dänischen Geschichte255

Anna Buck

Minderheitenleben – konkret.

Einblicke in ein Forschungsprojekt265

Anja Christiansen

Zukunftsfaktor Vielfalt. 7. Dialog ADS-Grenzfriedensbund:

Die Grenzverbände und ihre Perspektiven275

Jørgen Kühl

Eine Kehrtwende der Minderheitenpolitik?

Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen

der dänischen Minderheit 2010285

Umschau315

Echo326

Buchbesprechungen331

Mitarbeiter/innen dieses Heftes339

Abbildungsnachweis340

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 4 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Ove Jensen, M.A., Lollfuß 6 · 24837 Schleswig
- Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee
- Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg
- Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung:

Mittelstaedt Media Design, Libellenring 16 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98

E-Mail: mittelstaedt-design@web.de · <http://www.mittelstaedt-media-design.de>

Druck:

Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

ISSN 1867-1853

Der 9. April 1940

Ein Schicksalstag in der deutsch-dänischen Geschichte

von KARL CHRISTIAN LAMMERS

Am 15. September 2010, dem Jahrestag der ersten Deportation dänischer Gefangener aus dem Internierungslager Frøslev via Harrislee in deutsche Konzentrationslager, hatten die deutsch-dänische Arbeitsgemeinschaft „Harrislee-Bahnhof“ und die Gemeinde Harrislee gemeinsam mit dem ADS-Grenzfriedensbund, Historisk Samfund for Sønderjylland, Sydslesvigsk Oplysningsfond, der VHS Harrislee und der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg zu einer Gedenkveranstaltung eingeladen, in deren Mittelpunkt ein Vortrag des dänischen Historikers Karl Christian Lammers über den 9. April 1940 – einen der Schicksalstage in der deutsch-dänischen Geschichte – stand. Der Professor für deutsche und westeuropäische Geschichte am Saxo-Institut der Universität Kopenhagen erinnerte an den Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Dänemark und warf einen Blick auf die fünfjährige Besatzungszeit sowie auf die Konsequenzen, die sich daraus für das deutsch-dänische Verhältnis und die Erinnerungskultur ergeben haben. Wir geben den Vortrag in einer redaktionell überarbeiteten Form wieder.

Die Redaktion

Einleitung

Auch 70 Jahre nach dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Dänemark und Norwegen am 9. April 1940 ist dieser Tag – anders als in der deutschen Geschichte – ein bedeutendes Erinnerungsdatum in der dänischen Geschichte. Die Entscheidungen, die dänischerseits auf den Überfall folgten, hatten nicht nur prägende Bedeutung für die Erfahrung mit der Okkupationszeit, sondern auch für die Interpretationen dieser Erfahrung nach 1945, als der 9. April und die Okkupation ein wichtiger „lieu de mémoire“ für die dänische Nation wurden und für viele Jahre auch das dänisch-deutsche Verhältnis erheblich belasteten.

Über den Tag des Überfalls und die Interpretation der daraus resultierenden Folgen herrscht heute jedoch keine Einigkeit mehr. Für fast alles, was mit der bis zum 4. Mai 1945 währenden Okkupation verbunden wird, gibt es ein Für und Wider angesichts der Ausgangslage und der tatsächlichen Möglichkeiten, die Dänemark seinerzeit hatte.

Die geschichtlichen Fakten

Gegen den deutschen Angriff am Morgen des 9. April 1940 schien militärischer Widerstand aussichtslos. Dänemark kapitulierte schnell, fast kampflös. Die dänische Regierung ergab sich der feindlichen Übermacht, sie beugte sich dem deutschen Ultimatum und arrangierte sich unter Protest mit den Nationalsozialisten, wie sich einem Aufruf des Königs entnehmen lässt: „Sie (die Regierung, KCL) hat unter Protest beschlossen, die Verhältnisse des Landes mit Rücksicht auf die stattgefundene Besetzung zu regeln, und daher wird Folgendes bekannt gemacht: Die deutschen Truppen, die jetzt sich im Lande befinden, setzen sich in Verbindung mit der dänischen Wehrmacht, und es ist die Pflicht der Bevölkerung, sich von jeglichem Widerstand gegenüber diesen Truppen fernzuhalten. Die dänische Regierung wird versuchen, das dänische Volk und unser Land gegen das Unglück, das sich aus den Kriegsverhältnissen ergibt, zu sichern, und sie fordert die Bevölkerung zu ruhiger und beherrschter Haltung gegenüber den nun entstandenen Umständen auf. Ruhe und Ordnung muss das Land prägen, und loyales Auftreten gegenüber allen, die eine Amtsbefugnis wahrnehmen müssen.“

Rein formell betrachtet befand sich Dänemark somit nicht im Krieg mit dem Deutschen Reich. Aus der kampflösen Übergabe erfolgte die besondere dänische Ordnung, die sogenannte „friedliche Besetzung“, da die dänische Regierung – anders als die norwegische – das deutsche Angebot akzeptierte. Dieses führte aus dänischer Sicht zwar zu einer unfreiwilligen und aufgezwungenen Ordnung. Es wurde jedoch zugesichert, dass Dänemark, obwohl es militärisch besetzt war, offiziell und formell seine Souveränität, Unabhängigkeit und Neutralität sowie territoriale Integrität bewahren konnte.

Das dänische demokratische System und die dänischen Verfassungsorgane – der König, der Reichstag, die Regierung sowie die Verfassung – bestanden fort. Die Dänen regierten sich weiterhin selbst, es gab eine dänische Gesetzgebung, Rechtshoheit und Justiz und bis 1943 auch ein dänisches Militär. Die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse wurden zwar nur im geringen Maß durch die Okkupation beeinflusst, die Demokratie und der Rechtsstaat blieben aber nur dem Anschein nach unangetastet, und auch der Export nach Übersee wurde bald abgebrochen.

Eine vergleichbare Lage war auf der deutschen Seite zu vermerken. Obwohl das dänische Territorium militärisch besetzt war, wähten die Deutschen sich nicht im Krieg mit dem Nachbarn, und sie erkannten das Land als souverän und unabhängig an. Die besondere Ordnung regelte die Beziehungen Dänemarks zur feindlichen Besatzungsmacht in den Formen eines unabhängigen und neutralen Staates. Anders als in Norwegen gab es auch keine deutsche Kriegs- oder Be-



Abb. 1
Erik Scavenius (l.),
in der Besetzungszeit
dänischer Außenminister
und Staatsminister, mit
Dr. Werner Best (r.),
deutscher Reichsbevoll-
mächtigter in Dänemark,
um 1943

satzungsverwaltung und kein deutsches Verordnungsrecht. Zwischen Dänemark und dem deutschen Reich herrschten weiterhin zwischenstaatliche Beziehungen, die über die auswärtigen Ämter und die Gesandtschaften in Kopenhagen und – in geringerem Maße – in Berlin liefen. Diese Stellung Dänemarks war einmalig im deutsch besetzten Europa. Die besonderen Zustände waren letztendlich in einer einmaligen deutschen Besatzungspolitik begründet, wie der dänische Historiker Henning Poulsen bemerkt hat. Vor allem mit wirtschaftlichen Motiven lässt sich das deutsche Interesse, die Verhältnisse so zu belassen, erklären. Die dänische Ordnung und die Politik der Zusammenarbeit legten der deutschen Seite allerdings Verpflichtungen auf. Selbstverständlich war die dänische Sou-

veränität letztendlich eine Fiktion, die nur so lange funktionieren würde, wie sie für die Deutschen dienlich war. Deshalb war diese Souveränität nicht total eingeschränkt worden, deutsche Wünsche und deutscher Druck führten aber zu gewissen Einschränkungen wie z. B. die Pressezensur. Dänemark war das „Modellprotektorat“, wie Ulrich Herbert zutreffend aufgezeigt hat. Die sonderbare Regelung hatte zur Folge, dass die dänische Regierung über eine aufgezwungene und unfreie Verhandlungspolitik oder unfreiwillige Politik der Anpassung oder Zusammenarbeit mit den Deutschen bestrebt war, das politische und gesellschaftliche System intakt und möglichst frei von Eingriffen und Repressionen zu halten. Oberstes Ziel war es, die dänische Gesellschaft und das Volk vor den Folgen des Krieges zu schützen.

Ob es richtig war, mit dem eingedrungenen Feind zusammenzuarbeiten, war und ist umstritten: Die dänische Politik gegenüber der deutschen Okkupationsmacht wird daher auch unterschiedlich bewertet. Von der damaligen Regierung wurde sie als Verhandlungspolitik charakterisiert. Widerstandskreise bezeichneten sie als Zusammenarbeit und eine Vielzahl von Historikern später sogar als Kollaboration oder Staatskollaboration im französischen Sinne. Die Politik der Regierung, die seit 1940 als Sammlungsregierung aus den vier alten Parteien bestand, forderte weitgehende Anpassung, aber sie muss als lange erfolgreich beurteilt werden. Sie war anfänglich aktiv, zeitweise sogar aktivistisch, sie wurde aber seit 1942 infolge wachsender deutscher Forderungen und angesichts unübersehbarer Probleme in der deutschen Kriegsführung defensiver. Solange die Deutschen ihrerseits die Souveränität Dänemarks respektierten, funktionierte die Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Dänemark näherte sich Deutschland sogar außenpolitisch an, so z. B. im Herbst 1941 mit dem Eintritt in den Antikominternpakt, der allerdings keine militärische Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion beinhaltete.

Mit zunehmender Kriegsdauer gestaltete sich die Verhandlungspolitik der Regierung auch infolge von wachsendem Widerstand und Sabotage schwieriger. Es konnte aber verhindert werden, dass deutsche Justiz, Polizeigerichtsbarkeit und Gesetzgebung (auch gegenüber den Juden) eingeführt wurden. Die Politik der Sammlungsregierung wurde im März 1943 – was im besetzten Europa einmalig war – sogar in Parlamentswahlen bestätigt.

Dass die Anpassungspolitik nicht von allen Dänen getragen wurde, zeigte sich z. B. im Sommer 1941, als die Regierung bei der Festnahme der dänischen Kommunisten weitgehend tatenlos zusah. Der ursprüngliche dänische Widerstand richtete sich daher gegen die Regierung und ihre Politik und weniger gegen die Besatzungsmacht. Dies änderte sich erst 1942/43, als es dem dänischen Widerstand nunmehr auch darum ging, mit seinen Aktionen die deutsche Kriegsführung zu lähmen.

Der Rücktritt der dänischen Regierung am 29. August 1943 beendete die Phase der auf Verständigung zielenden Verhandlungspolitik. Vorausgegangen war eine Streikwelle. Derart unter Druck stehend, war das Kabinett nicht mehr bereit, der deutschen Forderung nach der Todesstrafe für Sabotageaktionen Folge zu leisten. Der deutsche Eingriff in die Souveränität und die Rechtshochheit führte zwar zum Bruch, inoffiziell wurde die Politik der Zusammenarbeit allerdings unter der Leitung der Staatssekretäre (Departementschefstyret) weitergeführt.

Mit der Ausrufung des militärischen Ausnahmezustandes wurde das dänische Militär interniert und entwaffnet. Es folgten Aktionen der Gestapo, die Einführung deutscher Gerichtsbarkeit und die letztlich misslungene Aktion gegen die dänischen Juden am 1. Oktober 1943. Diese waren zuvor gewarnt worden und die meisten konnten mit dänischer Unterstützung nach Schweden entkommen. Vor allem der seit Herbst 1943 erstarkte Widerstand und die in diesem Zusammenhang stehende Gründung des Freiheitsrates hatten dazu beigetragen, dass Dänemark – wenn auch als letztes Land – als Verbündeter der Alliierten im Krieg gegen Deutschland anerkannt wurde, allerdings nicht von der Sowjetunion, da Dänemark ja, wie oben erwähnt, am Antikominternpakt beteiligt war.

Alles in allem kann die Situation in Dänemark nicht mit der in anderen besetzten Ländern wie Norwegen oder den Niederlanden verglichen werden. Das Besondere an der politischen Situation in Dänemark ist scharf und zutreffend von dem dänischen Historiker Henning Poulsen umschrieben worden: „Dänemark kollaborierte politisch mit der Besatzungsmacht und erhielt dafür Verhältnisse, die im Vergleich mit anderen besetzten Ländern gut und verhältnismäßig frei waren. Dänemark erhielt aber auch eine Widerstandsbewegung zum halben Preis, und zuletzt wurde das Land als alliierte Macht anerkannt, ohne in den Krieg einzutreten.“

Es besteht kein Zweifel darüber, dass es ein Erfolg der dänischen Politik und Diplomatie war, das militärisch besetzte Land aus dem Krieg herauszuhalten. Dänemark ist somit glimpflich davongekommen, es wurde nicht vom Krieg zerstört, der Holocaust fand in Dänemark nicht statt. Die dänischen Juden wurden fast alle gerettet, und auch die Verluste an Menschen waren, abgesehen von den wenigen Freiwilligen, die der Waffen-SS beigetreten waren und den Seeleuten, gering.

Der 9. April als Erinnerungstag

Was den 9. April als Erinnerungstag besonders umstritten gemacht hat, sind Fragen, die dieses für Dänemark schicksalhafte Datum und die folgende Besetzungszeit aus einer eher politisch-moralischen Perspektive beleuchten:

- Weshalb hat man sich auf dänischer Seite nicht gegen die deutschen Angreifer verteidigt, sondern sich fast kampflös ergeben?

- Weshalb hat man in Dänemark mit einer feindlichen Besatzungsmacht zusammengearbeitet, mit einem Aggressor, der anderswo in Europa und besonders in Osteuropa einen brutalen Krieg mit Verbrechen und Völkermord führte?
- War Dänemark in Wirklichkeit nicht ein Kriegsverbündeter des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen? Hat das Land in dieser Rolle dem Deutschen Reich durch fortgesetzte Handelsbeziehungen und wichtige Güterlieferungen (vor allem Lebensmittel) dabei geholfen, den Krieg zu verlängern, und trägt es damit zumindest eine moralische Mitschuld an den in dieser Zeit begangenen Verbrechen? Wurde also das positive Verhältnis Dänemarks in materieller und sozialer Hinsicht auf Kosten anderer Nationen erkaufte?

Die Reaktion Dänemarks am 9. April 1940 war gewissermaßen die logische Folge einer dänischen Außen- und Verteidigungspolitik, die eine Verteidigung des Landes gegen einen deutschen Angriff aus militärischen Gründen für aussichtslos hielt. Die kampflose Kapitulation lag also in der Logik der dänischen Neutralitäts- und Sicherheitspolitik, die eine Anpassung, ja sogar eine Besetzung als ein notwendiges Übel betrachtete. Diese Politik war schon vor dem Kriege von einer Mehrheit unterstützt worden.

In der Argumentation späterer Kritiker wurde dies als Anbiederung und Demütigung empfunden, weil man sich ohne jegliche Gegenwehr aufgegeben hatte. Dänemark hätte sich damals verteidigen und ein Zeichen setzen müssen, rügte etwa der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen 60 Jahre nach Kriegsende. Seine harsche Reaktion rührte aber auch daher, dass er mit dieser Kritik ebenso versuchte, seine eigene Irak-Politik zu legitimieren.

Die Argumentation der Regierung in der Besatzungszeit und der sie stützenden Parteien war hingegen, dass die Sammlungsregierung eine Politik zum Nutzen und Schutz der Bevölkerung und des Landes, seiner Wirtschaft und Gesellschaft geführt habe. Tatsächlich sei es gelungen, den Krieg vom Land fernzuhalten und die finanziellen Belastungen für die dänische Gesellschaft zu mindern. Die Regierung habe dabei durchaus im Einklang mit der eigenen Bevölkerung gehandelt.

Diese Einschätzung wird heute auch von den meisten dänischen Historikern geteilt: Eine andere Reaktion auf den deutschen Angriff wäre unter den gegebenen politischen und militärischen Voraussetzungen nicht möglich und aus der damaligen Perspektive wenig sinnvoll gewesen. Die Regierung habe damit in einer anderen Lage das erfolgreiche Kunststück der Neutralitätspolitik aus dem Ersten Weltkrieg wiederholt. Obwohl Dänemark im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen eingenommen und besetzt worden war, hätten durch die Regierungspolitik viele Soldaten und Juden gerettet werden können. Eine neue Generation von Besatzungshistorikern betont aber unter moralischen Aspekten auch, dass die Anpassungspolitik der Regierung z. B. zu Lasten der verhafteten Kommunis-

ten ging oder dass dänische Unternehmer am Bau deutscher Verteidigungsanlagen im besetzten Europa beteiligt waren.

In der historischen Auseinandersetzung umstritten ist auch die sogenannte Rechtsabrechnung nach 1945. Sie zielte vor allem auf jene dänischen Staatsbürger, die sich während der Besatzungszeit „unnational“ verhalten hätten. Die Bewertung der Politik der damaligen Regierung und des Reichstages wurde hingegen einer parlamentarischen Kommission überlassen, die in ihrem erst 1954 vorgelegten Bericht die Verständigungs- und Verhandlungspolitik aber praktisch rehabilitierte. Dafür wurden andere, wie etwa dänische Freiwillige der Waffen-SS, Beamte in der Verwaltung und nicht zuletzt Mitglieder der deutschen Minderheit, die den Aufforderungen der Regierung zur praktischen und aktiven Zusammenarbeit mit den Deutschen ja gefolgt waren, strafrechtlich verfolgt und mit Gefängnis und anderen Sanktionen bestraft.

Der 9. April im Bedeutungswandel

Der 9. April 1940 ist – wie die Niederlage im Krieg gegen Preußen und Österreich 1864 – ein wichtiges Ereignis in der dänischen Geschichte, insbesondere im Hinblick auf die dänisch-deutschen Beziehungen. Der deutsche Überfall zeigte sehr deutlich die Verletzbarkeit des dänischen Kleinstaates gegenüber dem zumeist als aufdringlich und aggressiv empfundenen großen deutschen Nachbarstaat auf. Wenn nach der Befreiung im Mai 1945 die Forderung laut wurde, dass sich ein 9. April nie mehr wiederholen dürfe, wies dies auch darauf hin, dass Dänemark künftig versuchen werde, sich besser zu schützen und wehrhafter zu zeigen.

Im Vordergrund der dänischen Außenpolitik stand also die Frage, wie das Land künftig mit dem großen deutschen Nachbarn umgehen solle. Für die Dänen ging es dabei vordringlich nicht nur darum, die Grenzen zu sichern und einem wie auch immer gearteten Bedrohungspotential aktiv entgegenzutreten. Vor allem musste Dänemark mit dazu beitragen, dass sich Deutschland verändern konnte. Unter diesen Prämissen musste Dänemark letztlich darauf verzichten, eine Wiedergutmachung anzustreben. Es muss allerdings daran erinnert werden, dass das Vertrauen in den deutschen Nachbarn zunächst natürlich nicht groß war.

Wie sich die dänische Seite das künftige Verhältnis zu Deutschland vorstellte, zeigte sich bereits 1945, als die neugebildete Regierung im Mai feststellte, dass die Grenze zu Deutschland festliege. Mit dieser eindeutigen Haltung wollte man keine neuen Grenzprobleme heraufbeschwören. Noch deutlicher kam dies Ende 1946 zum Ausdruck, als Dänemark als nunmehr alliierte Siegermacht eingeladen wurde, seine Friedensvorstellungen in Bezug auf Deutschland zu präsentieren. Diese wenig bekannten, der eigenen Sicherheit dienenden Vorschläge zielten

darauf, dauerhafte Maßnahmen gegen den deutschen Militarismus durchzuführen. Dänemark war deshalb besonders interessiert an der völligen Abrüstung Deutschlands und an der dauerhaften Ausrottung des „deutschen Militarismus“. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang zum Schutze der dänischen Minderheit in Südschleswig eine Trennung Schleswigs von Holstein und die Entfernung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Südschleswig verlangt.

Da sich diese Forderungen infolge des Kalten Krieges als nicht erfüllbar erwiesen, versuchte Dänemark in faktischer Abkehr von der traditionellen Neutralität sich auf andere Weise, z. B. durch die Pläne eines nordischen Verteidigungsbundes mit Schweden und Norwegen, zu schützen. Die Verhandlungen scheiterten, weil Norwegen eine Anlehnung an ein westliches Bündnis bevorzugte und Schweden seine Neutralität bewahrte. Schließlich trat Dänemark allein als Gründungsmitglied der NATO im April 1949 bei. Offiziell wurde dieser Beitritt mit der Drohung aus dem Osten, d. h. der Sowjetunion, begründet. In Dänemark selbst wurde dieser Schritt aber zugleich als Sicherheit und Garantie gegen Deutschland betrachtet, das bekanntlich erst später Aufnahme in den Verteidigungspakt fand. Dies ist auch der Grund dafür, warum es für Dänemark und insbesondere für die dänische Öffentlichkeit anfangs schwierig war, die Pläne zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und deren Aufnahme in die NATO zu akzeptieren. Die Verschärfung des Kalten Krieges seit Anfang der 1950er Jahre hatte die Lage in Europa und für Dänemark aber entscheidend verändert. Ein deutscher Verteidigungsbeitrag war daher ausdrücklich erwünscht. Ein kontrolliert wiederaufgerüstetes Deutschland bedeutete eine Verstärkung der NATO und diente damit auch der Verteidigung des eigenen Landes. Das war kein „deutscher Militarismus“ wie der dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft argumentierte, sondern bedeutete eine Stärkung der NATO, und deshalb hat Dänemark auch der Aufnahme der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis prinzipiell bereits 1950 und praktisch im Herbst 1954 zugestimmt.

Allerdings wurde im Gegenzug eine Geste erwartet, nämlich ein Entgegenkommen der Bundesrepublik in der Frage der Stellung der dänischen Minderheit in Südschleswig. Trotz der Kieler Erklärung von 1949 wähnte diese sich zu Recht durch die „Nadelstichpolitik“ der von der CDU geführten schleswig-holsteinischen Landesregierung schikaniert. Diesem Wunsch hat der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer mit der Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, in denen die strittigen Fragen geklärt und die Rechte der beiden Minderheiten dies- und jenseits der Grenze festgelegt wurden, dann auch entsprochen.

Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO im Mai 1955 wurde Dänemark erstmals zu einem politischen und militärischen Verbündeten des früheren deutschen Erbfeindes. Der Anfang für eine engere politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit war gemacht. Diese fand mit der Etablierung des



Abb. 2 Winston Churchill im Gedächtnispark der dänischen Widerstandsbewegung (Mindelunden i Ryparken), Oktober 1950

Ostseekommandos, der BALTAP, im Jahr 1961 einen ersten Höhepunkt. Dänemark und die Bundesrepublik waren in der Verteidigung ihres Gebietes aufeinander angewiesen, sie wollten fortan militärisch eng zusammenarbeiten und sich gemeinsam verteidigen. Damit war der 9. April – nur 10 Jahre nach dem Ende der Besatzungszeit – sozusagen als zwischenstaatliches Problem entzaubert. Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO war in der dänischen Öffentlichkeit allerdings umstritten. Es kam zu Protesten und Demonstrationen, denn der deutsche Überfall blieb unvergessen, so etwa noch Anfang der 1960er Jahre, als im Rahmen der NATO-Partnerschaft deutsche Truppen und Marineschiffe an Übungen in Dänemark teilnehmen sollten. Ehemalige KZ-Häftlinge nahmen dies zum Anlass, um in ihren Häftlingsanzügen an den 9. April zu erinnern und um damit zu verhindern, dass erneut deutsche Truppen in Dänemark „einmarschierten“.

Auch in der Symbolpolitik hat der 9. April noch einige Zeit eine Rolle gespielt. So hat man etwa auf dänischer Seite lange in der Frage eines offiziellen deutschen

Staatsbesuches gezögert, so dass dieser erst 1970 mit dem dritten Bundespräsidenten Gustav Heinemann erfolgen konnte. Und es hat sehr lange gedauert, bis eine deutsche Präsenz am nationalen dänischen Erinnerungsort Mindelunden i Ryparken – wo dänische Widerständler von der deutschen Besatzungsmacht hingerichtet worden waren – dänischerseits geduldet wurde.

Resümee

Der preußische Angriff auf Düppel am 18. April 1864, besonders aber der Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands am 9. April 1940 sind wichtige dänische Erinnerungsdaten. Hat das Jahr 1864 mit der Zeit für viele Dänen jedoch praktisch seine Bedeutung verloren, spielt der 9. April als Tag der Erinnerung an den deutschen Überfall immer noch eine gewisse Rolle. So wird der 9. April nach wie vor als offizieller Gedenktag begangen und an diesem Tag stets halbmast geflaggt, um damit deutlich sichtbar an den deutschen Überfall und die Okkupationszeit zu erinnern. In der dänischen Öffentlichkeit hingegen wird von diesem Gedenktag heute nur noch am Rande Notiz genommen. Jüngste Meinungsumfragen haben sogar ergeben, dass die Mehrheit der Dänen, vor allem die jüngere Generation, nur noch wenig mit dem Datum verbindet.

In den deutsch-dänischen Beziehungen hat der 9. April somit aufgehört, eine das gegenseitige Verhältnis belastende Rolle zu spielen. Das offizielle Dänemark handelte vielmehr pragmatisch und erkannte die Vorteile der wirtschaftlichen Kooperation und militärischen Partnerschaft, zumal sich der deutsche Nachbar ja entscheidend von seiner eigenen Vergangenheit verabschiedet hatte. Mit dem neuen, demokratischen Deutschland war es durchaus möglich, vertrauensvoll und gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. Das offizielle dänische Deutschlandbild hat sich also erheblich gewandelt, selbst wenn bei manchen Ereignissen alte Vorurteile wieder zum Vorschein kommen können.

Literatur in Auswahl

- Robert Bohn, Christoph Cornelissen, Karl Christian Lammers, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen im Schatten des Zweiten Weltkriegs. Deutschland und Skandinavien seit 1945, Essen 2008.
- Claus B. Christensen, Joachim Lund, Niels Wium Olsen, Jacob Sørensen, Danmark besat. Krig og hverdag 1940-1945, København 2005.
- Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft; 1903-1989, Bonn 2001.
- Karl Christian Lammers, „Hvad skal vi gøre ved tyskerne bagefter?“ Det dansk-tyske forhold efter 1945, København 2003.
- Henning Poulsen, Dansk modstand og tysk politik, in: Den jyske historiker 71, 1995.

Minderheitenleben – konkret

Einblicke in ein Forschungsprojekt

von ANNA BUCK

In seinem Beitrag über die vertragliche Zusammenarbeit zwischen dem Museum Sønderjylland und den deutschen Museen Nordschleswig (GFH 2/2009, S. 103-108) hat Immo Doege unsere Leser bereits über das 2009 ins Leben gerufene deutsch-dänische Projekt „Minderheitenleben/Mindretalsliv“ informiert. Eine der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen an dem Projekt, die Ethnologin Anna Buck, skizziert im Folgenden die mit dem Vorhaben verbundenen Absichten und gibt Einblicke in den Fortgang des grenzüberschreitenden Forschungsprojekts.

Die Redaktion

„Minderheitenleben/Mindretalsliv“

Die Erforschung des Alltagslebens in der dänischen und deutschen Minderheit in den vergangenen 60 Jahren und die Suche nach Gegenständen, die dieses belegen, stehen im Mittelpunkt eines ambitionierten grenzüberschreitenden Forschungsprojekts. Ziel ist es, Gegenstände, Dokumente und Erinnerungen zu sammeln und darzustellen, um das Leben der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze auf konkrete Weise zu vermitteln. Beteiligt daran sind das Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot als „Leadpartner“, die beiden Minderheitenorganisationen Sydslesvigsk Forening (SSF) und der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), deren Archiv- und Forschungsinstitutionen in Flensburg und Apenrade sowie die Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg. Nach zwei Pilotprojekten im Museum am Danewerk (Danevirkegården) und in der Archiv- und Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe konnte die Arbeit an dem großen Gemeinschaftsprojekt „Minderheitenleben/Mindretalsliv“ im Sommer 2009 beginnen. Finanzielle Unterstützung erhalten die Initiatoren vor allem aus dem INTERREG IVA-Programm der EU, dem Kulturfond der Region Süddänemark, von der Kommune Sønderborg, vom Land Schleswig-Holstein, dem Beauftragten für Kultur und Medien der Bundesregierung und den teilnehmenden Institutionen.

Nachdem die Phase des Sammelns abgeschlossen ist, werden mit den Funden in einem zweiten Schritt in den beteiligten Museen, Museum Sønderjylland – Sønderborg Slot, den Museen der deutschen Minderheit in Sønderborg und Apenrade und dem Museum Danevirkegården der dänischen Minderheit, die Ausstellungen



Abb. 1 Beteteiligt am Projekt „Mindretalsliv/Minderheitenleben“: (v.l.) Anna Buck, Ethnologin aus Kiel, Inge Adriansen vom Museum Schloss Sonderburg, René Rasmussen vom Museum am Danewerk und Ruth Clausen vom Deutschen Museum Nordschleswig

überarbeitet und neu eingerichtet. Verantwortlich dafür zeichnen in erster Linie die Leiterin des Deutschen Museums Nordschleswig, Ruth Clausen, und ihr Kollege René Rasmussen, Kurator im Museum am Danewerk.¹

Auch die Erinnerungskampagne des ehemaligen Radiomoderators Flemming Nielsen in Zusammenarbeit mit den beiden Archiven und Forschungsinstitutionen der Minderheiten in Apenrade und Flensburg, die Arbeit eines Filmteams und mein Teilprojekt, die Dokumentation des privaten Lebens, der Traditionen und von öffentlichen Veranstaltungen, sind inzwischen weitgehend abgeschlossen. Etwa 150 Seiten Artikel über Geschehnisse, Erinnerungen und eigene Erlebnisse im Grenzland liegen bereits vor. Die bebilderten Texte kommen zusammen mit den Geschichten über die erhaltenen Objekte Anfang des nächsten Jahres als Buch heraus. Der Titel „Spuren“ verweist auf unsere Arbeit auf den Spuren der beiden großen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland.

„Über die nationalen Minderheiten im schleswigschen Grenzland wurde im Laufe der Jahre zwar viel geschrieben“, so Peter Dragsbo, Direktor des Museums Schloss Sonderburg und Leiter des Projektes Minderheitenleben, „doch bisher wurde nur wenig davon konkret, greifbar und erzählend aufbereitet. Das wollten wir mit dem Projekt Minderheitenleben ändern, denn die Wahrheit ist, mit den



Abb. 2 Dänischer Kindergeburtstag unter dem Zeichen des Danebrog – hier bei einer Familie in Jagel, 2010

Worten des deutschen Philosophen Georg Hegel, konkret.“ Vor allem das alltägliche Leben in den Minderheiten in der Zeit nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen aus dem Jahr 1955 werde sowohl in der Literatur als auch in den Museen wenig behandelt. Nach Ansicht von Inge Adriansen, der stellvertretenden Leiterin des Museums Schloss Sonderburg, „sind die Geschichte und das Minderheitendasein im deutsch-dänischen Grenzland weit mehr als nur ein kleiner Teil der großen europäischen Politik. Es sind die kleinen Geschichten aus dem Alltag, der individuelle Umgang mit verschiedenen kulturellen Einflüssen und persönliche Erfahrungen, die das Leben in den Minderheiten erfahrbar machen. Aber uns wie den Museen der Minderheiten fehlten bis dato konkrete Sachzeugen wie Bilder, Dekorationsgegenstände, Symbole oder Erzählungen, um diese Geschichten erfassbar und verständlich darzustellen.“

Nicht nur im Sonderburger Schloss, sondern auch in den Museen der beiden Minderheiten fehlten Objekte aus der neueren Zeit. Daher hatten die Museen schon im Jahr 2006 eine Zusammenarbeit in die Wege geleitet mit dem Ziel, diesen Notstand zu beheben. Das Projekt Minderheitenleben gliedert sich – wie der folgende und aus der subjektiven Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschilderte Abschnitt verdeutlicht – in drei Unterprojekte: Sammlung von Gegenständen und anderen konkreten Zeugnissen, Erinnerungskampagne und Dokumentation durch Feldarbeit und Film.

Dokumentation durch Feldarbeit und Film

„Es war wie eine Reise ins Paradies“, schloss eine Interviewpartnerin aus der dänischen Minderheit ihre Erzählung über ihre Schulferien bei Pflegeeltern in Dänemark. 60 Jahre sei es her, als sie das erste Mal mit einem Karton mit Kleidung unter dem Arm und einem Namensschild um den Hals am Bahnhof stand und auf den Zug nach Dänemark wartete. Sie war eines von jährlich Hunderten von Kindern der dänischen Schulen in Deutschland, die seit 1919 ihre Ferien bei dänischen Pflegefamilien verbringen. Während die Vermittlung der Ferienkinder damals in erster Linie eine soziale Aufgabe war, geht es den Lehrern heute darum, den Schülern die dänische Kultur und Sprache außerhalb des Klassenzimmers näher zu bringen. „Ich habe seit der ersten Klasse Pflegeeltern in Dänemark. Da fahre ich mit Raveboards und trinke Faxe Kondi“, berichtet etwa ein 13-jähriger Schüler einer dänischen Schule in Flensburg.

Während ich den Erzählungen, die ich auf Band aufnehme, zuhöre, mache ich mir Gedanken über die Grundzüge eines Artikels über die Generationsunterschiede bei den Ferienkindern, um sie nach dem Interview niederzuschreiben. Es ist eine von vielen Erinnerungen und Geschichten aus dem Grenzland, die mir Angehörige der dänischen und der deutschen Minderheit im Laufe des vergangenen Jahres zutragen. Viele Kontakte entstanden durch unsere aktive Öffentlichkeitsarbeit in den Zeitungen im Grenzland, Berichte im Rundfunk und die Informationsabende. Auch haben wir neben der regelmäßigen Berichterstattung auf unserer eigenen Homepage ein Profil unseres Projekts auf der Internetseite Facebook erstellt und eine Interessensgruppe gegründet. Diese hat mittlerweile über 360 Mitglieder.

Als wissenschaftliche Mitarbeiterin habe ich seit September 2009 das Leben in den beiden Minderheiten dokumentiert. Hierfür habe ich gemeinsam mit Kameramann Roald Christesen an offiziellen Veranstaltungen und privaten Feiern teilgenommen, die nicht nur eine bestimmte Lebensweise ausdrücken, sondern vor allem ein Gefühl von Gruppenzugehörigkeit vermitteln. Neben Geburtstagsfeiern, Johannisfeuer und Faschingsfeiern, Laternelaufen sowie Trainingseinheiten der Sportvereine der Minderheiten gehören Vereinstreffen, Jahreshauptversammlungen dazu – oder eben die jährliche Verabschiedung der Ferienkinder. So waren wir Anfang Juli morgens um 6 Uhr am Bahnhof in Pattburg, wo jedes Jahr Eltern und Lehrer die Ferienkinder für die nächsten Wochen verabschieden. Das Bild vor uns ähnelte den oben zitierten Erinnerungen meiner Interviewpartnerin. Auch heute noch tragen die aufgeregten Kinder Schilder mit ihren Namen um den Hals. Nur die Kartons sind stabilen Koffern und Taschen gewichen. Während die Kinder in die Wagons stiegen, hatten wir Zeit, die Eltern zu der Ferienreise und ihrem Bezug zur Minderheit zu befragen. Meine Fragen wie beispielsweise



Abb. 3 Ferienkind vor der Abreise zu seiner dänischen Gastfamilie, 2006

„Warum fährt euer Kind aus Südschleswig mit zu einer dänischen Familie nach Dänemark?“ oder „Welchen Bezug habt Ihr zur Minderheit?“ beantworteten die Eltern ausführlich.

Zurück am Schreibtisch werden die Artikel für die geplante Publikation ausformuliert. Manchmal fließen nur wenige Zitate aus den Interviews in den Text ein, der auf meinen eigenen Beobachtungen beruht. Für andere Artikel bilden die Interviews die wichtigste Grundlage. Die Artikel umfassen je nach Thema eine bis drei Seiten. Hinzu kommen Informationskästen mit Daten und Fakten zu den Themen.

Auf der Suche nach Gegenständen

Nicht nur in den Erzählungen der Menschen wird erlebte Geschichte sichtbar. Auch Gegenstände, Bilder oder schriftliche Dokumente aus dem Privatleben oder den Organisationen der deutschen und der dänischen Minderheit berichten über das Leben im Grenzland. Seit September 2009 haben daher Ruth Clausen und René Rasmussen nach gegenständlichen Zeugen der Geschichte für die geplanten Ausstellungen in den beiden Minderheitenmuseen und im Museum Schloss Sonderburg gesucht.

„Es gibt zwei Sätze, die wir in den vergangenen Monaten häufig gehört haben. Der eine lautet: ‚Ich habe eigentlich nicht wirklich etwas, das ihr gebrauchen könnt!‘ Und der andere: ‚Was sind das eigentlich für Sachen, die ihr gerne hättet?‘“, erinnert sich René Rasmussen an seine Recherchen in Südschleswig. „Die Antwort zur ersten Frage lautete stets: Sie haben ganz bestimmt etwas, das wir gebrauchen können. Auf die zweite Frage antwortete ich: Wir suchen nach Gegenständen, die mit Ereignissen der Geschichte und der Gegenwart der Minderheiten verbunden sind; Gegenstände, die in den Institutionen und Vereinen der Minderheiten gebraucht wurden oder noch gebraucht werden, und Gegenstände aus dem alltäglichen Leben, aus Kultur oder Politik, die auf die eine oder andere Art auf die Identität des Besitzers oder Nutzers verweisen.“

Als Beispiel für einen konkreten Gegenstand, der beispielhaft über die vom dänischen Schulverein organisierten Fahrten der Ferienkinder aus Südschleswig nach Dänemark erzählen kann, verweist René Rasmussen auf eine ihm im Laufe des Projekts übergebene Landkarte von Dänemark aus dem Jahr 1986. Die mit verschiedenfarbigen Nadeln versehene Karte hing im Büro für Ferienkinder, das die Ferienaufenthalte in Dänemark organisiert. Jede Nadel repräsentierte ein Ferienkind. Auch eine Personenwaage des dänischen Gesundheitsdienstes, auf der in der Nachkriegszeit die Schulkinder vor und nach den Sommerferien gewogen wurden, um ihre Gewichtszunahmen zu registrieren und um damit gleichsam festzuhalten, wie gut ihnen der Aufenthalt in Dänemark getan hat, erzählt aus dem Minderheitenleben in Südschleswig. Eine weitere Besonderheit in der Sammlung über die dänische Minderheit ist ein blau-gelber Pullunder, den eine Mutter für ihren kleinen Sohn zum Fußballspielen Mitte der 1940er Jahre gestrickt hat. Die Vorderseite zeigt zwei blaue Löwen auf gelbem Hintergrund – die schleswigschen Farben und die schleswigschen Löwen als Zeichen der Zugehörigkeit zur Minderheit. „Solch ein kleiner, selbst gestrickter Pullunder erzählt eine große und wichtige Geschichte über die nationale Identität“, sagt der Historiker, „und die möchten wir gern weitererzählen.“ Gleichzeitig berichtet Rasmussen über ein Kissen, das die 12-jährige Nelle 2006 nähte: „Es ist mit zwei Herzen dekoriert, die zusammenschmelzen: ein deutsches und ein dänisches. Ihre Mutter war Mehrheitsdeutsche, und ihr Vater ist Minderheitsdäne. Sie hat ihren eigenen, natürlichen Platz als Teil der dänischen Minderheit in den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland gefunden – und mit einem Herz, das sowohl für das Dänische als auch für das Deutsche schlägt. Dabei sollte man sich aber darüber im Klaren sein, dass das Deutschland, in dem sie ihren Platz gefunden hat, ein ganz anderes Deutschland ist, als jenes, von dem ihre Großelterngeneration weg wollte.“

Während René Rasmussen in Südschleswig unterwegs ist, fährt Ruth Clausen zu deutschen Institutionen in Nordschleswig. Hier sucht sie Mitglieder der deut-



Abb. 4 (l.) Selbstgestrickter Pullunder mit blauen Löwen auf gelbem Grund als Zeichen der Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit, 1940

Abb. 5 (r.) Selbstgenähtes Kissen einer 12-Jährigen mit zusammengeschmolzenen Herzen in den deutschen und dänischen Farben, 2006

schen Minderheit auf. „Ein Motiv, das mir bei meiner Sammlung der Gegenstände immer wieder vor Augen kommt, ist der Knivsberg“, berichtet sie. „Tassen und Teller, Gemälde, Fotos und Urkunden, die in den Häusern und Wohnungen an Wänden hängen oder in Regalen stehen, erzählen von der identitätsstiftenden Bedeutung des Knivsbergs als Begegnungsort und Gedenkstätte für die deutsche Minderheit in Vergangenheit und Gegenwart.“

Im Zuge nationaler Bewusstseinsbildung veranstalteten deutschgesinnte Nordschleswiger nach 1894 deutsche Volksfeste auf dem Knivsberg, der mit rund 97 Metern die höchste Erhebung in Nordschleswig ist. „Das ehemalige Herzogtum Schleswig war zu diesem Zeitpunkt Teil des Deutschen Reiches. Im nördlichen Landesteil lebte jedoch eine dänische Bevölkerungsmehrheit, der man mit zeittypischen deutschen Volksfesten offensiv begegnen wollte“, erklärt die Projektmitarbeiterin. Um den nationalen Charakter des Ortes weiter hervorzuheben, ließ die Knivsberggesellschaft ein Bismarck-Denkmal bauen, das sie 1901 einweihte. Viele Menschen hätten in Massenproduktion gefertigte Schmuckgegenstände wie Teller oder Tassen mit einem Bild des Denkmals als Andenken gekauft. „Den Souvenir-Besitzern war es somit möglich, ihre nationale Identität sichtbar zu Hause auszustellen“, so Ruth Clausen. Die national-preußische Prägung des Knivsbergs führte bei dänischgesinnten Nordschleswigern zu einer starken

Abneigung gegen den Ort. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs sprengte eine Gruppe aus dem Umfeld der dänischen Widerstandsbewegung die Anlage, von der die Bismarck-Statue schon 1919 entfernt und einige Jahre später auf dem Aschberg wieder errichtet worden war. An der Stelle des Monuments steht heute eine Gedenkmauer.

In der deutschen Minderheit in Nordschleswig spielt der Knivsberg auch heute noch eine wichtige Rolle und trägt als Versammlungsort nach wie vor zur Identitätsbildung bei. In den 1960er Jahren wurde am ehemaligen Denkmalort ein Ehrenhain angelegt, ein nicht unumstrittener Gedächtnispark für die in den beiden Weltkriegen Gefallenen und Vermissten. Der 1970 eingerichtete Jugendhof Knivsberg ermöglicht Begegnungen vor allem zwischen jungen Menschen. Er richtet sich mit seinem Angebot an alle Interessierten, nicht nur an die deutsche Minderheit. Die vor über 100 Jahren erstmals stattfindenden Knivsbergfeste werden auch heute noch gefeiert. „Mit der Neuorientierung der deutschen Minderheit nach dem 2. Weltkrieg haben sich das Selbstverständnis des Ortes und somit auch die Gegenstände mit Bezug zum Knivsberg sowie die Feiern gewandelt und bewegen sich heute zwischen inhaltlicher Erneuerung und dem Festhalten an Traditionen“, fügt Ruth Clausen hinzu. „Aber noch immer bewah-



Abb. 6 Sammeltasse als Souvenir mit dem Bismarck-Denkmal auf dem Knivsberg, um 1901

ren viele deutsche Nordschleswiger ihre alten Andenken oder Erinnerungsstücke mit einem Bild der Anhöhe zu Hause auf.“

Ein weiterer Ausstellungsgegenstand des Deutschen Museums für Nordschleswig in Sonderburg sind die blau-gelben Hosenträger von Gerhard Schmidt. Schmidt, der von 1975 bis 1993 Hauptvorsitzender des BDN war, trug diese Hosenträger beinahe täglich, um durch die schleswigschen Farben Blau und Gelb in der dänischen Öffentlichkeit seine Identität als deutscher Nordschleswiger sichtbar zu demonstrieren.

„Die schleswigschen Farben tauchen in zahlreichen Vereinslogos der deutschen aber auch der dänischen Minderheit auf“, erklärt Ruth Clausen. Selbst Vereine und Institutionen der Mehrheitsbevölkerungen in der Region würden diese Farbkombination verwenden. Die Farben gehen auf das Wappen des Schleswiger Herzogtums aus dem Hochmittelalter zurück, das zwei blaue Löwen auf goldenem (gelbem) Grund zeigt. Es gilt als verminderte Ausgabe des dänischen Reichswappens mit drei Löwen. „Nach wie vor stellen Minderheitenangehörige durch bestimmte Farbwahl, Logos oder Abbildungen auf Kleidungsstücken ihre Identität zur Schau“, so Ruth Clausen. Doch auch andere Mittel und Zeichen werden verwendet, um die Zugehörigkeit zu einer Minderheit auszudrücken. „Dies geschieht beispielsweise durch Aufkleber an Personenkraftwagen oder durch die Wahl von bestimmten Interessengruppen in Online-Kontaktnetzwerken wie Facebook oder StudiVZ.“

Repräsentative Interviews

Die Identität und die Darstellung der Zugehörigkeit zur jeweiligen Minderheit sind auch Themen, mit denen sich Flemming Nielsen beschäftigt. Der langjährige Mitarbeiter von Radio Syd hat 30 Interviews mit Angehörigen der deutschen und der dänischen Minderheit durchgeführt. Lars N. Henningsen, Leiter der Studienabteilung und des Archivs an der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig, und Frank Lubowitz vom Archiv und der historischen Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Apenrade wählten jeweils 15 Personen nördlich und südlich der Grenze aus, die für die beiden Minderheiten in Bezug auf Geschlecht, Alter und Geografie repräsentativ sind. Auf diese Weise werden sowohl Menschen, die seit Generationen in der Minderheit leben, als auch Menschen mit zeitlich kürzeren Verbindungen zu den Minderheiten befragt. „Es sind nicht unbedingt Menschen, die normalerweise zu Wort kommen“, so Flemming Nielsen. „Mehrere davon kannte ich bis dahin noch nicht.“ Ausgestattet mit einem Tonbandgerät fuhr er zu den Interviewpartnern, um sich mit ihnen zwei bis drei Stunden zu unterhalten. Die Befragungen geben dem einzelnen Minderheitenmitglied die Möglichkeit, die eigene Geschichte zu erzählen: Wie ist man mit der

Minderheit verbunden? Wie benutzt man deren Institutionen und Vereine? Wie gestaltet sich das Verhältnis zur Mehrheitsbevölkerung und wie hat sich aus der subjektiven Perspektive des Interviewten heraus das Leben als Minderheit seit den 1950er Jahren entwickelt?

Die Aufnahmen der vielfältigen Erzählungen werden am Ende transkribiert und den Sammlungen der Archive zugeführt. Sie bilden die Grundlage für ein weiteres Buch als Momentaufnahme des Minderheitenlebens.

Erwartete Erträge

Das Leben in den Minderheiten ist vielfältig und umfasst Themen von der Sprachwahl in der Familie und im Bekanntenkreis und die Schulzeit als prägenden Lebensabschnitt über das Vereinsleben bis hin zur Stimmenvergabe bei den Kommunal- oder Landtagswahlen. Klar zu erkennen ist, dass das Leben in den Minderheiten einem sich stetig verändernden Prozess unterliegt. Äußere Umstände und neue Sichtweisen zwingen die Angehörigen zum Umdenken und sich an neue Situationen anzupassen. Gewohnheiten ändern sich und alte Traditionen füllen sich mit neuem Inhalt. „Es ist unmöglich, alle Facetten des Minderheitenlebens aufzuzeigen. Doch wir hoffen, mit diesen breit angelegten Teilprojekten unseres Projektes Minderheitenleben, mit der Herausgabe zweier Bücher und den drei Ausstellungen einen kleinen konkreten Einblick in das Leben in der deutschen und der dänischen Minderheit zu geben“, so Peter Dragsbo.

Für die Museen in Nord- und Südschleswig werden die Ergebnisse des Projektes ein großer Gewinn sein. Auf der Grundlage von mehreren Hundert interessanten und ausdrucksvollen Gegenständen können neue Dauerausstellungen über die Geschichte der Minderheiten von 1945 bis heute aufgebaut werden, die den Kriterien moderner Museumsgäste für einen interessanten und informativen Museumsbesuch entsprechen. Die Kooperation der Museen, Institutionen und Einrichtungen diesseits und jenseits der Grenze verdeutlicht einmal mehr, wie produktiv und gewinnbringend es für alle sein kann, zusammenzuarbeiten und dabei stets die gesamte Region in ihren Gemeinsamkeiten aber auch in ihrer Vielfalt und mit ihren Besonderheiten im Blick zu haben.

Anmerkung

- 1 Grundlage dieses Beitrags ist eine von der Verfasserin protokollierte Veranstaltung im Museum Sønderborg Slot am 16.6.2010, auf der einem breiten Teilnehmerkreis das Projekt „Minderheitenleben/Mindretalsliv“ vorgestellt wurde, sowie die Berichterstattung über das Projekt in Sønderjysk Månedsskrift 7/2010.

Zukunftsfaktor Vielfalt

7. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Die Grenzverbände und ihre Perspektiven

von ANJA CHRISTIANSEN

Am 28. Oktober 2010 fand der diesjährige Dialog ADS-Grenzfriedensbund statt. Es ging um den Beitrag der Grenzverbände zum friedlichen Zusammenleben in der deutsch-dänischen Grenzregion und, nicht zuletzt unter finanziellen Gesichtspunkten, um Antworten auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Grenzlandes traten – auf Initiative des ADS-Grenzfriedensbundes – die drei deutschen Grenzverbände gemeinsam mit dem dänischen Grænseforening in einer öffentlichen Veranstaltung auf. Unter der Moderation von Renate Schnack diskutierten die Verbandsvertreter mit einer Expertenrunde und dem Publikum. Zahlreiche sachkundige Gäste waren der Einladung in das „Hotel an der Grenze“ (Harrislee) gefolgt, darunter sechs Landtagsabgeordnete und Vertreter der vier Minderheiten. Über die Veranstaltung berichtet die junge Journalistin Anja Christiansen von der Stadtreaktion des Flensburger Tageblatts.¹

Die Redaktion

Die Teilnehmer

Unter dem Titel „Wie die Grenzverbände zum Gelingen des Grenzlandes beitragen“ wurde auf der siebten Dialogveranstaltung des ADS-Grenzfriedensbundes die Frage diskutiert, ob Grenzverbände nach wie vor zum Gelingen des Grenzlandlebens notwendig seien und inwiefern dies Umstrukturierungen erfordere. Themen wie die Vielfalt im Grenzland als Zukunftsfaktor, strukturelle Schwächen und der demografische Wandel im Grenzgebiet, die Herausforderung der Globalisierung sowie die geplanten Finanzkürzungen durch das Land Schleswig-Holstein wurden zur Beantwortung dieser Fragen von Vertretern der Grenzverbände und eingeladenen Experten erläutert und diskutiert.

Lothar Hay, Vorsitzender des ADS-Grenzfriedensbundes, begrüßte die Anwesenden und stellte zunächst die Arbeit sowie die zukünftigen Ziele des ADS-Grenzfriedensbundes vor. So trage der ADS-Grenzfriedensbund durch seine Beteiligungen an sozialpädagogischen und sozialen Einrichtungen sowie Gesundheitsfürsorge- und Bildungseinrichtungen wesentlich zum Gelingen des Grenzlebens bei. Dieses Gelingen gehe einher mit einem besseren Verständnis

innerhalb des Grenzraumes. Hay sieht das Bestehen der Verbände dies- und jenseits der Grenze nach wie vor als wichtig an, auch wenn ein Arbeiten durch massive Kürzungen der finanziellen Mittel durch die Landesregierung zu Umstrukturierungsmaßnahmen zwingt: „Wir beschäftigen uns damit, was in Zukunft für unsere Arbeit unabdingbar ist und wie wir sie finanzieren können.“ Nach wie vor sei die Aufgabe der Grenzverbände, für ein friedliches Neben- und Miteinander einzutreten, unabdingbar.

Als Vertreter der eingeladenen Verbände erläuterten Knud-Erik Therkelsen, Generalsekretär des dänischen Grænseforening, Jutta Kürtz, Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), und Gerhard Beuck, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Grenzvereins, ihre Arbeit, zogen Bilanz und gaben einen Ausblick auf künftige Projekte. Anschließend stellten sich die Vertreter der Verbände den Einschätzungen, Bewertungen und Empfehlungen durch die Experten Dr. Tove Malloy, Direktorin des European Centre for Minority Issues (ECMI), Dr. Michael Schack, IHK Flensburg, Peter Hansen, Leiter des Regionskontors Sønderjylland/Schleswig, und Dr. Jørgen Kühl, Historiker und Experte in Minderheitenfragen, sowie Meinungen aus dem Publikum. Als Moderatorin führte Renate Schnack, Vorstandsmitglied des ADS-Grenzfriedensbundes, durch die Veranstaltung.

Aufklärung für ein gegenseitiges Verständnis

Lothar Hay betonte, dass ein besseres Verständnis nach wie vor wichtig für ein konstruktives Miteinander der Mehr- und Minderheiten nördlich und südlich der Grenze sei. Um dies gewährleisten zu können, müssten neue Verhältnisse und Probleme beobachtet und analysiert und Lösungen für eine weitere Verbesserung des gemeinsamen Zusammenlebens beiderseits der Grenze gefunden werden. Als wichtige Voraussetzung für den Erhalt eines friedlichen Neben- und Miteinanders gelte die Information über die historischen und politischen Voraussetzungen in der Grenzregion. Eine besondere Rolle komme hier den Grenzfriedensheften zu, „die weit über den Landesteil Schleswig hinaus und nicht nur bei historisch interessierten Menschen Beachtung“ fänden. „Ohne Kenntnis der Geschichte und der Minderheiten besteht die Gefahr, dass das Erreichte in Gefahr ist“, erklärte Hay und betonte die Aufgabe, verstärkt „junge Menschen mit der Besonderheit des Grenzlandes vertraut machen“.

Auch Knud-Erik Therkelsen plädierte (in dänischer Sprache) für eine verstärkte Aufklärung. Breite Kenntnis in der Bevölkerung über die Minderheiten sei eine wichtige Voraussetzung für ein Füreinander und somit auch für die Unterstützung im Kampf um das Aufrechterhalten der staatlichen Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein.



Abb. 1 Lothar Hay bei der Begrüßung

Die Vorsitzende des SHHB Jutta Kürtz erklärte, auch ihr Verband trage zur Aufklärung bei, indem er „intensiv und auf vielfältige Weise“ Kontakte zur deutschen Minderheit pflege und eine Partnerschaft mit der deutschen Volksgruppe in Nord-schleswig habe, die dänische Minderheit im Grenzland unterstütze und die nordfriesische Volksgruppe und die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein fördere. Der SHHB biete den Minderheiten ein Forum, eine Plattform der Selbstdarstellung und der konstruktiven Auseinandersetzung. Durch diverse Aktivitäten sollten Kenntnisse vermittelt und für ein tiefergehendes Verständnis gesorgt werden, was wichtig für die Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Minderheiten sei.

Auch der Deutsche Grenzverein setzt auf Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen und Begegnungen, die kulturellen Zwecken dienen: „Wir müssen das Verständnis und das Vertrauen der Menschen fördern“, erklärte Gerhard Beuck. Jugendliche und Erwachsene sollten bei der Orientierung in ihrem sozialen, kulturellen und politischen Umfeld unterstützt und zur Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft angeregt werden. Besonders wichtig sei es aber auch, zur Stärkung des wirtschaftlichen und politischen Profils der Region beizutragen.



Abb. 2 Die Vertreter der vier Grenzverbände: (v.l.) Lothar Hay (ADS-Grenzfriedensbund), Jutta Kürtz (Schleswig-Holsteinischer Heimatbund), Gerhard Beuck (Deutscher Grenzverein), Knud-Erik Therkelsen (Grænseforening)

Herausforderungen für die Grenzverbände

Knud-Erik Therkelsen sprach offen die Probleme an, die die Globalisierung mit sich bringe: So sei „Rand-Dänemark“ geprägt durch Wegzug, Arbeitslosigkeit, Nullwachstum und „jede Menge Häuser, die zum Verkauf stehen“, die Landwirtschaft sei so zentralisiert und mechanisiert, dass sie von einer wesentlich geringeren Zahl an Arbeitskraft betrieben werden könne. Zusätzlich seien Tausende von Industriearbeitsplätzen nach Osteuropa verlagert worden. Trotzdem sei das Grenzland als eine Einheit zu betrachten, die vorbildlich mit den Unterschieden lebt und dadurch der Mehrheitsbevölkerung als Inspiration dienen könne – kulturelle Unterschiede seien in einen Vorteil umzuwandeln. Dann könne die Fähigkeit, mit anderen Sprachen und Kulturen umzugehen, eine zentrale und nachgefragte Eigenschaft werden.

Folgende Sorge aber teilt Therkelsen mit allen anwesenden Vertretern der Grenzverbände: Es stünden enorme demografische Veränderungen bevor. Laut Therkelsen ist die Mitgliederzahl des Dänischen Grenzvereins seit 1950 von 200.000 auf unter 20.000 gesunken: „Wir sind alle auf dem Weg Minderheit zu werden“, fasst er zusammen. Dieses Problem benennt Jutta Kürtz mit dem Ausdruck der „Unterjüngung“. Man müsse sich zum Ziel setzen, die jüngere Generation gezielt anzusprechen und zu informieren.



Abb. 3 Die Moderatorin und die Experten: (v.l.) Renate Schnack, Dr. Jørgen Kühl, (Historiker, Minderheitenexperte), Dr. Tove Malloy (European Centre of Minority Issues), Peter Hansen (Regionskontor Sønderjylland/Schleswig), Dr. Michael Schack (IHK Flensburg, Deutsch-dänisches Regionalmanagement)

Durch die Sparpläne der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung ergeben sich Lothar Hay zufolge für den ADS-Grenzfriedensbund Kürzungen von 30 Prozent, das sei ein Einschnitt von rund 200 000 Euro. Gerhard Beuck brachte dieses Problem für den Deutschen Grenzverein auf den Punkt: „Durch die Sparpläne der Landesregierung ist die institutionelle Förderung für den Grenzverein ersatzlos gestrichen worden.“ Kürzungen in anderen Bereichen von 10 Prozent seien bereits da, ab 2011 würden Kürzungen bis zu 15 Prozent folgen. Bis 2012 werde auf 733.000 Euro gekürzt sein. Dadurch stoße der Verein an seine finanziellen Grenzen. Eine Aufgabe der Grenzvereine hätte aber auch für die regionale Wirtschaft im strukturschwachen Norden große Nachteile, da diese allein durch den Deutschen Grenzverein jährlich um 1,8 Mio. Euro belebt werde. Verluste müssten über Arbeitsmarktförderung und Wirtschaftsförderung ausgeglichen werden. Zusätzlich – und das sei nicht unerheblich – fände ohne die Grenzvereine eine Verarmung der Kultur statt.

Zukunftsansichten

Die Frage, wie die Grenzverbände ihr Profil verändern müssen, um trotz der Kürzungen zeitgemäß und effektiv weiterarbeiten zu können, war ein zentrales Thema der Veranstaltung. Lothar Hay stellte die finanzielle Sorge der Grenzver-

bände als eine Sorge der Minderheiten beiderseits der Grenze dar: „Nur durch ein beständiges, fortlebendes Engagement der Kultur beider Seiten lässt sich das geschichtlich gewachsene Erbe so pflegen und fördern, dass der so oft beschworene Modellcharakter friedlichen Zusammenlebens zweier benachbarter Kulturen nicht verloren geht.“

Hier greife auch das Stichwort der Identitätsbildung: Es müsse weiterhin dafür gesorgt werden, dass Menschen in Minderheiten eine eigene Identität entwickeln können. Dafür sei eine gegenseitige Akzeptanz von entscheidender Bedeutung, denn: „Je sicherer Menschen sich der eigenen kulturellen Identität sind, umso offener werden sie sich mit fremden Kulturkreisen auseinandersetzen und ihnen begegnen können“, so Hay, und dies sei in Zeiten der Globalisierung immer gefragter. Die Besonderheit der eigenen Kultur hervorzuheben und sich dadurch von der Mehrheit abzugrenzen sei bei allem vorhandenen und lobenswerten Harmoniebedürfnis entscheidend, denn die kulturellen Unterschiede dürften nicht eingeebnet, sondern müssten hervorgehoben werden.

Lösungen der Probleme sieht Knud-Erik Therkelsen in Einsparungen, Reformen und der Fähigkeit, eine von Vielfalt getragene Gesellschaft zu entwickeln. Ausländische Arbeitskräfte seien keine Bedrohung, sondern anzuziehen und festzuhalten. Es müsse mit anderen Kulturen konstruktiv zusammengearbeitet werden, sodass ein Finden von Lösungen über Grenzen, Sprachen und Kulturen hinweg möglich werde.

„Wir schauen besorgt in die Zukunft“, drückte Jutta Kürtz den allgemeinen Tenor aus. Der SHHB plane eine engere Zusammenarbeit mit den beiden anderen Grenzverbänden und dem Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN). Eine Erarbeitung eines neuen, zukunftsorientierten Profils sei auf dem Weg.

Auch der Deutsche Grenzverein plant erweiterte Kooperationen: So sei eine Kooperation mit der Academia Baltica aus Lübeck angestrebt, die bald nach Oeversee wechsele, und man wolle über Sponsoring zusätzliche Mittel einwerben. Wichtig seien ferner ein verbessertes Marketing sowie barrierefreie und aktuelle Homepages und auch sonst eine gute Öffentlichkeitsarbeit.

Das Bestehen der Grenzverbände hänge im Wesentlichen ab von der gesellschaftlichen Unterstützung und damit vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, erklärte Lothar Hay. Notwendig für erfolgreiche Veränderung seien folgende Fragen: „Was sind die eigenen Kulturen, was ist die Eigenständigkeit von Kultur? Was ist das Besondere, das Unterscheidende und das Trennende, und was führt dazu, dass man sich zusammengehörig fühlt? Was sind die Grundlagen der eigenen Kultur?“

Dr. Tove Malloy stellte die Information der Mehrheit über die Minderheiten als wichtigstes Ziel heraus, um eben dieses gegenseitige Bewusstsein und das Verantwortungsgefühl zu schaffen. Die Minderheiten seien bereits Identitäts-



Abb. 4 Blick ins Publikum, im Hintergrund Theodor Boysen (l.) bei einem Redebeitrag und Ingrid Schumann (r.), Referentin für Grenzlandfragen im ADS-Grenzfriedensbund

experten, aber an dem Bewusstsein in der breiten Masse hapere es noch. Die ECMI-Direktorin sieht in den Grenzverbänden weiterhin ein großes Potential: „Grenzverbände können Brücken bauen“, sie müssten sich aber nicht nur regional, sondern europaweit bemerkbar machen. Hierfür sei ein Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Grenzregionen sinnvoll.

Bezogen auf die Globalisierung rief Knud-Erik Therkelsen dazu auf, von der alten, nationalen auf eine neue, globalisierte Agenda umstellen. Man müsse sich in dem übergeordneten Rahmen verorten, den die Globalisierung vorgibt, um sich im weltweiten Wettbewerb behaupten zu können.

Neue Möglichkeiten

Dr. Tove Malloy nannte einige Themen, die angegangen werden müssten: Um die das interkulturelle Verständnis blockierenden Sprachbarrieren zu überbrücken, müsse die „Dickköpfigkeit“, die Sprache des Anderen nicht zu lernen, auf beiden Seiten der Grenze angegangen werden. Interkulturelles Verständnis und interkultureller Dialog könne beispielsweise in Form von gemeinsamen grenzüberschreitenden Aktivitäten gefördert werden oder durch ein neues und besser sichtbares Forum unterstützt werden. Dies könne auch den Prozess der Aussöhnung weiterhin unterstützen.

Für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei die Bereitschaft eines jeden, auch außerhalb der eigenen nationalen Kultur zu denken, erforderlich. Ziel der



Abb. 5 Die vier Grenzverbände und ihre Logos

Verbände solle es sein, auf der anderen Seite der Grenze nach Kooperationspartnern zu suchen, bevor sie auf die eigene regionale Kultur schauen. Das Internet und die modernen sozialen Medien böten viele Kommunikationsmöglichkeiten über kulturelle und auch über generationsbedingte Grenzen hinweg – hier sollten Grenzverbände ihre Sichtbarkeit erhöhen, so Malloy. Es gebe neue, geänderte Rahmenbedingungen, auf die in der künftigen Arbeit der Grenzverbände eingegangen werden müsse, gab Peter Hansen vom Regionkontor Sønderjylland-Schleswig zu bedenken. So empfänden viele Menschen in der Region das Mit- und Füreinander schon als Selbstverständlichkeit. Für ein umfassendes Verständnis müsse das Bewusstsein über die Besonderheit der Region und die früheren sowie die heute noch bestehenden Herausforderungen ständig neu geschaffen werden. Inzwischen sei eine neue Zielgruppe anzusprechen: die jüngere Generation, die mit anderen, heutigen Kommunikationskanälen erreicht werden müsse. Nur so könne das Grenzland den Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und der verstärkt geforderten Mobilität weltweit gerecht werden.

Als Kennzeichen für die relative Strukturschwäche in der Region führt Dr. Jørgen Kühl Mittelknappheit, eine mangelhafte Infrastruktur und eine zu geringe Bevölkerungszahl an. Die Finanzknappheit der öffentlichen Kassen und die damit verbundene Diskussion um die Förderung der Minderheitenschulen mache deutlich, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark noch nicht vorbildlich seien, sondern gepflegt und täglich neu erlebt werden müssen.

Dr. Michael Schack von der IHK Flensburg betonte die Notwendigkeit, das Bild des deutsch-dänischen Grenzraums durch die Arbeit der Grenzverbände zu modernisieren. Die vorhandene Grenze sei nahezu unsichtbar, und die Menschen agierten auch so, als sei die Grenze kaum noch ein limitierender Faktor. Das nötige gegenseitige Verständnis sei allerdings noch nicht ausreichend vorhanden. Die Herausforderungen für die Region seien in dem Fortzug der Jüngeren, der Globalisierung, sprich: dem internationalen Wettbewerb, der Sicherung einer Anbindung an internationale Verkehrsnetze, in Zukunftsbranchen wie erneuerbaren Energien zu sehen. Außerdem sei es erstrebenswert, die drei Hochschulen in der Region durch ein grenzüberschreitendes Profil zu einer Europauniversität umzustellen.

Bilanz

Lothar Hay zog eine durchweg positive Bilanz der Arbeit der Grenzverbände und nannte als Beispiele: die Beteiligungen dänischer Organisationen an Festen auf deutscher Seite, mehrsprachige Kindergärten und Schulen beiderseits der Grenze sowie die gemeinsame Publikation von ADS-Grenzfriedensbund und Historik Samfund for Sønderjylland zum 725-jährigen Jubiläum Flensburgs: „Was vor Jahren noch undenkbar gewesen wäre, ist heute eine Selbstverständlichkeit.“ Man werde sich innerhalb der Grenzverbände weiter damit befassen, was in Zukunft für die Arbeit unabdingbar sei und wie man die Arbeit finanzieren könne.

Auch Gerhard Beuck stellte fest, dass ein Miteinander und eine Begegnung ohne Vorbehalte zwischen Deutschen und Dänen bereits erreicht sei. Dialogveranstaltungen seien aber weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit, denn Strukturveränderungen oder eine Schließung der Grenzverbände zögen eine Verarmung der Kultur in der Grenzregion nach sich.

Das historische Bewusstsein für die Entwicklung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum müsse erhalten werden. Eine stärkere Zusammenarbeit mit den Hochschulen sei erstrebenswert, um Begegnungen zwischen Deutschen und Dänen zu fördern und ein stärkeres regionales Bewusstsein anzustreben. Trotz der Notwendigkeit einer Umstrukturierung sollte eine positive und konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen Minder- und Mehrheit, eine Entwicklung vom Gegeneinander zum Miteinander weiterhin hohes Ziel der

Grenzverbände sein, sagte Dr. Jørgen Kühl: „Durch Dialogbereitschaft und Dialogfähigkeit, durch Toleranz und Offenheit, durch ein ausgeprägtes Bewusstsein eigener Positionen und Akzeptanz anderer, durch Respekt und Festhalten an der Nachhaltigkeit bereits als sicher angesehener, aber mitunter infrage gestellter Regelungen für die Minderheiten können die Grenzverbände auch im 21. Jahrhundert eine wichtige, signifikante Rolle spielen.“

Am Ende der Dialogveranstaltung konnten sich alle Anwesenden einem zusammenfassenden Appell der Moderatorin Renate Schnack anschließen, „der sich an die Akteure selber richtet, aber auch die Verantwortlichen in den Kommunen, in der Landesregierung und im Landesparlament auffordert, das sensible Geflecht von Institutionen und Kooperationen im Grenzland als besonderes und schützenswertes Merkmal sowie als Standortvorteil erneut zu entdecken und zu unterstützen.

Gerade die Komposition von Verschiedenheit und Vielfalt gibt unserer Region Zukunft!“

Anmerkung

- 1 Hingewiesen sei auch auf die Berichterstattung der regionalen Presse: Anja Christiansen, Grenzverbände müssen umdenken, in: Flensburger Tageblatt, 2.11.2010. Trine Flaming, Grænseforeninger skal åbne omverdenes øjne, in: Flensborg Avis, 30.10.2010.

Eine Kehrtwende der Minderheitenpolitik?

Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen der
dänischen Minderheit 2010

von JØRGEN KÜHL

Die am 26. Mai 2010 von der schleswig-holsteinischen Landesregierung beschlossene und inzwischen in den Landtag eingebrachte Kürzung der Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit auf 85 Prozent des aktuellen Schülerkostensatzes hat „zur bisher größten minderheitenpolitischen Krise seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955“ geführt – so der international anerkannte Minderheitenforscher Dr. Jørgen Kühl. Der frühere Direktor des Instituts for Grænseregionsforskning und jetzige Leiter der A.P. Møller Skolen in Schleswig dokumentiert für die Grenzfriedenshefte die komplexe Entwicklung seit Mai 2010 und analysiert sie unter nationalen wie internationalen Gesichtspunkten. Dabei bezieht er auch die durch Sparbeschlüsse der Bundesregierung bedrohte deutsche Minderheit in Nordschleswig ein. Zu diesem Thema geben wir in der Umschau dieses Heftes auch einen Kommentar des Chefredakteurs des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages Stephan Richter wieder. – Der Beitrag von Jørgen Kühl erfasst die Ereignisse bis Anfang Dezember 2010. Den Fortgang der Auseinandersetzungen um die Sparbeschlüsse werden die Grenzfriedenshefte unter minderheitenpolitischen Gesichtspunkten weiter verfolgen.

Die Redaktion

Einleitung

Anfang des Jahres 2010 schien das Verhältnis zwischen den Kulturen, der dänischen Minderheit und der deutschen Mehrheit in Schleswig-Holstein, von einem vorbildlichen Zusammenleben gekennzeichnet zu sein. Der nach den Landtagswahlen im Herbst 2009 erfolgte Regierungswechsel von der „großen“ CDU-SPD-Koalitionsregierung zu einer „kleinen“ Koalition von CDU und FDP mit einer Mandatsmehrheit von lediglich einem Landtagssitz hatte zunächst zu keinen merkbaren Veränderungen in der offiziellen Minderheitenpolitik geführt. Nach wie vor wurde allerseits von einem modellhaften Zusammenleben gesprochen. Somit deutete alles auf eine Kontinuität der über Jahrzehnte gewachsenen schleswig-holsteinischen Minderheitenpolitik hin, die zuletzt mit dem von der großen Koalition beschlossenen Schulgesetz von 2007 sogar zu einer Rückkehr und Bestätigung der 1997 ausgesetzten Gleichstellung der Schüler der dänischen Min-



Abb. 1 Unterzeichnung des „Abschlusskommuniqués“ zur Gleichstellung der Schüler der dänischen Minderheit, 24.11.2004: (v.l.) Franziska Pabst als Repräsentantin des Bildungsministeriums, die Vorsitzende des Dänischen Schulvereins Lone Schuld, der Direktor des Schulvereins Anders Molt Ipsen und die Minderheitenbeauftragte der Landesregierung Renate Schnack

derheit mit denen an staatlichen Schulen im Lande geführt hatte.¹ Hiermit wurde das nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Landesregierung und dem Dänischen Schulverein am 24. November 2004 unterzeichnete sogenannte „Abschlusskommuniqué“ umgesetzt, in dem die Gleichstellung der dänischen Schulen empfohlen wurde und zugleich die Bedeutung der Minderheitenschulen als Regelschulen für die dänische Minderheit anerkannt wurde.² Im Minderheitenbericht des Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen für die Legislaturperiode 2005-2010 wurde die Gleichstellung der dänischen Schulen gesondert hervorgehoben.³ Auch in der parlamentarischen Debatte zum Bericht am 13. Dezember 2007 war dieser Umstand seitens der CDU gewürdigt worden,⁴ während der damalige Oppositionspolitiker Ekkehard Klug (FDP) feststellte: „Schleswig-Holstein und die deutsch-dänische Grenzregion können in der Minderheitenpolitik mit Stolz auf eine wirklich beispielgebende Erfolgsgeschichte zurückblicken. Das heißt aber nicht, dass es hier keine Probleme und offenen Fragen gibt. Die nationalen Minderheiten und Volksgruppen südlich der Grenze haben auch aktuell noch Sorgen und berechtigte Anliegen, für die es bislang noch keine befriedigende Lösung gibt.“⁵ Nachdem er eine Lösung der weiterhin ungeklärten Frage der Schülerbeförderungskosten für die Schüler der dänischen Schulen angemahnt hatte, stellte Klug abschließend fest: „Obwohl es allen Anlass gibt,



Abb. 2 Beim 90. Geburtstag des Dänischen Schulvereins, 5.5.2010: (v.l.) der Vorsitzende des dänischen Südschleswig-Ausschusses Kim Andersen, Bildungsminister Ekkehard Klug, der Direktor des Dänischen Schulvereins Anders Molt Ipsen und der Vorsitzende des Schulvereins Per Gilberg

auf die Bilanz der Minderheitenpolitik stolz zu sein, darf man nicht übersehen, dass sich auch noch weitere Herausforderungen stellen. Falls es nicht gelingt, die notwendigen Konzepte und Lösungen zu entwickeln, wäre auch ein empfindlicher Rückschlag im Bereich der Minderheitenpolitik nicht auszuschließen.“⁶ Im Vorwort zum Minderheitenbericht hatte Ministerpräsident Carstensen ferner festgestellt: „Zu einer kraftvollen und auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Minderheitenpolitik gibt es ... keine Alternative. Hier nachlässig und träge zu werden, hieße, das Potenzial unseres Landes nicht ganz zu nutzen, und hieße – in letzter Konsequenz – das vorbildliche Miteinander zu gefährden.“⁷

Somit gab der Regierungswechsel zu einer CDU-FDP-Koalition zunächst keinen Anlass zu Überlegungen hinsichtlich einer bevorstehenden prinzipiellen Kehrtwende in der Minderheitenpolitik. Beide Parteien hatten sich schließlich wiederholt und unmissverständlich zur Kontinuität bekannt. Im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der FDP für die 17. Legislaturperiode wurden der Wert und die Bedeutung der Minderheiten sogar gesondert gewürdigt: „Nationale Minderheiten und Volksgruppen sind von jeher ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, und sie tragen auch in besonderer Weise zur kulturellen Vielfalt und zum gesellschaftlichen Leben unseres Landes bei. Nach unserer Landesverfassung haben sie Anspruch auf Schutz und Förderung. Darüber hinaus wollen wir auch die deutsche Minderheit in Nordschleswig weiter fördern. Der Beitrag und die

Rolle der Minderheiten sind für uns auch ein wichtiges Fundament für die weitere Entwicklung einer guten regionalen Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn Dänemark und die Entwicklung der Grenzregion.“⁸

Als im Februar 2010 der FDP-Abgeordnete Jens-Uwe Dankert zum Vertreter des Landtages für das DialogForumNorden⁹ gewählt wurde, erklärte die europapolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Kirsten Funke: „Minderheitenschutz und Minderheitenpolitik sind wichtige Elemente liberaler Bürgerrechtspolitik und ein integraler Bestandteil des modernen Verfassungsstaates.“¹⁰

Am 5. Mai 2010 konnte der Dänische Schulverein (Dansk Skoleforening for Sydslesvig) somit gutgelaunt seinen 90. Geburtstag feiern, wozu auch der zum schleswig-holsteinischen Bildungsminister avancierte FDP-Politiker Ekkehard Klug herzlich gratulierte.¹¹

Veröffentlichung der geplanten Sparmaßnahmen

Dieses insgesamt gesehen beinahe idyllische Bild im 90. Jahr der Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg und der dadurch entstandenen modernen nationalen Minderheit der Dänen im Lande änderte sich jedoch schlagartig und mit einer unerwarteten Vehemenz lediglich drei Wochen später: Im Zuge der finanzpolitischen Herausforderungen als Reaktion auf die Folgen der globalen Wirtschaftskrise ernannte die Landesregierung eine Haushaltsstrukturkommission, die Sparvorschläge erarbeiten sollte. Am 26. Mai 2010 stellte Ministerpräsident Carstensen nach der Billigung des Kabinetts den Bericht als seine politische Zielsetzung vor.¹² Darin fand sich folgende Aussage zur Förderung der Schulen der dänischen Minderheit: „Die Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit werden auf 85 Prozent des aktuellen Schülerkostensatzes für den dänischen Schulverein abgesenkt. Sie liegen damit nach wie vor regelmäßig über dem Förderungsniveau der deutschen Ersatzschulen (80 Prozent des Schülerkostensatzes für die übrigen Ersatzschulen). Die Förderung sinkt von 31,7 Millionen Euro in 2010 auf 27 Millionen Euro in 2012.“¹³

Somit distanzierte die Landesregierung sich zugleich von den Regelungen im Schulgesetz von 2007, indem die bedarfsunabhängige Förderung der dänischen Schulen mit 100 Prozent der Schülerkostensätze festgelegt worden war, sowie von dem Abschlusskommuniqué des Jahres 2004, in dem die damalige Landesregierung die Bedeutung der dänischen Schulen als Regelschulen für die Minderheit anerkannt hatte. Carstensen versicherte in der Folgezeit mehrfach, dass diese Einsparungen durch die allgemeinen Sparzwänge des Landes begründet seien und dass das gute deutsch-dänische Verhältnis sowie die Minderheitenpolitik dadurch keinen Schaden erleiden würden.¹⁴

Die Reduzierung der Zuschüsse an den Dansk Skoleforening ist Bestandteil der

jährlichen Reduzierung des strukturellen Defizits des Landeshaushalts um 125 Millionen Euro und ist somit als Folge der neuen Austeritätspolitik zu werten.¹⁵ Dabei machen die beabsichtigten Einsparungen in den direkten Zuwendungen an den Schulverein ca. 3,75 Prozent der Gesamteinsparungen aus, obgleich die Minderheit bei einer angenommenen Bruttogröße von 50.000 Angehörigen ungefähr 1,75 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmacht.¹⁶ Ferner wird der Schulverein auch von den allgemeinen Sparmaßnahmen betroffen, da Einsparungen durch Mehrarbeit u. ä. in den öffentlichen Schulen unmittelbar Einfluss auf die Höhe der Schülerkostensätze haben, die Berechnungsgrundlage für die Zuwendungen sind. Schließlich entfällt zukünftig auch die Landesförderung für die Schülerbeförderung. Diese Sparmaßnahme trifft ebenfalls den Dansk Skoleforening, der mit weiteren Mindereinnahmen von bis zu 750.000 Euro rechnet, da die betroffenen Kreise Kürzungen an den Dänischen Schulverein weiterreichen werden.¹⁷ Somit würde die Gesamtbelastung der Minderheit über 4,3 Prozent sämtlicher geplanter Kürzungen ausmachen und ihr Beitrag folglich disproportional zweieinhalbmal so groß sein wie der geschätzte maximale Anteil an der Bevölkerung. Somit wird die Minderheit einseitig, asymmetrisch und überdurchschnittlich von den Sparmaßnahmen belastet – und das minderheitenpolitische Prinzip der Gleichstellung, das erst 2008 wieder erreicht worden war, wird erneut und nachdrücklich aufgehoben. Dies stellt nüchtern betrachtet eindeutig eine Ungleichbehandlung der Angehörigen der Minderheit im Vergleich mit allen anderen Bevölkerungsgruppen dar. Auch in anderen Bereichen werden kulturelle Aktivitäten der Minderheit empfindlich getroffen; hier handelt es sich jedoch um symmetrische Einsparungen, die ebenfalls andere Kulturträger der Mehrheit und der Minderheiten (u. a. das Nordfriisk Instituut¹⁸ in Bredstedt, dessen Förderung durch das Land zukünftig um bis zu 30 Prozent beschnitten wird) schmerzlich treffen.¹⁹

Reaktionen der dänischen Minderheit und in Dänemark

Seitens der Minderheit wurden die asymmetrischen Sparmaßnahmen als tiefgehender Vertrauensbruch aufgefasst. Der Dansk Skoleforening errechnete, dass Einsparungen von 4,7 Millionen Euro den laufenden Betriebskosten der 22 kleinsten von den insgesamt 47 dänischen Schulen entsprechen. Konkret müssten 88 Lehrerstellen eingespart werden.²⁰ Zudem stellte sich die Frage, was mit den von etwaigen Schulschließungen betroffenen Schülern geschehen sollte. Durch Zusammenlegung mit anderen dänischen Schulen würden weitere Kosten entstehen, so dass die Einsparungen nur durch Schließung weiterer Einrichtungen wie Kindergärten zu erreichen wären.

Umgehend wurden umfangreiche Protestaktionen auf unterschiedlichen Ebenen

initiiert und das politische Leben in Dänemark mobilisiert. Der Gemeinsame Rat der Minderheit (Det sydslesvigske Samråd) beschloss eine Protestresolution, in der die Sparmaßnahmen als Bedrohung der Existenzgrundlage der Minderheit und der positiven Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Grenzland bezeichnet wurden.²¹ Zugleich wurde festgestellt, dass die Landesregierung die 2004 getroffene Vereinbarung sowie das Schulgesetz brechen würde.²² Gemeinsamer Nenner der Proteste waren die Forderung nach hundertprozentiger Gleichstellung sowie die Aussage „Unsere Kinder sind auch 100 Prozent wert“. Das traditionelle dänische Jahrestreffen am darauffolgenden Wochenende wurde zur Plattform umfassender Proteste und Solidaritätsbekundungen dänischer, aber auch deutscher Kommunalpolitiker.²³ Dabei stellte u. a. der Präsident des dänischen Folketing, Thor Pedersen, fest, dass die Einsparungen im Widerspruch zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 stünden.²⁴ Ministerpräsident Carstensen vertrat hingegen in einem Gespräch mit Flensburg Avis die Auffassung, dass die Sparmaßnahmen keinen Angriff auf die Minderheit darstellen. Er fügte hinzu, dass, wenn man sich als Minderheit als 100 Prozent Bürger und Steuerzahler sehe, man auch 100 Prozent Mitverantwortung für die Zukunft des Landes habe. Zudem würden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen überhaupt nicht von den Vorschlägen berührt und würden weiterhin das Fundament für eine Minderheitenpolitik bilden, die in Europa vorbildlich sei.²⁵ Dies sahen jedoch Vertreter der Minderheit und zentral platzierte Politiker in Dänemark und Deutschland anders. Im Kieler Landtag erklärte sich die gesamte Opposition bestehend aus SPD, den Grünen und der Partei Die Linke solidarisch mit der Minderheit.²⁶ Etliche Bürgermeister wie z. B. in Rendsburg kritisierten die Kieler Politik.²⁷ Auch das DialogForumNorden kritisierte am 4. Juni einmütig die Sparpläne.²⁸ Eine Facebook-Seite konnte innerhalb kurzer Zeit 5.600 „Freunde“ melden, bis Ende November 2010 schlossen sich mehr als 6.650 Personen einer Protestliste im Internet an.²⁹ Am 5.-6. Juni protestierten Angehörige der Minderheit anlässlich des Schleswig-Holstein-Tages in Rendsburg und informierten über ihr Anliegen. Hier kam es zu einem kurzen Wortwechsel zwischen Carstensen und einigen Angehörigen der Minderheit, in der er laut Presseberichten die singemäße Aussage machte, dass falls man 100 Prozent haben wolle, man ja die Kinder auf die deutsche Schule schicken könne.³⁰ Diese Aussage wurde seitens des Ministerpräsidenten später nicht dementiert oder erläutert, woraufhin in der dänischen Minderheit festgestellt wurde, dass Carstensen nicht nur diskriminiere, sondern auch eine unfreiwillige Assimilation empfehle – beides sei jedoch durch die nationalen und internationalen Minderheitenschutzinstrumente untersagt.³¹ Zahlreiche dänische Politiker griffen die aktuelle Thematik im Sinne der Minderheit auf. Der Vorsitzende der Region Süddänemark, der liberale Politiker Carl Holst, sprach die beabsichtigte Diskriminierung offen in einer Besprechung mit



Abb. 3 Großdemonstration der dänischen Minderheit an sieben Orten mit insgesamt 14-16.000 Teilnehmern, 26.6.2010 – hier in Schleswig

Ministerpräsident Carstensen am 8. Juni an und sah darin einen Verstoß gegen den Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955.³² Holst bezeichnete die Einsparungen als Ungleichbehandlung (dän.: forskelsbehandling), die die langjährige gute Minderheitenpolitik zerstöre.³³ Er appellierte an die Landesregierung, eine bessere Lösung zu finden und verwies auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen.³⁴ Der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses der dänischen Regierung, Kim Andersen, konstatierte kurz darauf, dass die Kieler Landesregierung das Ansehen Deutschlands aufs Spiel setze.³⁵ Carstensen stellte jedoch im Landtag am 16. Juni unbeeindruckt fest: „Ich weiß auch, dass Dänemark die Schulen der deutschen Minderheit im eigenen Land ebenso unterstützt wie die eigenen Schulen. Auch ich würde die dänische Minderheit gern in derselben Weise unterstützen wollen, aber wir können es nicht mehr. Schleswig-Holstein ist dazu nicht mehr in der Lage. Wir sollten hier nicht aufrechnen. Die Bedeutung der Minderheiten ist unbestritten. Daran wird sich auch nichts ändern.“³⁶

Demonstrationen der Minderheit

Am 26. Juni 2010 organisierte die Minderheit an sieben Orten im Landesteil Schleswig parallele Protestdemonstrationen mit insgesamt 14-16.000 Teilnehmern.³⁷ Ungefähr ein Drittel der Angehörigen der Minderheit ging aktiv auf die Straße, um friedlich gegen die Sparmaßnahmen zu protestieren. Dabei beteiligten sich auch zahlreiche Sympathisanten außerhalb der Minderheit. Dies war

die größte jemals durch die Minderheit organisierte Protestaktion mit dreimal so vielen Beteiligten wie an der Demonstration vor dem Kieler Landtag am 10. Dezember 1997.³⁸ Im ganzen Landesteil wurden Plakate und Aufkleber verteilt, etliche Fahrzeuge zeigten somit im täglichen Straßenverkehr die Forderung „Ich bin auch 100 Prozent wert!“ bzw. „Unsere Kinder sind auch 100 Prozent wert!“

Bilaterale Gespräche

Ende Juni 2010 besprach der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen – nachdem Carstensen ihm taktisch nicht sehr geschickt vor Veröffentlichung der Kürzungspläne bereits einen Brief zu den Plänen geschrieben hatte, in dem er um dänisches Verständnis für seine Konsolidierungspolitik bat und somit gewissermaßen eine Einladung zur Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten ausgesprochen hatte³⁹ – die Sparpläne telefonisch mit Carstensen und verdeutlichte dabei die dänische Auffassung. Dabei unterstrich Rasmussen u. a. die Bedeutung der „Symmetrie der finanziellen Förderung“ beiderseits der Grenze, woraufhin Carstensen laut Flensburger Tageblatt feststellte, dass er nicht bereit sei, in „einen Wettbewerb der Förderung einzutreten“.⁴⁰ Als Ergebnis des Gesprächs wurde beschlossen, eine deutsch-dänische Arbeitsgruppe bestehend aus Beamten einzusetzen, die zügig den Gesamtkomplex der Förderung untersuchen sollte.⁴¹ Kurz darauf schrieb der dänische Ministerpräsident dem Gemeinsamen Rat der Minderheit in einem Brief, dass die Gleichstellung zwischen den Schulen der Minderheit und den öffentlichen Schulen wichtig sei. Dies sei eine prinzipielle Frage. Deshalb habe seine Regierung mit Besorgnis bemerkt, dass die geplanten Einsparungen nur die dänischen Schulen betreffen und dass sie außerdem durch fallende Ausgaben im öffentlichen Bildungssektor betroffen sein werden. Dies stelle eine Doppelbelastung der Minderheit dar.⁴² Obgleich diese Feststellungen des Ministerpräsidenten und weitere Aussagen dänischer Politiker eindeutig und unmissverständlich aufzeigten, dass die Kieler Pläne bereits eine Belastung der deutsch-dänischen Beziehungen darstellten, wurde dies wiederholt seitens der Landesregierung verneint.

In einem Schreiben an den Bund Deutscher Nordschleswiger bezog der dänische Ministerpräsident ebenfalls eindeutig Stellung, da auch die Aktivitäten der deutschen Minderheit in Dänemark durch Sparmaßnahmen der Regierungen in Kiel und Berlin bedroht sind. Rasmussen schrieb: „Die dänische Regierung sieht die Sparmaßnahmen, die der deutsche Staat gegenüber sowohl den deutschen als auch den dänischen Minderheitenschulen vorgelegt hat, mit Besorgnis“, und er stellte fest: „Die deutsch-dänische Zusammenarbeit für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze ist für die Regierung von entscheidender Bedeutung.“⁴³

Als die Regierung Carstensen am 13. Juli 2010 den Doppelhaushalt für die Jahre 2011-12 im Kabinett beschloss und an den Landtag weiterleitete, waren die Einsparungen weiterhin enthalten. Die Proteste hatten somit vorerst kein Umdenken bewirkt. Kurz darauf veröffentlichte die Landesregierung einen Gesetzesvorschlag, in dem die Reduzierung der Zuschüsse an den Dänischen Schulverein von 100 auf 85 Prozent enthalten ist. Dies wurde in einem Leitartikel in Flensburg Avis überspitzt so gedeutet, dass Diskriminierung an sich offenbar politische Zielsetzung der Landesregierung sei.⁴⁴ Der Vorsitzende des dänischen Südschleswig-Ausschusses, der Folketingsabgeordnete Kim Andersen, stellte mehrfach fest, die Sparmaßnahmen seien sowohl eine offene Diskriminierung der Minderheiten als auch ein Verstoß gegen das schleswig-holsteinische Schulgesetz und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen.⁴⁵ Kurz darauf versicherte ein Sprecher der Landesregierung jedoch, dass die Regierung Carstensen keine Diskriminierung der Minderheit beabsichtige und dass dies auch aus der parlamentarischen Haushaltsdebatte zu ersehen sein werde. Zugleich wurde öffentlich bekannt, dass Ministerpräsident Carstensen von den heftigen Reaktionen in der Minderheit und Dänemark überrascht worden sei.

Protestaktivitäten der Minderheit auf europäischer Ebene

Die dänische Minderheit entfaltete in dieser Phase etliche Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen. Es wurden Briefe an den dänischen Ministerpräsidenten und an Carstensen verschickt.⁴⁶ Auch die europäische Komponente wurde aktiviert: Der Gemeinsame Rat und Dansk Skoleforening schrieben Briefe an die Expertengremien des Europarats betreffend die Rahmenkonvention und die Sprachencharta, um auf die aktuelle Entwicklung in Schleswig-Holstein aufmerksam zu machen.⁴⁷ Der Vorsitzende des Beratenden Ausschusses der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten antwortete daraufhin, dass das Gremium mit großem Interesse von den geplanten Kürzungen Kenntnis genommen habe. In seiner Einführung zur Stellungnahme des Beratenden Ausschusses vor dem Ministerkomitee des Europarats anlässlich der dortigen Diskussion des am 27. Mai 2010 Expertenberichtes zum dritten Staatenbericht der Bundesrepublik könne er die aktuelle Situation mit berücksichtigen.⁴⁸ Im August forderte der dänische Grenzverein den Generalsekretär des Europarats und den OSZE-Hochkommissar für Minderheiten dazu auf, die Entwicklungen in Schleswig-Holstein genau zu verfolgen.⁴⁹ Der Sachverständigenausschuss des Europarats für die Sprachencharta zeigte sich bei einem Besuch in Kiel am 2. September 2010 über die Sparpläne erschüttert und stellte fest, die „von der Landesregierung beabsichtigte Verringerung der finanziellen Grundlage des dänischen Schulwesens sei ... als Verstoß gegen das Bundesrecht zu sehen und könne geahndet werden.“⁵⁰

Kontakte zwischen Kopenhagen und Berlin

Die erheblichen Spannungen erreichten bereits wenige Tage nach Veröffentlichung der schleswig-holsteinischen Sparpläne Berlin. Bereits am 1. Juni sprach die dänische Außenministerin Lene Espersen die Thematik gegenüber dem Bundesaußenminister Guido Westerwelle an.⁵¹ Der dänische Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen erörterte die Angelegenheit – wie auch geplante Kürzungen bei den Bundesmitteln für die deutsche Minderheit in Dänemark – bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Merkel.⁵² Im Bundestag stellten mehrere SPD-Abgeordnete der Bundesregierung am 7. Juli eingehende Fragen zu der Problematik,⁵³ wobei die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper zwar Verständnis für die Proteste der Minderheit zeigte, aber dennoch keine Diskriminierung erkennen konnte – und im Übrigen auf die Zuständigkeit des Landes Schleswig-Holstein verwies.⁵⁴ Dennoch musste sich die Bundesregierung intensiv mit der Thematik beschäftigen, da es sich nicht nur um eine schleswig-holsteinische, sondern zugleich um eine bilaterale Problematik handelte. Anfang Juli warnte der deutsche Botschafter in Kopenhagen laut Bericht des Hamburger Abendblatts vor einer antideutschen Stimmung in Dänemark.⁵⁵ Der dänische Generalkonsul in Flensburg, Henrik Becker-Christensen, bezeichnete die Situation Ende Juli als das größte grenzlandpolitische Problem seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vor 55 Jahren.⁵⁶

Am 10. August traf sich der Bundesbeauftragte für Minderheitenfragen Christoph Bergner, zugleich Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, in Kopenhagen mit dem dänischen Innenminister Bertel Haarder, der verdeutlichte, wieso die dänische Regierung die Kieler Sparmaßnahmen als unakzeptabel betrachtet: Die Einsparungen würden zu einer Diskriminierung der Schüler der dänischen Minderheit führen sowie die ungleiche Verteilung der Förderung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland weiter zu Ungunsten Dänemarks verschieben.⁵⁷ Zukünftig müsste Dänemark für 63 Prozent der Gesamtkosten sowohl der dänischen als auch der deutschen Minderheit aufkommen, während auf deutscher Seite lediglich 37 Prozent beigetragen würden. Nach dem Gespräch versicherte Bergner gegenüber der Presse, dass er die Argumente Haarders sehr ernst nehme und auch die Schiefelage in der Finanzierung der Minderheiten zur Kenntnis genommen habe.⁵⁸ Er werde den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten in der Sache nochmals kontaktieren. Obgleich Bildungspolitik Ländersache sei, habe die Problematik jedoch auch minderheitenpolitische und diplomatische und somit auch bundespolitische Aspekte. Bergner unterstrich, dass die Bundesrepublik sich weiterhin eindeutig zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen bekenne und dass sie weiterhin das deutsch-dänische Grenzland als Modellregion und minderheitenpolitisches Vorbild in Europa sehe.

Somit erhielt die Thematik eine eindeutig bilaterale und bundespolitische Dimension, die zumindest zum Teil mit der Lage von 1954, die letztendlich zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen führte, vergleichbar ist: Wie 1954 wurde auch 2010 die Bundesregierung aktiv, um die Minderheitenpolitik zu sichern und das internationale Ansehen Deutschlands vor Beschädigungen durch Maßnahmen einer Kieler Landesregierung zu schützen. Und Schleswig-Holstein musste erneut zur Kenntnis nehmen, dass Minderheitenpolitik nicht ausschließlich eine Domäne des Landes ist.

Am 22. August hielt der dänische Ministerpräsident eine Rede am Ejer Bavnehøj, in der er sich u. a. auch mit der aktuellen Minderheitenfrage beschäftigte. Er unterstrich den prinzipiellen Aspekt, dass die bisherige Gleichstellung zwischen Minderheit und Mehrheit aufhören werde und dass die dänischen Schulen in der Praxis nicht mehr den Status öffentlicher Schulen für die dänische Minderheit haben würden. Er stellte fest, dass eine Lösung nur im Geiste der Zusammenarbeit gefunden werden könne, wie sie seit vielen Jahren die vorzüglichen Beziehungen beider Staaten prägten.⁵⁹ Die Vorsitzende des Kirchenausschusses der Folketings, Britta Schall Holberg, bezeichnete am 24. August anlässlich eines Besuchs in Schleswig die Politik der Landesregierung als große Bedrohung der guten Zusammenarbeit und zeigte negative Konsequenzen auch im europäischen Rahmen auf, da die Politik Kiels auch ein negatives Beispiel für die Minderheitenpolitik in anderen Teilen Europas werden könne.⁶⁰

Unterschriftenaktion

Nach der Sommerpause 2010 mobilisierte die dänische Minderheit erneut ihre Angehörigen und Sympathisanten, um ihrem Protest gegen die Sparpläne Ausdruck zu verleihen. So wurde eine Unterschriftenaktion initiiert, die am 25. September in Aktionen im ganzen Landesteil Schleswig kulminierte. Zielmarke war dabei, insgesamt 25.000 Unterschriften zu sammeln.⁶¹ Die Aussage lautete: „Ich unterstütze die Gleichstellung der dänischen Schulkinder. Sie sind auch 100 Prozent wert!“⁶² Insgesamt wurden mehr als doppelt so viele Unterschriften gewonnen: 51.512 Protestunterschriften wurden dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinisches Landtags am 6. Oktober überreicht.⁶³

In der Woche darauf meldeten sich erstmalig auch der Präsident und Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, der deutsche Nordschleswiger Hans Heinrich Hansen und der dänische Südschleswiger Heinrich Schultz, zu Wort und warnten angesichts der geplanten deutschen Sparmaßnahmen gegenüber beiden großen nationalen Minderheiten im Grenzland eindringlich die Regierungen in Kiel und Berlin vor den Folgen der Sparpolitik: „Dies wäre das Ende dieser Minderheitenpolitik.“⁶⁴

Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages

Am 8. Oktober 2010 überreichte der Wissenschaftliche Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtags der FDP-Fraktion eine Stellungnahme zur Reduzierung des Schülerkostensatzes bei den Dänischen Schulen.⁶⁵ Die Stellungnahme erfolgte in Beantwortung einer Frage vom 30. Juni 2010, in der darum gebeten wurde zu bewerten, ob die geplante Reduzierung gegen von der Bundesrepublik geschlossene internationale Abkommen verstößt. Konkret sollte geprüft werden, ob „die Bonn-Kopenhagener Erklärung“⁶⁶ vom 29.03.1955, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten sowie die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen eine Reduzierung des Satzes widersprechen würden bzw. ob aus diesen Übereinkommen Rechtsansprüche erwachsen, die eine gleichgewichtige Förderung mit den öffentlichen Schulen erforderlich machen“.⁶⁷ Es ist zu bemerken, dass die Frage, ob es sich zugleich um eine Diskriminierung der Angehörigen der dänischen Minderheit handeln könnte, seitens der FDP gar nicht gestellt wurde. Die Stellungnahme gelangt zu dem Ergebnis: „Verstöße gegen von der Bundesrepublik Deutschland geschlossene internationale Übereinkommen durch eine Reduzierung des Schülerkostensatzes für die Schulen der dänischen Minderheit auf 85 Prozent der Höhe der öffentlichen Schülerkostensätze sind unmittelbar nicht ersichtlich. Das gilt unter dem Vorbehalt, dass im Rahmen der gesetzlichen Ausgestaltung sichergestellt wird, dass keine Schlechterstellung in Bezug auf gegebenenfalls vorhandene oder noch zu gründende Schulen mit dem Förderschwerpunkt ‚geistige Entwicklung‘ der dänischen Minderheit entstehen. Zudem wären die Auswirkungen der Kürzungen zu evaluieren und ggf. sicherzustellen, dass bestehende internationale Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Schulsystems erfüllt werden.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes geprüft werden sollte, ob die betroffenen Schulen in zumutbarer Weise – insbesondere in ihren Verpflichtungen des laufenden Schuljahres – getroffen werden und ob ihnen eine kurzfristige Anpassung an die veränderte finanzielle Lage möglich ist.“⁶⁸

Seitens der FDP wurde daraufhin der Standpunkt vertreten, das Gutachten würde jeden Vorwurf der Diskriminierung zunichte machen. Bei Veröffentlichung des Deutsch-Dänischen Beamtenberichts am 12. November 2010 wiederholte Bildungsminister Klug diese Aussage und verknüpfte sie mit dem Beamtenbericht, obgleich dieser ebenfalls keinerlei Aussagen dazu enthält (siehe unten). Allerdings war diese Frage überhaupt nicht Bestandteil der Untersuchung und dazu werden im Ergebnis auch keine Aussagen gemacht. Die Frage der Diskriminierung der dänischen Minderheit müsste nämlich anhand anderer Ansätze und unter Einbeziehung anderer seitens der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen untersucht werden, die sich jedoch nicht unmittelbar aus dem

Auftrag der FDP-Fraktionen ableiten lassen. Somit basieren die Schlussfolgerungen der FDP-Politiker auf einer politischen Interpretation der Stellungnahme, die jedoch nicht sachlich geboten ist. Ferner fußt die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes auf der Prämisse, dass die dänischen Minderheitenschulen mit den anderen privaten Ersatzschulen zu vergleichen sind. Diese Prämisse trifft indes nicht zu, da der Dänische Schulverein de facto die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen gegenüber Schülern der dänischen Minderheit wahrnimmt. Folglich sind die dänischen Schulen in der Tat Regelschulen für die dänische Minderheit, weil eine öffentliche Alternative gar nicht geboten wird. Der Wissenschaftliche Dienst erkennt diese Problematik, gelangt aber dennoch zu dem interessanten Schluss: „Den Angehörigen der dänischen Minderheit stehen sowohl die öffentlichen Schulen als auch die Schulen der dänischen Minderheit sowie auch sonstige Ersatzschulen offen. Daher kann im Rechtssinne nicht davon gesprochen werden, dass es sich bei den Schulen der dänischen Minderheit um die öffentlichen Schulen der dänischen Minderheit handelt.“⁶⁹ Diese Einschätzung greift jedoch zu kurz und verkennt die Sachlage: Weder die öffentlichen Schulen noch andere private Ersatzschulen bieten einen minderheitengerechten Unterricht in Dänisch für Angehörige der Minderheit an. Indem diese international verbrieftete staatliche Verpflichtung tatsächlich durch den Dänischen Schulverein mit Mitteln des Landeshaushalts und zusätzlicher Finanzierung durch Dänemark wahrgenommen wird, sind seine Schulen in der Tat Regelschulen und somit auch quasi-öffentliche Schulen für die dänische Minderheit.

Die Tatsache, dass die dänischen Schulen eine öffentliche Verpflichtung wahrnehmen, kann übrigens auch aus den Schlussfolgerungen der Stellungnahme abgeleitet werden, in denen festgestellt wird: „Sollte es zur Schließung von Ersatzschulen kommen, müsste die Erfüllung dieser Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Schulsystems sichergestellt werden. Die hierfür notwendigen Strukturen wären ggf. zu schaffen.“⁷⁰ Da jedoch die Schließung einer erheblichen Anzahl dänischer Schulen laut Einschätzung des Dänischen Schulvereins die unmittelbare Folge der Mittelkürzungen um 15 Prozent sein würden, folgt daraus, dass das Land Schleswig-Holstein den minderheitengerechten, qualifizierten dänischsprachigen Unterricht für die davon unmittelbar betroffenen Schüler zu gewährleisten hätte. Dies spricht wiederum dafür, dass die dänischen Schüler durch eine Schließung der dänischen Schulen, begründet in Sparmaßnahmen, diskriminiert werden würden, falls Schleswig-Holstein keine entsprechende öffentliche Alternative als Ersatz gewährleistet. Bei Schließung von kleineren Minderheitenschulen als Konsequenz der Einsparungen müsste Kiel demnach einen gleichwertigen öffentlichen Ersatz anbieten. Dies würde das Land weitaus teurer zu stehen kommen als die Differenz zwischen 85 und 100 Prozent der öffentlichen Schülerkostensätze.

Die dänische Minderheit reagierte umgehend und wie zu erwarten sehr ablehnend auf den Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes. Der SSW-Landesvorsitzende Flemming Meyer bekräftigte die Einschätzung, dass die Kieler Regierungspläne eine Diskriminierung darstellen, während die Vorsitzende des SSW im Landtag, Anke Spoorendonk, feststellte, dass die Prämisse des Wissenschaftlichen Dienstes, der Vergleich mit privaten Schulen, falsch sei, da sie Regelschulen für die Angehörigen der Minderheit und deshalb mit öffentlichen Schulen vergleichbar seien. Der Vorsitzende des Dänischen Schulvereins, Per Gildberg, erklärte, dass die Minderheit weiterhin für die Gleichstellung kämpfe und verwies auf das Schulgesetz von 2007.⁷¹ Der Vorsitzende des dänischen Südschleswig-Ausschusses, Kim Andersen, deutete den Bericht als „bestellte Arbeit“ und erhob nochmals den Vorwurf der offenen Diskriminierung.⁷²

Gegengutachten des Dänischen Schulvereins

Als Reaktion auf die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes beauftragte der Dänische Schulverein den Rechtsanwalt Wilhelm Mecklenburg in Pinnberg, die Stellungnahme zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob die Zulässigkeit der Kürzung mit der Stellungnahme untersucht sei. Seine Beurteilung lag am 29. Oktober 2010 vor und enthielt eine eindeutige Kritik an den Schlussfolgerungen des Wissenschaftlichen Dienstes:⁷³ Er liefert eine detaillierte Kritik und gelangt schließlich zu dem Ergebnis, dass: „Artikel 8 Abs 4 LVerf in der Zusammenschau mit dem Gleichheitsgrundsatz nach Ziffer II.3) der Bonner Erklärung und dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes eine 100 Prozent-Förderung des Systems der Schulen der Dänischen Minderheit nach dem objektiven Kriterien des gedachten vergleichbaren Systems öffentlicher Schulen für die Dänische Minderheit verlangt.“⁷⁴

Somit lagen Ende Oktober zwei entgegengesetzte Rechtsauffassungen vor. Der Grünen-Abgeordnete und minderheitenpolitische Sprecher Rasmus Andresen kommentierte daraufhin das Mecklenburg-Gutachten in einer Presseerklärung, in der er feststellte: „Politisch ist und bleibt die Kürzung bei den dänischen Schulen falsch. Wir Grünen teilen die Auffassung des dänischen Schulvereins. Eine Diskriminierung von SchülerInnen an den dänischen Schulen lehnen wir Grünen strikt ab.“⁷⁵ Seitens der Regierungskoalition gab es keine offiziellen Reaktionen. Dennoch ließ sich der minderheitenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Carsten-Peter Brodersen, zu einer im Ton verblüffend aggressiven Pressemitteilung verleiten, in der er Andresen heftig angreift, ohne sich ansatzweise mit der Kritik des Gegengutachtens auseinanderzusetzen: „Es ist befremdlich, dass der grüne Abgeordnete Rasmus Andresen offenbar kein Vertrauen in den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages hat. Ich gehe davon aus, dass

er dessen Gutachten kennt. Die Expertise und Neutralität des Wissenschaftlichen Dienstes sollte von allen Fraktionen anerkannt sein. Wie Herr Andresen dennoch von Diskriminierung sprechen kann, bleibt wohl sein Geheimnis. Derlei populistische Kampfparolen dienen auf keinen Fall einer konstruktiven Auseinandersetzung.“⁷⁶ Damit bestätigte Brodersen in seinem Bestreben, die Deutungshoheit zu wahren, nochmals seine nicht substantiell begründete Auslegung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes als hinreichender „Beweis“ dafür, dass eine Diskriminierung nicht vorliege, obgleich dies gar nicht Gegenstand der Stellungnahme war.

Bericht der deutsch-dänischen Beamtenarbeitsgruppe

In ihrem Telefonat am 29. Juni 2010 hatten der dänische Ministerpräsident Rasmussen und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Carstensen, wie oben erwähnt, die Bildung einer sogenannten Ad-hoc-Arbeitsgruppe vereinbart, um die Finanzierung der Minderheitenschulen zu erhellen. An der Arbeit der dänisch-deutschen Arbeitsgruppe beteiligten sich Vertreter der dänischen Ministerien für Finanzen, Äußeres, Bildung, Innen- und Gesundheit sowie das Büro des Ministerpräsidenten. Auf deutscher Seite waren die Staatskanzlei, das Ministerium für Bildung und Kultur sowie das Finanzministerium in Schleswig-Holstein eingebunden. Ferner wirkte ein Vertreter der Bundesregierung als Beobachter mit. Aufgabe der Arbeitsgruppe war teils die Beschreibung der Hintergründe der Bedingungen des Schulbetriebs für die Minderheiten, teils die Darlegung der Entwicklung der Zuschüsse bzw. Einnahmen zum Schulbetrieb für die beiden Minderheiten.⁷⁷ Diese Aufgaben wurden in einer Reihe von Sitzungen im Zeitraum von Anfang September bis Mitte Oktober 2010 gelöst. Der Bericht wurde am 12. November auf der Homepage der Landesregierung <http://www.schleswig-holstein.de/> in deutscher und dänischer Fassung sowie am gleichen Tag in dänischer Fassung auf der Homepage des dänischen Unterrichtsministeriums <http://www.uvm.dk> veröffentlicht.⁷⁸

Konkret bietet der Bericht eine Beschreibung der historischen und politischen Entwicklung der Bedingungen der beiden Minderheiten, eine Darstellung der gesetzlichen Grundlagen, eine detaillierte Darstellung der Finanzierung der Schulen sowie einen Anhang. Der Bericht enthält weder Aussagen zu Fragen einer möglichen Diskriminierung noch werden Bewertungen vorgenommen. Vielmehr handelt es sich um eine rein faktenbezogene Darstellung. Dabei wurde in der Einleitung mit dem Blick auf Dänemark u. a. festgestellt: „Der Zuschuss für die deutschen Minderheitenschulen betrug 2009 ca. 96 Prozent der durchschnittlichen Betriebskosten pro Schüler in der dänischen Volksschule.“⁷⁹

Hilfen aus Kopenhagen und Berlin

Beinahe zeitgleich mit der Veröffentlichung des Beamtenberichts schritten die Regierungen in Dänemark und Deutschland zur Tat, letztere wohl insbesondere auch, um der Kieler Landesregierung einen Ausweg aus der verfahrenen Lage anzubieten. Zunächst handelte die dänische Regierung. Am 8. November wurde in Kopenhagen durch die Regierungsparteien Venstre und De Konservative sowie die parlamentarischen Kooperationspartner Dansk Folkeparti und Kristendemokraterne eine Gesamtvereinbarung über den Haushalt Dänemarks für 2011 erzielt, in dem u. a. festgestellt wird, dass die Parteien sich darin einig seien, die finanzielle Förderung der deutschen Minderheitenschulen zu erhöhen, um sicherzustellen, dass eine völlige Einhaltung des Gleichbehandlungsprinzips gegenüber den deutschen Minderheitenschulen gewährleistet wird.⁸⁰ Daraufhin sagte die Folketingsabgeordnete Ellen Trane Nørby, dass Dänemark hiermit ein deutliches Signal an die Deutschen schicke, dass Dänemark die Anerkennung der Minderheiten ernst nimmt. Sie forderte Kiel dazu auf, die Sparmaßnahmen zu überdenken.⁸¹

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts, teilte die dänische Unterrichtsministerin Tine Nedergaard mit, dass die dänische Regierung die Förderung der deutschen Minderheitenschulen 2011 um 2,5 Millionen Kronen ansteigend bis 4,6 Millionen Kronen im Jahr 2014 anheben wird. Sie begründete die Anhebung damit, dass es in Dänemark eine gute und lange Tradition dafür gebe, die deutsche Minderheit gut zu behandeln. Dies betreffe insbesondere die Schulbildung deutschgesinnter Kinder, die die gleichen Möglichkeiten haben sollten wie dänische Kinder. Deshalb habe die Regierung Maßnahmen ergriffen, um eine volle finanzielle Gleichstellung der deutschen Schulen mit den öffentlichen Schulen zu gewährleisten.⁸² Hiermit half Kopenhagen der deutschen Minderheit in einer äußerst schwierigen Situation, wo sie aufgrund von drohenden Sparmaßnahmen in Kopenhagen, Kiel und Berlin um ihre Substanz fürchten muss.⁸³

Die Vorgabe aus Kopenhagen gab ein deutliches Signal an die deutsche Seite. Berlin reagierte (vermutlich in diplomatischer Abstimmung mit der dänischen Seite, obgleich diese Annahme bisher nicht durch zuverlässige Quellen zu belegen ist) mit einer Sonderzuwendung an den Dänischen Schulverein: In der Nacht vom 11. auf den 12. November 2010 beschloss der Haushaltsausschuss des Bundestages einmütig zunächst im Jahr 2011 eine Sonderzuwendung von 3,5 Millionen Euro an den Dänischen Schulverein aus dem Etat des Bundesinnenministeriums zu zahlen, wodurch der größte Teil der von Kiel geplanten Einsparungen von 4,7 Millionen Euro kompensiert würde.⁸⁴ Hinzu kommen 170.000 Euro für bauliche Maßnahmen an dänischen Schulen. Zugleich wurde in derselben Sitzung jedoch die Zuwendung des Bundes an die deutsche Minderheit in

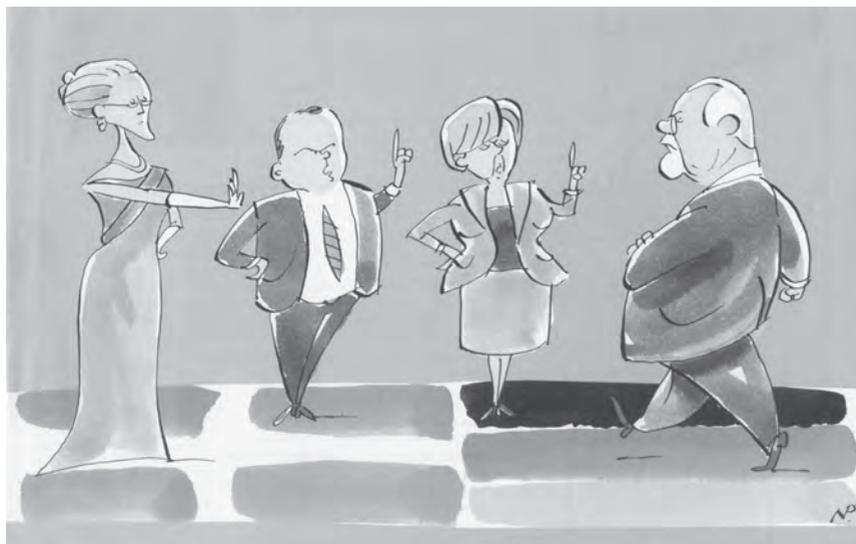


Abb. 4 Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und das deutsch-dänische Verhältnis aus Sicht des Karikaturisten Niels Poulsen: Ablehnende Haltung von Königin Margarethe II., mahnende Worte von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen und Bundeskanzlerin Angela Merkel

Dänemark um eine Million Euro gekürzt. Jürgen Koppelin, FDP-Landesvorsitzender und Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages, wertete die Entscheidung als seinen politischen Erfolg.⁸⁵

Die dänische Minderheit begrüßte die Entscheidung Berlins, verwies jedoch zugleich auf den weiterhin zu erwartenden Fehlbetrag von 1,2 Millionen Euro. Der SSW-Landesvorsitzende Flemming Meyer interpretierte die Entscheidung nicht nur als finanzielle Hilfeleistung, sondern auch als deutlichen Fingerzeig und Aufforderung zur Gleichstellung seitens der Bundesregierung an Kiel.⁸⁶ Die Kieler Landesregierung fasste das Zeichen jedoch völlig anders auf und sah sich keineswegs dazu veranlasst, den Fehlbetrag von 1,2 Millionen Euro beizubringen.⁸⁷ Daraufhin sagte Meyer desillusioniert, dass die Landesregierung dabei sei, die jahrzehntelange Minderheitenpolitik zu zerstören, um eine Million Euro einzusparen. Kiel würde dadurch Dänemark nach dessen Vorleistung „an der Nase vorführen“ und zum Narren halten.⁸⁸

Seitens der deutschen Minderheit wurde die Berliner Entscheidung mit gemischter Reaktion aufgenommen: Einerseits begrüßte sie die Sonderzuwendung an die dänische Minderheit, andererseits beklagte sie, dass die Zuwendung an ihre Minderheitenarbeit aufgrund angeblichen Geldmangels zugleich um eine

Million Euro beschnitten wurde. Die dadurch entstehende Fehlsumme ab 2011, so der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen, könnte zu einem Arbeitsplatzabbau von knapp 10 Prozent der 350 Vollzeitstellen der deutschen Minderheit führen.⁸⁹ Deswegen werde es demnächst zu einer „Zerreißprobe innerhalb der Minderheit kommen.“⁹⁰ In einem Leitartikel des Nordschleswiger schrieb der Chefredakteur Siegfried Matlok von einer „dankbar-enttäuschenden“ Situation: „Natürlich wollen wir niemanden beleidigt zu nahe treten, aber diese 3,5 Millionen sind allein ein Versuch, die Scherben in der Minderheitenpolitik, die durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung gegen die dänische Minderheit entstanden sind, außenpolitisch aufzuräumen, um gegenüber Dänemark als Partner zu demonstrieren, wie wichtig der Bundesrepublik die Minderheitenpolitik bilateral noch ist. Jedoch, allein mit den 3,5 Millionen, die an den dänischen Schulverein überwiesen werden, sind die Kieler Schäden nicht bereinigt. Vor allem besteht die dänische Minderheit, zu Recht, auf der gesetzlich garantierten 100-prozentigen Förderung ihrer Schüler. Das Prinzip Gleichberechtigung, von Kopenhagen vor einigen Tagen auch im Blick auf Berlin für die deutschen Schulen realisiert, ist minderheitenpolitisch wichtiger als Fehlbeträge. Bei diesem taktischen Schachzug der Koalitionspolitiker, die Kieler Landesregierung zu entlasten, ist die deutsche Minderheit ‚unter die Räder gekommen.‘“⁹¹

Auch das Flensburger Tageblatt übte unmissverständliche Kritik an Kiel und Berlin. Der Chefredakteur Stephan Richter schrieb in einem Leitartikel unter dem Titel „Deutsches Trauerspiel im Grenzland“: „Die alten Lobeshymnen von der ‚Modellregion Europa‘ klingen wie ein Hohn in den Ohren. Ausgerechnet die schwarzgelbe Landes- und die Bundespolitik hat es geschafft, die Minderheiten im Grenzland gegeneinander auszuspielen. Statt das Miteinander zu fördern, begann ein finanzielles Geschacher ohne nationalen und europapolitischen Kompass und ohne Fingerspitzengefühl.“ Und weiter: „Der Umgang mit den Minderheiten im Grenzland ist gerade für eine CDU-geführte Bundesregierung beschämend.“⁹² Am folgenden Tag schrieb das Wochenblatt Schleswig-Holstein am Sonntag, ebenfalls Produkt des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags, hingegen mit viel Verständnis für die Kieler Position von einem „Grenzkampf im Norden“ und gelangte dabei zu der Einschätzung, dass die dänischen Schulen deutlich bessergestellt seien gegenüber öffentlichen Schulen, die Minderheitenschulen sogar „prächtig“ dastünden.⁹³

Reaktionen

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts der deutsch-dänischen Arbeitsgruppe kommentierte Bildungsminister Klug den Bericht in einer Pressemit-

teilung. Darin stellte er u. a. fest, dass die „Entscheidung der Landesregierung richtig ist, jeder Diskriminierungsvorwurf geht ins Leere“. Daraufhin verwies er auf die Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages (siehe dazu oben) und betonte seine Freude darüber, dass die Bundesregierung aus „gesamtstaatlichen Gründen“ die dänische Minderheit 2011 mit 3,5 Millionen Euro „für kulturelle Zwecke und damit auch für den dänischen Schulverein unterstütze“. Er rechnete ferner vor, dass aufgrund dieser Zuwendung die 85 Prozent zu einer 96-prozentigen Förderung der Schulen führe – und dies „sei genau die Größenordnung, in der der dänische Staat die deutschen Schulen im Jahr 2009 gefördert habe“. Schließlich unterstrich er laut Pressemitteilung, dass die „Landesregierung größtes Interesse an dauerhafter Gleichbehandlung habe und kündigte ein neues Finanzierungsmodell ab 2013 an, das diesem Grundsatz folge.“⁹⁴

Obleich Klug in diesem Statement die bereits im Oktober seitens der FDP-Landtagsfraktion vertretene diskutabile Auslegung der Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes wiederholte (vgl. dazu die Analyse oben), unterlief ihm in der Bewertung der 96-prozentigen Förderung ein ernsthafter Fehler, der sich womöglich dadurch erklären lässt, dass er lediglich die Zahl in der Einleitung des Berichts, aber nicht die detaillierte Auflistung in Tabellen wahrgenommen hatte: Die Zuwendungen seitens Dänemark von 96 Prozent an die Schulen der dänischen Minderheit betreffen nämlich lediglich und ausschließlich die Förderung der deutschen Schulen der Klassenstufen 1-9 bzw. 10, die mit den dänischen öffentlichen Volksschulen (folkeskoler) verglichen wurden. Hier wurde 2009 in der Tat eine Förderung von 96 Prozent geleistet.⁹⁵ Hingegen vergisst Klug den wichtigen Umstand zu erwähnen, dass die dänische Förderung an das Deutsche Gymnasium Nordschleswig im Jahr 2009 ganze 102 Prozent der Förderung von Schülern an öffentlichen dänischen Gymnasien betrug.⁹⁶ Sein Postulat, dass die Gesamtförderung der dänischen Schulen in Schleswig-Holstein im Jahr 2011 analog zur Förderung der deutschen Schulen in Nordschleswig 96 Prozent betragen werde, ist somit nicht stichhaltig. Konkret werden demnach auch die Schüler der gymnasialen Oberstufen in Schleswig und Flensburg lediglich mit 96 Prozent gefördert, obgleich der dänische Staat die gymnasialen Oberstufenschüler der deutschen Minderheit im Vergleichsjahr mit 102 Prozent gefördert hatte. Außerdem wird der Umstand ignoriert, dass Dänemark bereits für das Jahr 2010 eine 100-prozentige Förderung der deutschen Schulen gewährleisten wird, wodurch die Vergleichsgröße als Legitimationsrahmen obsolet wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Feststellung Klugs in der o.g. Pressemitteilung vom 12. November 2010, mit der Millionenförderung des Bundes sei faktisch „Gleichbehandlung erreicht“.⁹⁷ Diese Aussage setzt voraus, dass ohne die Bundesmittel keinesfalls von einer Gleichbehandlung die Rede

sein kann, sondern vielmehr eine Ungleichbehandlung der dänischen Minderheit gegeben sei. Ungleichbehandlung bedeutet allerdings nichts anderes als Diskriminierung. Dies war dem Minister offensichtlich bewusst, da er das Interesse der Landesregierung an „dauerhafter Gleichbehandlung“ hervorhob. Folglich negiert der Bildungsminister im Presstext seine eigene Aussage: „Jeder Diskriminierungsvorwurf geht ins Leere“. Der sich bietende taktische Rückzug der Landesregierung, ermöglicht durch das außenpolitisch motivierte Eingreifen des Bundes, bot mit der Pressemitteilung des Bildungsministers also unbeabsichtigt neue Angriffsflächen.

Der Dänische Schulverein verlangte weiterhin eine völlige Gleichstellung und pochte auf 100 Prozent, wobei der Direktor des Schulvereins, Anders Molt Ipsen, feststellte, dass für den Verein nicht das Geld, sondern das Prinzip der Gleichstellung am wichtigsten sei.⁹⁸ Aus Unzufriedenheit mit der weiterhin von der Landesregierung beabsichtigten einseitigen Kürzung, die angesichts des Beschlusses der dänischen Regierung, eine Aufstockung der Mittel für die deutschen Minderheitenschulen bereits ab dem Jahr 2011 vorzunehmen, als ungerecht wahrgenommen wurde, berief der Gemeinsame Rat der dänischen Minderheit am 29. November 2010 erstmalig in der Geschichte des Grenzlandes eine öffentliche Großveranstaltung (stormøde) in Flensburg ein, um die minderheitenpolitische Lage und etwaige weitere Schritte zu erörtern. Hier beschlossen die ca. 300 Anwesenden einstimmig eine Protestresolution, die u. a. an Bundeskanzlerin Merkel ging verbunden mit der Bitte um ein Treffen.⁹⁹

Aus Dänemark gab es Lob für die Berliner Entscheidung. Der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses, Kim Andersen, sah diese als Eingeständnis der Bundesregierung, dass die Kürzungspläne Kiels die dänische Minderheit diskriminiere.¹⁰⁰ Zugleich unterstrich er, dass Gleichstellung 100 Prozent und nicht 85 oder 96 Prozent bedeute.

Seitens der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen wurde hingegen eindeutige Kritik an der deutschen Minderheitenpolitik geäußert. Der Präsident Hans Heinrich Hansen, von 1993-2006 langjähriger Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, stellte fest: „Nach vielen Jahren vorbildhafter Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland ist nun durch die fehlende Finanzierung der deutschen Minderheit in Nordschleswig durch die Bundesrepublik Deutschland eine tickende Bombe unter das deutsch-dänische Grenzlandmodell gelegt worden. Die deutschen Nordschleswiger müssen feststellen, dass ihr Mutterland sie im Stich lässt mit im Moment noch unübersehbaren Folgen für ihre Zukunft als deutsche Minderheit in Dänemark.“¹⁰¹ Er sah das deutsch-dänische Grenzlandmodell in Gefahr aufgrund der deutschen Politik, während die dänische Politik den Respekt und die Anerkennung der Minderheitendeutlich zeigt und Vorbild sein sollte für Deutschland.¹⁰²

Als sich trotz des finanziellen Eingreifens der Bundesregierung zeigte, dass die Landesregierung keineswegs bereit war, den Fehlbetrag auszugleichen, sondern sich vielmehr in ihrer Politik bestätigt sah, reagierte die dänische Regierung mit Verwunderung: Die Außenministerin Lene Espersen lobte die Sonderzuwendung aus Berlin und äußerte zugleich ihr Unverständnis gegenüber der Politik Kiels.¹⁰³ Zugleich zeigte sie sich darüber erfreut, dass die Angelegenheit das sehr gute Verhältnis zwischen den beiden Staaten nicht belastet habe. Die dezent diplomatisch ausgedrückte Verärgerung über Kiel war somit nicht zu überhören.

Schlussfolgerungen

Die von der Landesregierung beschlossenen und in den Landtag eingebrachten Sparmaßnahmen führten zur bisher größten minderheitenpolitischen Krise seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955. Die Minderheit, die dänische Regierung und Politiker des gesamten Spektrums in Dänemark distanzieren sich – wie auch die gesamte Opposition im Kieler Landtag – von der Politik der Regierung Carstensen. Jedoch handelt es sich dabei nicht um einen zwischenstaatlichen Konflikt, was seitens der dänischen Politik und der Minderheit stets hervorgehoben wurde. Die Empörung der Minderheit und in Dänemark wurde zudem von zahlreichen Angehörigen der Mehrheit geteilt. Mehrere kommunale Vertretungen beschlossen Protesterklärungen gegen die geplanten Einsparungen.¹⁰⁴ Am 6. Oktober 2010 verabschiedete beispielsweise der Kreistag Schleswig-Flensburg eine Resolution, in der eine „Ungleichbehandlung der dänischen Minderheit“ abgelehnt wird, zumal „der Kreis sich außerstande sieht, einen Ausgleich zu schaffen.“ In einem Begleitschreiben u. a. an den Ministerpräsidenten schrieben Kreispräsident Eckard Schröder und Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach: „Wir sind daher in großer Sorge, dass die politischen Auswirkungen der diskriminierend anmutenden Kürzungen im Bereich der dänischen Schulen die in Jahrzehnten gewachsene Vertrauensbasis und das achtungsvolle, freundschaftliche Miteinander in der deutsch-dänischen Grenzregion erheblich beschädigen könnten.“¹⁰⁵ Zivilgesellschaftliche Akteure außerhalb der Minderheit bezogen ebenfalls dagegen Stellung.¹⁰⁶ An den Demonstrationen und Protestaktionen beteiligten sich nicht nur Minderheitenangehörige, sondern auch etliche Sympathisanten und jene, die aus prinzipiellen Gründen gegen eine Diskriminierung der Schüler der Minderheit sind. So beteiligten sich auch politische Mandatsträger der SPD, Grünen und sogar der CDU an den Protestveranstaltungen. Viele Tausend Angehörige der Mehrheitsbevölkerung unterschrieben die Protestlisten und zeigten sich in Gesprächen verblüfft, zum Teil auch verärgert über die Politik Kiels. Allerdings gab es auch vereinzelte minderheiten- und dänenfeindliche Aussagen, u. a. auch in einer Leserschrift an Flensburg Avis, die („im Interesse des

Absenders“) jedoch nicht unter seinem Namen veröffentlicht, deren Inhalt jedoch in einem kommentierenden Artikel vorgestellt wurde. Dabei wurde die dänische Minderheit mit Fäkalbegriffen und Hasstiraden beschimpft.¹⁰⁷ Hier wurden also Auffassungen artikuliert, die trotz des Miteinanders sehr wohl auch noch heute im Grenzland anzutreffen sind und die „salonfähig“ werden könnten in einer sehr angespannten Situation mit erhitzten politischen Auseinandersetzungen. Jedoch sind dies zumindest bisher isolierte Ausnahmen, die das in der Regel positive Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheit nicht anfechten. Mitten in der Krise setzten die Flensburger Bürger sogar ein Signal der Inklusion: So wurde am 21. November 2010 der SSW-Kandidat Simon Faber mit 55 Prozent der gültigen Stimmen in der Stichwahl zum neuen Flensburger Oberbürgermeister gewählt.¹⁰⁸ Die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, Anke Spoorendonk, deutete den Erfolg Fabers als deutliches Zeichen auch der Mehrheitsbevölkerung dafür, dass die dänische Minderheit in der Stadt dazu gehört.

Das Verhältnis zwischen Minderheit und Landespolitik ist nüchtern gesehen erheblich beschädigt worden. Der Vertrauensverlust scheint nachhaltig zu sein. Falls die Regierung Carstensen dennoch zu einem Umdenken bewegt werden sollte, müsste sie in Zukunft intensiv an dem gestörten Verhältnis zur Minderheit und zu Dänemark arbeiten. Ferner sind negative Folgewirkungen für das bisher stets positiv bewertete deutsch-dänische Minderheitenmodell zu erwarten.¹⁰⁹ Die dänische und deutsche (wie übrigens auch die national-friesische) Minderheit werden sich kaum weiterhin als Teilhaber eines europäischen Modellfalls betrachten. Schleswig-Holstein wird sich nicht mehr mit seiner Minderheitenpolitik international positionieren können. Das bereits erzeugte negative internationale Aufsehen im Europarat, aber auch in der Europäischen Union, ist der Glaubwürdigkeit und dem Prestige Schleswig-Holsteins im Bereich der Minderheitenpolitik abträglich.

Das idyllische Bild der Minderheitenpolitik mit der unermüdlichen Wiederholung und Beschwörung der positiven Entwicklung von Gegeneinander zum Miteinander und mit der Perspektive des Füreinanders ist zumindest erheblich angekratzt, wenn nicht gar lädiert worden. Die Entwicklungen, Reaktionen und Zuspitzungen auf allen Seiten seit der Vorstellung der geplanten Sparmaßnahmen am 26. Mai 2010 zeigen, wie fragil das Minderheitenmodell ist und bestätigt nachdrücklich, wie unverzichtbar eine ständige Pflege seiner grundlegenden Elemente ist.¹¹⁰ Obgleich insgesamt gesehen und begründet in den Aktivitäten der dänischen und bundesdeutschen Regierung, die beide die Verbindlichkeit der Minderheitenregelungen unterstrichen haben, weiterhin von einer Nachhaltigkeit des Minderheitenmodell ausgegangen werden kann,¹¹¹ kann Anfang Dezember 2010 dennoch nüchtern festgestellt werden, dass die Minderheitenregelungen kontinuierliche Pflege erfordern und sehr viel Fingerspitzengefühl voraussetzen, das offensicht-



Abb. 5 Umzug beim Jahrestreffen der dänischen Minderheit in Flensburg 2010 als Demonstration gegen die Sparbeschlüsse der Landesregierung

lich in der aktuellen Austeritätspolitik Kiels abhandengekommen ist. Andererseits kann auch festgestellt werden, dass die Mechanismen, die seit 1920 und insbesondere 1955 durch einen langen Prozess entstanden sind, tatsächlich funktionieren: Kopenhagen und Berlin wurden umgehend aktiv, um Kollateralschäden zu verhindern, obgleich es trotz einer finanziellen Sonderzuwendung seitens der Bundesregierung nicht unmittelbar gelang, die Kieler Landesregierung von ihrem Ansinnen abzubringen. Die Minderheit zog sich in dieser Situation nicht aus der Gesellschaft und dem politischen Diskurs zurück, sondern forderte aktiv und demonstrativ unter Zuhilfenahme aller Möglichkeiten und Instrumente ihre Rechte als Bürger im Lande ein.

Seit dem 26. Mai 2010 wurde klar, dass die Minderheit sich nicht abschotten will, sondern aktiv in der Gesellschaft mitzuwirken wünscht und hier eine Anerkennung einfordert. Das Pochen auf Gleichstellung ist zugleich Indiz des Willens zur Teilhabe an der Gesellschaft. Dies ist ein erheblicher Unterschied im Vergleich zur Ausgangslage um 1955. Die positive Gesamtentwicklung von der Abgrenzung des Jahres 1955 bis zur aktiven zivilgesellschaftlichen Partizipation in der unmittelbaren Gegenwart ist somit bestätigt worden.¹¹² Allerdings haben das

Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Minderheitenpolitik Schleswig-Holsteins im letzten halben Jahr erheblichen Schaden genommen. Die dadurch erzielten Einsparungen von knapp 5 Millionen Euro pro Jahr sind dabei für die Landesregierung lediglich ein geringer Trost angesichts dieser Situation, in der sich die minderheitenpolitischen Absichtserklärungen der Koalitionsvereinbarung von 2009 als leere Worthülsen erwiesen haben.

Das Jahr 2010 wird somit einen zentralen Platz in der Geschichte des Grenzlandes und der Minderheitenpolitik einnehmen als Jahr der Kehrtwende der Minderheitenpolitik – gewissermaßen als Lehrstück dafür, wie Minderheitenpolitik nicht gemacht werden sollte. In dieser Hinsicht hat die Regierung Carstensen vermutlich unbedacht und unbeabsichtigt einen allerdings negativen europäischen Modellfall der Minderheitenpolitik auf den Weg gebracht. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch von den Minderheitenexperten des Europarats zu kritischen Anmerkungen führen, wie auch die internationale Minderheitenforschung diese schlagartige Umkehr und Regression einer positiven auf Inklusion bedachten Minderheitenpolitik mit Interesse analysieren und diskutieren wird. Wenn 2015 die Deutschen und Dänen erneut ein Jubiläum der Minderheitenregelungen von 1955 feiern werden, wird kaum jemand um eine rückblickende Bewertung und kritische Würdigung der Geschehnisse und Entwicklungen von 2010 herumkommen.

Anmerkungen

- 1 Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz vom 24. Januar 2007, Gesetz- und Verordnungsblatt Schleswig-Holstein 2007, 39. Hier wird in § 124 festgelegt: „Dem Träger der Schulen der dänischen Minderheit wird für jede Schülerin und jeden Schüler unabhängig vom Bedarf der Zuschuss in Höhe von 100 Prozent der öffentlichen Schülerkostensätze gewährt, die für das dem Jahr der Bezuschussung vorausgehende Jahr festgestellt worden sind. Für die Feststellung der öffentlichen Schülerkostensätze sind die Sach- und Personalkosten (§ 48 Abs. 1 Satz 2, § 36 Abs. 2) zu Grunde zu legen, die im Landesdurchschnitt für eine Schülerin oder einen Schüler an einer öffentlichen Schule der vergleichbaren Schulart in dem der Feststellung vorausgehenden Jahr entstanden sind.“
- 2 „Die Arbeitsgruppe hat auch die Frage einer eigenständigen gesetzlichen Regelung der Förderung der Schulen der dänischen Minderheit geprüft. Rechtlich handelt es sich bei den dänischen Schulen um Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Die Schulen der dänischen Minderheit haben für die dänische Minderheit eine vergleichbare Bedeutung wie die öffentlichen Schulen für die Mehrheitsbevölkerung. Um diesen minderheitenpolitischen Unterschied zu den übrigen Ersatzschulen in freier Trägerschaft zum Ausdruck zu bringen, schlägt die Arbeitsgruppe vor, die Regelungen für die dänischen Schulen und die übrigen Schulen in freier Trägerschaft innerhalb des

- Schulgesetzes in gesonderten Paragrafen oder Absätzen vorzunehmen.“, siehe <http://100prozent.dk/de/argumente-faq.html> (zuletzt besucht am 26. November 2010).
- 3 Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein: Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in Schleswig-Holstein. Bericht für 2005-2010, Kiel, Februar 2008, S. 32.
 - 4 So Johann Wadepuhl (CDU), ebenda, S.10-11.
 - 5 Ebenda, S. 15.
 - 6 Ebenda, S. 17.
 - 7 Ebenda, S. 7.
 - 8 Koalition des Aufbruchs. Koalitionsvertrag zwischen der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Freien Demokratischen Partei (FDP) in Schleswig-Holstein für die 17. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags, CDU Schleswig-Holstein, FDP Landesverband Schleswig-Holstein, 2009, S. 32 (zugänglich unter <http://www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/378756/publicationFile/Koalitionsvereinbarung.pdf>, zuletzt besucht am 17. November 2010). Siehe zum Koalitionsvertrag ferner <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4879460/Koalitionsvertrag-in-Schleswig-Holstein-steht.html> (zuletzt besucht am 17. November 2010).
 - 9 Siehe zum DialogForumNorden, in dem Vertreter der vier anerkannten Minderheiten und Vertreter weiter Institutionen und Organisationen zusammenarbeiten das Faltblatt http://www.landtag.ltsh.de/parlament/minderheitenpolitik/dfn_faltblatt.pdf.
 - 10 Presseinformation der FDP Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Nr. 068/2010, Kiel, Mittwoch, 24. Februar 2010.
 - 11 Flensburg Avis, 6.5.2010.
 - 12 Siehe Jørgen Kühl: Sydslesvig 1960-2010, Tilbageblik og perspektiver, in: Sydslesvigske Årbog 2010, Flensburg 2010, S. 35-47, hier S. 42 ff.
 - 13 CDU/FDP Haushaltsstrukturkommission: Schleswig-Holstein ist auf dem Weg. Handlungsfähigkeit erhalten. Zukunftschancen ermöglichen. Empfehlungen zur Konsolidierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein, S. 25, <http://www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/907436/publicationFile/sparkonzept.pdf> (zuletzt besucht am 17. November 2010)
 - 14 Z.B. Flensburger Tageblatt, 9.6.2010. Hier wird Carstensen im Anschluss an einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der Region Süddänemark, Carl Holst, mit der Aussage zitiert: „Ich weiß um die Leistungen der Minderheit“, aber die Haushaltslage sei „so wie sie ist“.
 - 15 Vgl. mit der Darstellung der Landesregierung auf http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Haushaltskonsolidierung/DasKonzept/dasKonzept_node.html (zuletzt besucht am 17. November 2010).
 - 16 Ende Juli 2010 hatte Schleswig-Holstein insgesamt 2.831.957 Einwohner, siehe <http://www.statistik-nord.de/index.php?id=1273> (zuletzt besucht am 26. November 2010). Somit entspricht die geschätzte Maximalzahl der Angehörigen der dänischen Minderheit 1,77 Prozent der Gesamtbevölkerung.
 - 17 Dies bewahrheitete sich Ende November 2010, als der Kreis Rendsburg-Eckernförde die Halbierung der Schülerbeförderungszuwendungen für 2011 mitteilte, während die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland ebenfalls weitgehende Kürzungen erwägen. Dadurch wird der Grundsatz der Gleichstellung ebenfalls außer Kraft

- gesetzt. Vgl. Flensburg Avis, 26.11.2010.
- 18 Vgl. dazu ferner Flensburg Avis, 5.6.2010.
 - 19 Flensburg Avis, 25.8.2010.
 - 20 Flensburg Avis, 26.5. und 27.5.2010.
 - 21 Flensburg Avis, 28.5.2010.
 - 22 Ebenda.
 - 23 Siehe die umfassende Berichterstattung zu den dänischen Jahrestreffen in Flensburg Avis, 31.5.2010.
 - 24 Flensburg Avis, 31.5.2010.
 - 25 Flensburg Avis, 2.6.2010.
 - 26 Flensburg Avis, 3.6.2010.
 - 27 Flensburg Avis, 8.6.2010.
 - 28 Flensburg Avis, 5.6.2010. Medien-Information, DialogForumNorden, 3.6.2010: DialogForumNorden – deutsch-dänisches Grenzland-Gremium kritisiert Sparpläne der Landesregierung.
 - 29 Siehe <http://100prozent.dk/de/home.html> (zuletzt besucht am 27. November 2010).
 - 30 Flensburg Avis, 7.6.2010.
 - 31 Flensburg Avis, 16.6.2010.
 - 32 Carl Holst: Imod ånden fra 1955 at lukke danske skoler, <http://www.dr.dk/Nyheder/Indland/2010/06/09/105702.htm?rss=true> (zuletzt besucht am 17. November 2010). Flensburg Avis, 9.6.2010.
 - 33 Carstensen og Holst: Einge om ikke at være enige, <http://www.regionsyddanmark.dk/wm320919> (zuletzt besucht am 17. November 2010).
 - 34 Flensburg Avis, 14.6.2010.
 - 35 Flensburg Avis, 14.6.2010.
 - 36 Flensburg Avis, 17.6.2010. Plenarprotokoll, 20. Sitzung, Mittwoch, 16. Juni 2010, http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/plenum/plenprot/2010/17-020_06-10.pdf (zuletzt besucht am 26.11.2010).
 - 37 Flensburg Avis, 28.6.2010; Flensburger Tageblatt, 28.6.2010; Schleswiger Nachrichten, 28.6.2010. KN-Online, Kieler Nachrichten, 27.6.2010.
 - 38 Siehe dazu Lars N. Henningsen (Hg.): Sydslesvigs danske historie, Flensburg 2009, S. 238.
 - 39 Flensburg Avis, 2.6.2010.
 - 40 Flensburger Tageblatt, 7.7.2010.
 - 41 Flensburg Avis, 3.7.2010.
 - 42 Siehe dazu Jørgen Kühl: Kiel undergraver dansk-tysk mindretalsmodel, in: Grænsen, nr. 4, August 2010, S. 5-11. Ferner Flensburg Avis, 8.7.2010.
 - 43 Der Nordschleswiger, 9.7.2010.
 - 44 Flensburg Avis, 4.8.2010.
 - 45 Der Nordschleswiger, 10.7.2010.
 - 46 Brief des Sydslesvigske Samråd an Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, 1.6.2010; Brief des Sydslesvigske Samråd an Ministerpräsident Carstensen, 1.6.2010.
 - 47 Brief an den Präsidenten des Expertenkomitees des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, 9.6.2010; Brief an den Vorsitzendes

- des Sachverständigenausschusses des Europarats für die Sprachencharta, 9.6.2010.
- 48 Prof. Dr. Dr. Rainer Hofmann, Präsident des Beratenden Ausschusses des Rahmen-
übereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten an Per Gild-
berg und Dieter Küssner, Straßburg, 30. Juni 2010.
- 49 Flensburg Avis, 24.8.2010 und 27.8.2010.
- 50 SSF-Pressemitteilung: Europarat-Experten: Kürzungsbestrebungen der Landes-
regierung bei der dänischen Minderheit verstoßen gegen das Bundesrecht, 2.9.2010.
Siehe auch Flensburg Avis, 4.9.2010.
- 51 Flensburg Avis, 1.6.2010.
- 52 Flensburg Avis, 6.7.2010.
- 53 Vgl. Flensburg Avis, 7.7.2010.
- 54 Deutscher Bundestag. 17. Wahlperiode. Drucksache 17/2371, 02.07.2010. Deut-
scher Bundestag. Stenografischer Bericht. 54. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 7. Juli
2010. Plenarprotokoll 17/54, S. 5536-5542. Flensburg Avis, 8.7.2010.
- 55 Siehe u.a. Flensburg Avis, 12.7.2010.
- 56 Flensburg Avis, 24.7.2010. Flensburger Tageblatt, 24.7.2010.
- 57 Flensburg Avis, 10.8. und 11.8.2010.
- 58 Flensburg Avis, 11.8.2010.
- 59 Statsminister Lars Løkke Rasmussen tale ved folkemødet på Ejer Bavnehøj den 22.
August 2010, http://www.stm.dk/_p_13227.html (zuletzt besucht am 26.11.2010).
- 60 Flensburg Avis, 25.8.2010.
- 61 Flensburg Avis, 23.9.2010.
- 62 Die Unterschriftslisten konnten als Download auf der Seite [http://100prozent.dk/file-
admin/user_upload/100prozent.dk/download/underskrifter.jpg](http://100prozent.dk/fileadmin/user_upload/100prozent.dk/download/underskrifter.jpg) (zuletzt besucht am
17. November 2011) heruntergeladen werden.
- 63 Flensburg Avis, 7.10.2010.
- 64 Flensburger Tageblatt, 14.10.2010.
- 65 Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Wissenschaftlicher Dienst:
Reduzierung des Schülerkostensatzes bei den Dänischen Schulen. Bearbeiterin Dr.
Sonja Riedinger, 8.10.2010. 12 Seiten. Siehe dazu auch den Pressebericht im Flens-
burger Tageblatt, 15.10.2010.
- 66 Dies ist die häufig verwendete, aber nicht korrekte Bezeichnung der Bonn-Kopenha-
gener Erklärungen von 1955, wobei es sich um zwei parallele Erklärungen handelte:
die Kopenhagener Erklärung zu den Rechten der deutschen Minderheit und die Bon-
ner Erklärung zur dänischen Minderheit. Vgl. zu den Erklärungen Jørgen Kühl (Hg.):
København-Bonn Erklæringerne 1955-2005. De dansk-tyske mindretalserklæringers
baggrund, tilblivelse og virkning, Aabenraa 2005. Hier findet sich eine Darstellung
der Minderheitenerklärungen mit Fakten, die dem Wissenschaftlichen Dienst offen-
sichtlich nicht bekannt waren, einschließlich des deutsch-dänischen Verhandlungs-
ergebnisses vom 28. März 1955.
- 67 Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Wissenschaftlicher Dienst:
Reduzierung des Schülerkostensatzes bei den Dänischen Schulen. Bearbeiterin Dr.
Sonja Riedinger, 8.10.2010, S. 1.
- 68 Ebenda, S. 12.

- 69 Ebenda, Fußnote 5, S. 6.
- 70 Ebenda, S. 8.
- 71 Flensburg Avis, 16.10.2010.
- 72 Ebenda.
- 73 Förderung des Dänischen Schulvereins durch das Land Schleswig-Holstein. Dr Wilhelm Mecklenburg, Pinneberg, 29. Oktober 2010. 17 Seiten. Siehe auch den Pressebericht im Flensburger Tageblatt, 4.11.2010, sowie in Flensburg Avis, 4.11.2010.
- 74 Ebenda, S. 11.
- 75 Presseinformation Bündnis 90/Die Grünen. Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, 04.11.2010, http://www.ltsh.de/pressticker/2010-11/04/11-52-35-477e/PI-TNKQc0d_-gruene.pdf (zuletzt besucht am 27.11.2010).
- 76 Presseinformation FDP Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Kiel, Donnerstag, 4. November 2010, <http://www.ltsh.de/pressticker/2010-11/04/16-16-28-4bef/PI-TN-LOTEvv-fdp.pdf> (zuletzt besucht am 27.11.2010).
- 77 Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel im November 2010, S. 49.
- 78 Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel im November 2010; Responsum fra den dansk-slesvig-holstenske arbejdsgruppe til behandling af ligestillingspørgsmål ved finansieringen af det danske og det tyske mindretals skoler, København/Kiel November 2010. Nach wenigen Tagen waren die am 12. November 2010 veröffentlichten Berichte jedoch nicht mehr auf der Homepage der Landesregierung auffindbar (zuletzt besucht am 18. November 2010), während die dänische Fassung weiterhin zu finden war unter <http://www.uvm.dk/Uddannelse/Tvaergaaende%20omraader/Internationalt/Internationalt/Int/2010/Nov/101112%20Responsum%20fra%20den%20dansk-slesvig-holstenske%20arbejdsgruppe.aspx> (zuletzt besucht am 18. November 2010). Die deutsche Fassung findet sich ferner auf <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/1400/umdruck-17-1496.pdf> (zuletzt besucht am 25. November 2010).
- 79 Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel im November 2010, S. 4.
- 80 Aftaler om finansloven 2011, Finansministeriet, København, 8. november 2010, S. 40. Siehe auch Der Nordschleswiger, 9.11.2010.
- 81 Flensburg Avis, 11.11.2010.
- 82 Responsum fra den dansk-slesvig-holstenske arbejdsgruppe, Undervisningsministeriet, 12.11.2010, <http://www.uvm.dk/Uddannelse/Tvaergaaende%20omraader/Internationalt/Internationalt/Int/2010/Nov/101112%20Responsum%20fra%20den%20dansk-slesvig-holstenske%20arbejdsgruppe.aspx> (zuletzt besucht am 27.11.2010). Siehe auch Onlineausgabe des Nordschleswiger, 14.11.2010 (zuletzt besucht am 28.11.2010).
- 83 Vgl. Der Nordschleswiger, 9.11.2010.
- 84 Flensburger Tageblatt, 13.11.2010. Flensburg Avis, 13.11.2010. Süddeutsche Zei-

- tung, 15.11.2010.
- 85 Siehe Pressemitteilung der FDP Schleswig-Holstein vom 12.11.2010 auf <http://www.fdp-sh.de/> (zuletzt besucht am 27.11.2010).
 - 86 Flensburg Avis, 15.11.2010.
 - 87 Flensburg Avis, 17.11.2010.
 - 88 Flensburg Avis, 18.11.2010.
 - 89 Online-Ausgabe Nordschleswiger, 14.11.2010.
 - 90 Flensburger Tageblatt, 19.11.2010.
 - 91 Online-Ausgabe Nordschleswiger, 13.11.2010.
 - 92 Flensburger Tageblatt, 13.11.2010. Siehe auch den in der Umschau des vorliegenden Grenzfriedensheftes wiedergegebenen Kommentar Stephan Richters vom 6.11.2010.
 - 93 Schleswig-Holstein am Sonntag, 14.11.2010.
 - 94 Zitiert nach Pressemitteilung vom 12.11.2010, zugänglich unter <http://www.schleswig-holstein.de/MBK/DE/Service/Presse/PI/2010/November2010/DaenischeSchulen.html> (zuletzt besucht am 18.11.2010).
 - 95 Bericht der dänisch-schleswig-holsteinischen Arbeitsgruppe zur Behandlung von Gleichstellungsfragen in der Finanzierung der Schulen der dänischen und deutschen Minderheiten, Kopenhagen/Kiel im November 2010, S. 43, Tabelle 12.
 - 96 Ebenda, S. 44, Tabelle 44. In Dänemark bezieht sich der Begriff Gymnasium ausschließlich auf Schüler der gymnasialen Oberstufe. Die dänische Volksschule entspricht in ihrem Wesen den schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsschulen mit einem integrierten Unterricht. In Dänemark gibt es in der Sekundarstufe I keine unterschiedlichen Schularten. In der Regel wechseln Schüler nach der 9. Klasse auf ein Gymnasium oder eine andere sogenannte Jugendausbildungsstätte (z. B. technische Schulen, Wirtschafts- oder Handelsgymnasien, berufsbildende Schulen etc.).
 - 97 Zitiert nach Pressemitteilung vom 12.11.2010, zugänglich unter <http://www.schleswig-holstein.de/MBK/DE/Service/Presse/PI/2010/November2010/DaenischeSchulen.html> (zuletzt besucht am 18.11.2010).
 - 98 Flensburg Avis, 13.11.2010.
 - 99 Flensburg Avis, 25.11.2010. Bericht zur Veranstaltung in Flensburg Avis, 1.12.2010.
 - 100 Flensburg Avis, 13.11.2010.
 - 101 Der Nordschleswiger, 17.11.2010. Daraufhin warnte der Chefredakteur des Nordschleswigers in einem Leitartikel am folgenden Tag: „Die Minderheiten müssen aufpassen, dass sie beim Elefanten-Kampf nicht unter die Räder kommen. Sie müssen ihre Eigeninteressen klar definieren. Deutsche Minderheit ist weder FUEV noch dänische Minderheit. Den kleinen, feinen Unterschied muss jeder gerne kennen – und respektieren!“ (Der Nordschleswiger, 18.11.2010).
 - 102 Leserbrief von Hans Heinrich Hansen, in: Flensburg Avis, 19.11.2010.
 - 103 Flensburg Avis, 18.11.2010; vgl. auch die Internetseite www.nordschleswiger.dk der Zeitung Nordschleswiger, 18.11.2010.
 - 104 U.a. verabschiedete einstimmig der Flensburger Stadtrat eine Resolution mit dem Titel: „Kein Sonderopfer für die dänische Minderheit“, siehe Flensburg Avis, 9.7.2010.
 - 105 Kreis Schleswig-Flensburg. Der Landrat: Resolution des Kreistages Schleswig-

- Flensburg gegen erwogene Kürzungen für die dänische Minderheit im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, 11. Oktober 2010, Schreiben an den Vorsitzenden des Sydslesvigsk Forening mit Anlagen.
- 106 U.a. auch die Gewerkschaft ver.di. Siehe dazu Flensburg Avis, 20.7.2010.
- 107 Flensburg Avis, 11.11.2010.
- 108 Flensburger Tageblatt, 22.11. und 23.11.2010; Flensburg Avis, 22.11.2010. Siehe auch die Analyse in Schleswig-Holstein am Sonntag, 28.11.2010. Simon Faber erzielte bei einer Wahlbeteiligung von 23,3% insgesamt 9.236 Stimmen, seine Gegenkandidatin der CDU/Grünen, Elfie Heesch, erhielt 7.628 Stimmen und 45,2%. Siehe <http://db.flensburg.de/wahlergebnisse/flensburg/StOB2010.html> (zuletzt besucht am 28.11.2010).
- 109 Siehe zum Minderheitenmodell den Sammelband Jørgen Kühl/Robert Bohn (Hg.): Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 1945-2005, Bielefeld 2005; Jørgen Kühl: Wieso funktioniert der Grenzfrieden im deutsch-dänischen Grenzland?, in: Grenzfriedenshefte 3/2008, S. 329-340. Vgl. ferner die Darstellung Henrik Becker-Christensens in: Sønderjyllands historie, Bd. 2, Aabenraa 2009, S. 443-461.
- 110 Siehe dazu die Analyse von Jørgen Kühl: Den dansk-tyske mindretalsmodel og Europa, Aabenraa 2003. Siehe ferner Jørgen Kühl: Vom nationalen Konflikt zur friedlichen Koexistenz und Kooperation. Nationale Minderheiten und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der deutsch-dänischen Grenzregion, in: Notat, 84, Aabenraa 2006, hier S. 26.
- 111 Siehe Jørgen Kühl: Ein nachhaltiges Minderheitenmodell. Deutsche und dänische Minderheiten beiderseits der Grenze, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47, 2004, 15. November 2004, S. 22-27.
- 112 Dieser Prozess ist eine Grundhypothese für die Darstellung des Zeitraumes 1955-2009 in der 2009 erschienenen Gesamtgeschichte der dänischen Minderheit: Lars N. Henningsen (Hg.): Sydslesvigs danske historie, Flensburg 2009, S. 237-333. Eine deutsche Ausgabe, die den Zeitraum bis einschließlich 2010 behandelt, wird Anfang 2011 erscheinen.

Am 6.11.2010 berichtete das Flensburger Tageblatt über einen Offenen Brief, den der Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) Hinrich Jürgensen angesichts drohender weiterer Kürzungen der Bundesmittel für die deutsche Volksgruppe an Bundeskanzlerin Angela Merkel geschrieben hat. „Wir fürchten um die Verbindung zu Deutschland und den Fortbestand der historischen und moralischen Verantwortung für die deutsche Volksgruppe in Dänemark“, heißt es in dem Brief. In derselben Ausgabe des Blattes veröffentlichte dazu der Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages Stephan Richter einen Kommentar, den wir im Folgenden wiedergeben. Hingewiesen sei auch auf den umfassenden Beitrag von Jürgen Kühl im vorliegenden Grenzfriedensheft.

Die Redaktion

Volksgruppe und Sonntagsreden

Ist nur eine Bank „systemrelevant“, nicht aber die deutsche Minderheit in Dänemark?

Viel Aufregung und Protest gab es in den vergangenen Monaten wegen der von der Landesregierung geplanten Kürzung der Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit. Weitgehend unbeachtet bleibt dagegen die wachsende finanzielle Not der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Dabei handelt es sich keineswegs um einen dänischen „Vergeltungsakt“. Nein, auch hier setzt die deutsche Seite den Rotstift an. In diesem Fall der Bund. Damit wird das deutsch-dänische Grenzland erneut zum tragischen Steinbruch. Wobei diesmal nicht nationalpolitische Auseinandersetzungen für Konfliktstoff sorgen. Vielmehr setzt der – im Grundsatz unbestrittene – Sparzwang in Deutschland das friedliche Miteinander in einer Region aufs Spiel, das in Sonntagsreden als „europäisches Vorbild“ gelobt wird.

Dänemark unterstützt die Schulen der deutschen Minderheit im Königreich ebenso wie die eigenen Schulen, einschließlich jener der Minderheit im Landesteil Schleswig. Anders die deutsche Seite. Bei allem Respekt vor der hohen Staatsverschuldung: Es geht um eine Kürzung von ganzen 1,5 Millionen Euro, mit denen die Bundesregierung die deutsche Volksgruppe in Dänemark mit ihren Schulen und Kindergärten in Existenznot stürzt. Dabei sind die 1,5 Millionen Euro – gemessen an den Milliardenhilfen für die Banken oder angesichts der Steuererleichterungen für Hoteliers – wahrlich kein Posten, der die Haushaltskonsolidierung gefährden würde. Wohl aber lässt sich die Frage stellen, ob die Unterstützung der Minderheit mit Blick auf die historische und moralische Verantwortung Deutschlands für ihre Volksgruppen im Ausland nicht mindestens so „systemrelevant“ ist wie der Erhalt maroder Geldhäuser.

Der Hilferuf des Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger sollte im Kanzleramt sehr ernst genommen werden. Was ist z. B. der ganze europäische Integrationsprozess wert, wenn deutsche Volksgruppen wie die in Nordschleswig finanziell austrocknen?

SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

40 Jahre Grenzlandausstellung – ein Erfolgsmodell

Flensburger Tageblatt, 16.9.2010

Die 1970 von verschiedenen bildenden Künstlern beiderseits der Grenze ins Leben gerufene Grenzlandausstellung feierte mit Ausstellungen in Apenrade und im Kieler Landtag ihr 40-jähriges Bestehen.

Dänisch per Videokonferenz

Flensburger Tageblatt, 30.9.2010

Beim Projekt „Paralleles Lernen in der Grenzregion“ wird es Kurssteilnehmern der Volkshochschulen in Husum, Flensburg, Schleswig und Rendsburg ermöglicht, per Videokonferenz in Kurse am Voksenundervisningscenter (VUC) Sønderjylland in Hadersleben, Apenrade, Sønderburg, Gramm oder Tondern einzusteigen. Dabei werden neue Unterrichtsmöglichkeiten erprobt und unter anderem ein „Sprachcafé“ angeboten. Weitere Informationen gibt es bei marquardt@vhs-husum.de.

Neuer Leiter der Europäischen Akademie Sankelmark

Eigener Bericht, 30.9.2010

Nachfolger von Dr. Rainer Pelka, der nicht für eine neue Amtszeit zur Verfügung stand, ist seit dem 1. September der 39-jährige Politikwissenschaftler Dr. Stefan Vöhringer, der selbst aus Flensburg stammt.

Ohne Zeitung keine Minderheit

Der Nordschleswiger, 2.10.2010

Bei einer Diskussion in Tingleff über die Zukunft des Nordschleswiger, für den die aktuelle Sparpolitik ebenfalls ernste Konsequenzen haben kann, waren sich Redaktion und Leser darüber einig, dass die Tageszeitung für die deutsche Volksgruppe nicht nur einen Kommunikationsauftrag hat, sondern auch aus sprachlichen und kulturellen Erwägungen unverzichtbar ist, damit die Minderheit in der Informationsgesellschaft lebensfähig bleibt.

Risiko für neuen Grenzkampf

Flensburg Avis, 4.10.2010

Im Rahmen einer von SSF und SSW in Schleswig organisierten Diskussionsveranstaltung zum Thema Sprachpolitik sprach sich Staatssekretär Arne Wulff dagegen aus, den Minderheitensprachen noch mehr Rechte z. B. im Umgang mit Behörden zuzugestehen, da er im Falle einer zu großen Bevorzugung etwa des Dänischen in Südschleswig Gefahren für neue grenzkämpferische Töne aufziehen sehe. Dem widersprach SSW-Landtagsmann Lars Harms, der sich für eine Stärkung der Minderheitensprachen im öffentlichen Leben ausspricht. Der Bautzener Landrat Michael Harrig verwies darauf, dass die Sorben das Recht haben, von ihnen auf Sorbisch erstellte Schreiben an Behörden auch in ihrer Sprache beantwortet zu bekommen. Gefährdet sei die Sprache in erster Linie durch den Wegzug von immer mehr Familien aus der Region, aber auch durch die Devastierung ganzer Gemeinden zugunsten der Braunkohleindustrie (zuletzt Horno/Rogów). Jürgen Jensen Hahn von den Nationalen Friesen beklagte den nach wie vor schwachen Sta-

tus des Friesischen in der Öffentlichkeit. SP-Generalsekretär Gösta Toft forderte den SSW auf, sich weiter für die Stärkung der Minderheitensprachen und für mehrsprachige Ortsschilder in Südschleswig einzusetzen und erinnerte an die heftige Ablehnung, die entsprechende Initiativen der deutschen Nordschleswiger ausgelöst hatten (s. GFH 4/2007, S. 271 f.).

CDU und FDP sagten Treffen zur Schulpolitik kurzfristig ab
Flensburg Avis, 7.10.2010

Insgesamt 51.512 Protestunterschriften gegen die Reduzierung der Landesmittel für dänische Minderheitenschüler um 15 Prozent überbrachte der Vorsitzende von Dansk Skoleforening for Sydslesvig Per Gildberg dem Landtagspräsidenten Torsten Geerds. Dieser bedankte sich für das demokratische Engagement und sicherte die umgehende Weitergabe an das Kultusministerium zu. Am Vortag hatten Vertreter beider Regierungsparteien den Schulverein düpiert, als sie eine Zusammenkunft wenige Stunden vor dem geplanten Beginn absagten. Die Juristen des Landtages stellten eine Woche später fest, dass sie in der Ungleichbehandlung keinen Verstoß gegen bestehende internationale Verträge erkennen können (Flensburger Tageblatt, 15.10.2010), zudem kündigte die Landesregierung an, dass sie vor Jahresablauf eine neue Dänemark-Strategie vorlegen wolle.

Wikingerhafen soll Touristen anlocken
Flensburg Avis, 7.10.2010

Ergänzend zum unweit gelegenen Danewerk (GFH 3/2010, S. 243) sollen auch die erhaltenen Spuren des wikingerzeitli-

chen Flusshafens am Übergang zwischen Nord- und Ostsee künftig touristisch erschlossen werden.

Grenzüberschreitende Kriminalität soll noch besser bekämpft werden
Der Nordschleswiger, 9.10.2010

Vier Jahre nach der Zusammenlegung der 57 dänischen Polizeikreise zu 12 großen Einheiten zieht der Polizeidirektor von „Syd- og Sønderjyllands Politi“ (Leitenträger in Esbjerg) Jørgen M. Meyer eine positive Bilanz, gerade auch hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Derzeit arbeitet man gemeinsam an einer weiteren Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung.

Deutsche dominieren weiterhin
Jyllands-Posten, 13.10.2010

Obwohl die Zahl der Ferienhausübernachtungen in Dänemark im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen ist, liegt sie immer noch im Durchschnitt der letzten 15 Jahre. Mit 9,7 der 14,7 Mio. Übernachtungen stellen Feriengäste aus Deutschland nach wie vor den Hauptteil.

Arbeit der Deutsch-dänischen Gesellschaft gewürdigt
Der Nordschleswiger, 16.10.2010

In einem Festakt im Kieler Landeshaus würdigten Landtagspräsident Torsten Geerds und Botschafter Christoph Jensen die in den vergangenen 40 Jahren zur deutsch-dänischen Verständigung erbrachten Leistungen des Vereins.

Rabenschwarzer Tag

Der Nordschleswiger, 16.10.2010

Mit der Schließung der deutschen Schule in Hoyer erlischt eine der traditionsreichsten Institutionen der Volksgruppe in Nordschleswig. Angesichts massiver Sparzwänge (s. GFH 3/2010, S. 239), aber noch mehr aufgrund einer immer geringeren Schülerzahl in der Westküstengemeinde (s. GFH 2/2010, S. 164) sah der deutsche Schul- und Sprachverein keine Alternative zu diesem schmerzhaften Schritt.

Ole Sohn in der Kritik nach Honecker-Brief

Der Nordschleswiger, 16.10.2010

Der Fraktionsvorsitzende der Socialistisk Folkeparti und mögliche Finanzminister für den Fall eines Regierungswechsels nach der nächsten Folketingswahl Ole Sohn wurde von seiner Vergangenheit eingeholt. Als dänischer KP-Chef hatte er am 7.10.1989 den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung beigewohnt und dem SED-Partei- und Staatschef Erich Honecker u. a. für die Sicherung der Menschenrechte im so genannten Arbeiter- und Bauernstaat gedankt. Dieser Brief wurde nun vom Boulevardblatt B.T. aufgegriffen. Sohn hatte sich seit 1990 stets von seiner politischen Vergangenheit distanziert.

Merkel: Fehmarn gut für Deutschland

Der Nordschleswiger, 22.10.2010

Angesichts vielfacher Kritik an der geplanten Fehmarnbelt-Querung auch aus der eigenen Partei verteidigte die Bundeskanzlerin im Rahmen der Lübecker CDU-Regionalkonferenz das Milliarden-Projekt. Sie

forderte jedoch dazu auf, dass bei solchen Vorhaben eine aktive Bürgerbeteiligung und offene Diskussion früher in Gang gebracht werden müsse.

Alarmstufe Orange für Regionalsprache im Norden

Flensburger Tageblatt, 25.10.2010

Laut dem jüngsten UNESCO-Bericht zur Sprachenvielfalt auf der Welt muss das Nordfriesische als stark gefährdet angesehen werden. Zwar geht man nach wie vor von 10.000 Sprechern aus, doch vor allem in den jüngeren Generationen spielt die zudem in zahlreiche Dialekte aufgeteilte Sprache keine wesentliche Rolle mehr. Auch das Synnejysk gilt als ernsthaft gefährdet. Als „bedroht“ wird das Niederdeutsche eingestuft, da auch dieses – trotz noch vergleichsweise hoher Sprecherzahl – immer weniger an die Jugend weitergegeben werde.

Friesischer Widerstandskämpfer wird mit Stele in Sachsenhausen gewürdigt

Nordfriesland Tageblatt, 28.10.2010

70 Jahre nach seinem gewaltsamen Tod als Folge der KZ-Haft wird der Sylter Dichter und NS-Gegner Jens Mungard (1885-1940) mit einem eigenen Denkmal in Form einer Stele in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen bei Oranienburg gewürdigt. Der Keitumer gilt gemeinsam mit seinem Vater Nann Mungard als einer der bedeutendsten Schriftsteller friesischer Sprache überhaupt. Seine Gedichte, deren berühmtestes „Di hiið es briir“ (Die Heide blüht; wörtlich: die Heide ist Braut) ist, sind im Original auf Sölring in dem Sammelband „Strönjtistel an dünemrusen“ herausgegeben worden.

Fehmarnbelt-Querung um zwei Jahre verspätet

Politiken, 3.11.2010

Nach neuesten Berechnungen wird sich der Bau der Brücke über den Fehmarnbelt um weitere 5 Mrd. Kronen auf ca. 38 Mrd. verteuern. Eine Tunnellösung wäre damit sogar kostengünstiger, wenn auch nur um wenige Millionen. Der dänische Verkehrsminister Hans Christian Schmidt gab bekannt, dass das Verkehrsprojekt nach dem gegenwärtigen Planungsstand erst 2020 und nicht 2018 eingeweiht werden kann. – Als Konsequenz aus dem neuen Gutachten hat die Planungsgesellschaft den Verkehrsministern empfohlen, für die Tunnellösung zu stimmen. Zudem erwartet man mehr Arbeitsplätze in der Region, da die schweren Tunnelelemente aufgrund des umständlichen Transports vermutlich nicht in Fernost produziert werden können (s. Flensburg Avis, 2.12.2010).

Preisvergleich: Einkaufen in Deutschland deutlich billiger

Jydsk Vestkysten, 3.11.2010

Bei einer neuen grenzüberschreitenden Preisvergleichsstudie zeigte sich, dass nicht nur die üblichen Grenzhandelsprodukte wie alkoholische und nicht-alkoholische Getränke, Parfüm oder Süßwaren in Deutschland deutlich billiger zu haben sind. Auch Waren wie Fleisch- und Milchprodukte sind südlich der Grenze im Durchschnitt 20 Prozent preiswerter als in den billigsten dänischen Discounter-Ketten.

Die Region macht weiter

Der Nordschleswiger, 5.11.2010

Nachdem es lange Zeit recht still um die

Region Sønderjylland-Schleswig gewesen ist, meldete sich im Vorfeld der jüngsten Regionalversammlung heftige Kritik aus verschiedenen Ecken der Regionalpolitik. Zunächst hatte der Schleswiger SPD-Kreistags-Fraktionsvorsitzende geäußert, dass die Region zu wenig erreicht habe. „Statt in immer neuen teuren Workshops zu versuchen, die Struktur der Zusammenarbeit umzukrempeln, sollte man vielleicht einfach sagen: Das war's dann“, wird Ingo Degner im Flensburger Tageblatt (8.10.2010) zitiert. Zudem kritisierte er dänische Regionalvertreter, die lieber mit dem Ministerpräsidenten oder dem deutschen Außenminister sprächen als mit ihren Mitstreitern in der Regionalversammlung. Diese soll durch eine nur noch einmal jährlich tagende Grenzlandkonferenz ersetzt werden, der allerdings zahlreiche nach Bedarf gebildete Ausschüsse zuarbeiten sollen. Ein Problem sind nach wie vor die unterschiedlichen Zuständigkeiten, wobei die vier noch verbliebenen nordschleswigschen Kommunen bei den für die Region wichtigen Fragen finanziell besonders stark von oben abhängig sind. Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach befürchtet, dass das Grenzland bei der vor allem von der Region Syddanmark angestrebten geografischen Ausweitung der Zusammenarbeit wieder ins Hintertreffen geraten könnte (3.11.2010). Auf der Sitzung der Regionalversammlung war man sich jedoch einig, dass die Zusammenarbeit unter festen Strukturen fortgesetzt werden müsse. Auch SSW und SP gaben in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass es zu der Region keine Alternative gebe (Der Nordschleswiger, 11.11.). Von der Debatte unberührt bleibt das Regionskontor mit dem Infocenter Grenze, dessen tägliche praktische Arbeit längst nicht mehr aus der Region wegzudenken ist.

Freude über Gleichstellung
Pressemitteilung des BDN, 9.11.2010

Im künftigen dänischen Haushaltsplan werden die deutschen Schulen in Nord-schleswig nicht mehr wie Privatschulen behandelt, sondern werden den öffentlichen Schulen finanziell vollkommen gleichgestellt. Zuvor hatte der Beschluss der dänischen Regierung, den Blockzuschuss für privatrechtlich organisierte Schulen (von denen es in Dänemark traditionell viel mehr gibt als in Deutschland und deren Anzahl weiter zunimmt) um vier Prozent zu kürzen, für Unruhe beim DSSV gesorgt, da dies angesichts der ohnehin hohen Sparforderungen ein weiteres Minus im Haushalt bedeutet hätte. Auch bei den Zuschüssen zur Schülerbeförderung erreichte die Minderheit eine Sonderregelung zur Gleichstellung mit dem öffentlichen Schulwesen.

Festtag als grenzpolitischer
Krisentreff

Der Nordschleswiger, 9.11.2010

Die Reden beim Deutschen Tag 2010, der unter dem Motto „Minderheit – mehr wert?“ stand, waren von der bedrohlichen finanziellen Lage der Minderheit geprägt. Viele Redner – unter anderem als Festredner der thüringische Minister Dr. Jürgen Schöning (s. GFH 2/2010, S. 174) – fanden auch positive und zukunftsweisende Worte. Der Kieler Europa-Staatssekretär Heinz Maurus wies darauf hin, dass das deutsch-dänische Verhältnis vertrauensvoll und daher auch belastbar sei, und dass man Finanzfragen nicht zum alleinigen Gradmesser machen dürfe.

Deutsches Fernsehen nennt
Dänemark einen Denunziantenstaat
Berlingske.dk, 11.11.2010

In Dänemark bieten mehrere Kommunen auf ihrer Internet-Präsenz ihren Bürgern an, anonym (!) auf mögliche Fälle von Missbrauch öffentlicher Leistungen hinzuweisen. Während dies im Königreich selbst keine große Debatte ausgelöst hat, stieß die Nachricht in Deutschland auf erheblichen Unmut. Die schleswig-holsteinische Landesregierung lehnte die Einführung eines solchen Prangers kategorisch ab. „So stelle ich mir eine Bürgergesellschaft nicht vor“, sagte Sozialminister Heiner Garg, der die Kontroll- und Sanktionsmechanismen vor Ort für ausreichend hält und von verschiedenen Behörden und Medien Unterstützung erhielt (Aufmacher im Flensburger Tageblatt, 13.10.2010, dazu Kommentar von Stephan Richter „Der Weg in den Denunziantenstaat“). Zudem hat laut Garg die Erfahrung gezeigt, dass Anschuldigungen wegen Leistungsmissbrauch in den meisten Fällen unzutreffend seien. – Größere mediale Aufmerksamkeit in Dänemark erreichte ein am 10. November im ZDF-Auslandsjournal ausgestrahlter Beitrag unter dem Titel „Das Leben der Anderen“, der nicht nur im Titel (Bezug auf den gleichnamigen Oscar-prämierten Film über Machenschaften des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit), sondern auch im Inhalt wiederholt Parallelen zwischen der DDR-Diktatur und dem Dänemark von heute zog. Neben der Aufforderung zur anonymen Anzeige von angeblichem Sozialbetrug – laut dem Beitrag gehen bei den betreffenden Kommunen Berge von Anzeigen ein – wurden auch die razziamäßige Kontrolle ausländisch registrierter Fahrzeuge (zwecks Erfassung von Besitzern,

die trotzdem in Dänemark wohnen) und die zentrale und für alle Behörden zugängliche Personenregistererfassung thematisiert.

Einen Schritt weiter zu einem europäischen Campus

Flensburg Avis, 11.11.2010

Gemäß einer Absprache mit Wissenschaftsminister Jost de Jager gründeten Vertreter der regionalen Wirtschaft einen neuen Hochschul-Förderverein Wirtschaft. Dieser soll künftig die Flensburger Hochschulen auf vielfältige Weise unterstützen und dazu beitragen, dass die gefährdeten universitären Studiengänge weiter bestehen und ausgebaut werden können (s. GFH 2/2010, S. 172 und 3/2010, S. 238). Auch die neue Uni-Präsidentin Waltraud Wende gab bei ihrer Amtseinführung zu verstehen, dass sie gegen zu große Einsparungen kämpfen werde, man dürfe nicht eindimensional auf die Förderung einer Elite-Universität in Kiel setzen (Flensburger Tageblatt, 30.9.2010)

Familienzusammenführung nach dem Flensburg-Modell

Der Nordschleswiger, 12.11.2010

Zur Umgehung der straffen Regeln zur Familienzusammenführung in Dänemark, wenn einer der Ehepartner nicht EU-Bürger und nicht mindestens 24 Jahre alt ist, ziehen immer mehr betroffene Paare eine Zeitlang ins benachbarte Ausland. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahre 2008 kann Dänemark dem Paar bzw. Ehepartner den festen Wohnsitz nicht verweigern, wenn die Ehe zuvor in einem anderen EU-Land anerkannt worden ist. In der dänischen Presse wird diese Praxis als Malmö-Modell bezeichnet, weil

viele die unweit von Kopenhagen gelegene schonische Großstadt als Übergangswohnsitz wählen. Auch in Flensburg lassen sich immer mehr Betroffene zeitweise nieder. – Derweil hat die Einführung eines Punktesystems zur Einbürgerung bzw. permanenten Aufenthaltsgenehmigung (s. GFH 1/2010, S. 75) verstärkt internationale Proteste hervorgerufen.

Deutsch-dänisches Oratorium im Dom

Der Nordschleswiger, 12.11.2010

Der Haderslebener Lehrerchor und der Chor von St. Michaelis zu Schleswig führten im Rahmen des Projektes Kulturbrücke ein Oratorium des in Sonderburg geborenen Komponisten Johann Scheibe auf, welches seit 1769 quasi unberührt in den Sammlungen der Königlichen Bibliothek gelegen hatte.

Gedenken an tote nordschleswigsche Soldaten

Der Nordschleswiger, 12.11.2010

An vielen Orten in Nordschleswig wurde anlässlich des Jahrestages der Beendigung des Ersten Weltkriegs der Toten aus dem Landesteil gedacht. Bei der größten Veranstaltung dieser Art legten die Sonderburger Bürgermeisterin Aase Nyegaard und der Garnisonskommandant Viggo Ravn (s. GFH 2/2010, S. 165) Kränze am Denkmal auf dem Stadtkirchhof nieder.

„Wir brauchen Zukunftsperspektiven“

Der Nordschleswiger, 13.11.2010

Der BDN geht davon aus, dass angesichts einer weiteren einzusparenden Million Euro bis zu 10 Prozent aller Stellen in

den Einrichtungen der Volksgruppe gestrichen werden müssen. Der Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen wies darauf hin, dass es bereits seit 13 Jahren reelle Einsparungen gegeben hat und dass die immer wieder attestierte gute Arbeit der Minderheiten-Einrichtungen so nicht mehr weitergeführt werden kann.

Hedegaard: Kein Verständnis für grenzüberschreitende CO₂-Proteste
Der Nordschleswiger, 13.11.2010

Die dänische EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard hat kein Verständnis für die massiven Proteste südlich der Grenze gegen ein unterirdisches CO₂-Lager. Das erklärte sie auf eine Frage des Nordschleswigers in der Brüsseler EU-Kommission bei einem Gespräch mit Vertretern von „Den Dansk Publicistklub“. Die frühere Umweltministerin und Leiterin der Klimakonferenz COP15 (s. GFH 1/2010, S. 66) sprach sich dafür aus, neue Technologien nicht gleich kategorisch abzulehnen. Hingegen wurde einer der Wortführer der Protestbewegung, der Wallsbüller Bürgermeister Werner Asmus, wenig später „für seinen gewichtigen Beitrag für gelebte Demokratie“ als „Mensch des Jahres“ in Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Als solcher wurde er für sein Engagement in der Bürgerinitiative mit überwältigender Mehrheit von den Leserinnen und Lesern der Zeitungen des sh:z gewählt (Flensburger Tageblatt, 23.11.2010).

„Das Mal“ in Ladelund übergeben
Eigener Bericht (jpl), 15.11.2010

Am Volkstrauertag 2010 (14. November) erinnerte die Kirchengemeinde Ladelund in Anwesenheit zahlreicher Gäste, auch

aus den Niederlanden und Dänemark, daran, dass vor 60 Jahren eine würdige Gedenkstätte für die 300 Opfer des KZ Ladelund errichtet wurde und seit 20 Jahren eine wissenschaftliche Dokumentation über die Ereignisse des Jahres 1944 informiert. Im Mittelpunkt des Volkstrauertages stand eine 7,5 Meter hohe, 29 Tonnen schwere Stele des bekannten Kölner Bildhauers Ansgar Nierhoff, die durch den Vorsitzenden der Kommission Kunst im öffentlichen Raum des Landes Schleswig-Holstein Dr. Klaus Alberts der Öffentlichkeit übergeben wurde. Das schmiedeeiserne Kunstwerk mit dem Titel „Das Mal“ steht unweit der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte am ehemaligen Panzerabwehrgraben, den die Häftlinge des KZ Ladelund in Sklavenarbeit 1944 bauen mussten. – 2011 soll bei der Stele in einem zweiten Abschnitt des aktuellen Projekts ein Teilabschnitt des ehemaligen Panzerabwehrgrabens durch das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein freigelegt werden. Als historische Begleitpublikation für das Gesamtprojekt dient das Grenzfriedensheft 3/2010 mit dem Beitrag von Jörn-Peter Leppien: Sklavenarbeit für den „Endkampf“. Die „Grenzstellung“ 1944/45 und das KZ Ladelund.

Fremdsprachen in Dänemark im freien Fall

Kristeligt Dagblad, 16.11.2010

Obwohl dänische Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter seit Jahren anprangern, dass andere Fremdsprachen als das Englische – und namentlich das Deutsche als größte Nachbarsprache – verstärkt unterrichtet werden müssten, geschieht in der Realität namentlich seit der letzten Gymnasialreform 2005 das genaue Gegenteil

(s.a. GFH 3/2006, S. 216). In den meisten Fällen lässt sich der Abschluss einer gymnasialen Ausbildung ohne das mehrjährige Erlernen einer weiteren Sprache außer Englisch erreichen. Auch an den Ausbildungsstätten für Sprachlehrer hat es in den vergangenen Jahren drastische Einschnitte bei Personal und Lehrangebot gegeben.

Venstres SU-Reform auf sehr unsicherer Grundlage für die deutsche Minderheit

Der Nordschleswiger, 16.11.2010

Die Regierungspartei Venstre hat vorgeschlagen, dass man für ausländische Studenten eine Art Punktesystem einführen soll, wenn diese während ihrer Studienzeit in Dänemark in den Genuss von „Statens Uddannelsesstøtte“ (entspricht der deutschen BAFöG-Förderung) kommen wollen. U. a. müssten die Betroffenen demzufolge jahrelang in Dänemark gewohnt haben. Dies würde auch deutsche Staatsbürger aus der deutschen sowie noch mehr der dänischen Minderheit betreffen. Venstre-Sprecherin Sophie Løhde brachte widersprüchliche Angaben, inwieweit hier Sonderregelungen greifen sollen. Zuvor hatte es in der dänischen Politik und in den Medien eine Debatte über ausländische Studierende gegeben, die angeblich reihenweise ungerechtfertigt das dänische soziale Sicherungssystem ausnutzten (vgl. hierzu auch GFH 3/2006, S. 216).

Wink mit Zaunpfahl

Der Nordschleswiger, 18.11.2010

Für die meisten Beobachter völlig überraschend bewilligte der Bund 3,5 Mio Euro aus einem neu geschaffenen Topf für den

Dansk Skoleforening for Sydslesvig. Zuvor hatte sich keine Lösung des Konflikts um die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung des Schülerzuschusses für die Minderheitsschulen abgezeichnet (s. GFH 2/2010, S. 169 u. 173 sowie 3/2010, S. 237 u. 245). Auch wenn dies für die dänische Minderheit eine vorläufige Erleichterung bedeutet, beharren deren Vertreter ebenso wie Vertreter des offiziellen Dänemark, darunter Unterrichtsministerin Tina Nedergaard, weiterhin auf einer vollständigen Gleichbehandlung der dänischen Schüler, so wie es in Dänemark unmittelbar zuvor den deutschen Minderheitsschulen zugesichert worden war (s.o. 9.11.), was auch als klare Aufforderung an die Landesregierung verstanden wurde. Noch größer war die Verbitterung bei den deutschen Nordschleswigern, denen der Bund zuvor die Einsparung einer weiteren Million auferlegt hatte (s. GFH 3/2010, S. 242), während weitere Bundesmittel nun plötzlich zur Verfügung standen, um Einsparungen der Landesregierung zu mildern. Der SSW-Vorsitzende Flemming Meyer warnte davor, die Minderheiten gegeneinander auszuspielen, und auch der FUEV-Präsident Hans Heinrich Hansen richtete eine heftige Kritik an die Adresse der Verantwortlichen für die deutsche Minderheitenpolitik (Flensburg Avis, 18.11.2010). Das Mitglied im Bundestags-Haushaltsausschuss, der FDP-Landesvorsitzende Jürgen Koppelin, der als Initiator des Sonderzuschusses von 3,5 Mio. gilt, zeigte sich verbittert über die Reaktionen aus dem Grenzland. Zudem hätte er im Ausschuss angeregt, den deutschen Nordschleswigern weitere 750.000 Euro zuzuweisen, was diese angeblich durch ihre vorherige Kritik selbst vermasselt hätten (Der Nordschleswiger, 4.12.2010).

Grænseforeningen will „Schleswig“ zurückhaben

Flensborg Avis, 18.11.2010

Mit dem von Grænseforeningen, dem mit Abstand wichtigsten dänischen Grenzverband, und dem Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins initiierten Projekt „Generation Schleswig“ soll das Bewusstsein für die Besonderheiten der Region beiderseits der Grenze vor allem in der jüngeren Generation gestärkt werden. Mit Standbein an der Højskolen Østersøen in Apenrade sollen die Teilnehmer in den kommenden drei Jahren Informationen aus der und über die hier bewusst „Schleswig“ bzw. „Slesvig“ (also nicht „Sønderjylland“) genannte Region aufarbeiten und in anderen Landesteilen beider Staaten verbreiten. Ziel ist es, die Grenze in den Köpfen zu lösen und die Region in der Öffentlichkeit nicht länger als abgelegene Gegend dastehen zu lassen. In einer der kommenden Ausgaben werden wir mehr über dieses Interreg-Projekt berichten.

Bessere Verbindung in den Norden

Flensburger Tageblatt, 18.11.2010

Mit dem Ausbau der Straße Zur Fehle nördlich von Jardelund wurde eine alte grenzüberschreitende Verbindung für den durchgängigen KFZ-Verkehr gangbar gemacht.

Flensburgs erster

SSW-Bürgermeister seit 1951

Eigener Bericht (gls), 21.11.2010

Mit dem 42-jährigen Simon Faber stellt die Partei der dänischen Minderheit erstmals seit 1951 wieder den Oberbürgermeister der größten Stadt im Landesteil. Der ge-

bürtige Flensburger setzte sich im zweiten Wahlgang gegen die von Grünen und CDU gemeinsam nominierte Hamburger Verwaltungsjuristin Elfi Heesch durch. Der Wahlerfolg für die Partei der dänischen Minderheit, die seit vielen Jahren lediglich Bürgermeister in einzelnen kleinen Gemeinden gestellt hat, fand in den regionalen deutschen und noch mehr in nahezu allen dänischen Medien hohe Beachtung. Die konservative Tageszeitung Jyllands-Posten überschrieb die um 19.32 Uhr auf ihrer Internet-Seite www.jp.dk gebrachte Meldung mit der seltsamen Schlagzeile „Dansk parti erobrer magten i tysk storby“ (dänische Partei erobert die Macht in deutscher Großstadt).

Marit Rüdiger neue SP-Vorsitzende

Pressemitteilung des BDN, 23.11.2010

Mit der erst 28-jährigen Marit Rüdiger hat die Partei der deutschen Minderheit in Nordschleswig eine fast einstimmig gewählte neue Vorsitzende bekommen. Vorgänger Gerhard Mammen hatte nicht wieder kandidiert.

Gipsmüll weiter nach Deutschland

Der Nordschleswiger, 29.11.2010

Trotz des Verbots der dänischen Umweltbehörde wird aus zahlreichen dänischen Kommunen umweltschädlicher Gips-Abfall nach Deutschland gefahren, da nur Thüringen ein ausdrückliches Import-Verbot hat.

Nach Kopenhagen für 11 Euro

Flensborg Avis, 2.12.2010

Seit dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember gibt es erstmals seit 1996 wieder regelmäßige Direktverbindungen zwi-

schen Flensburg und Kopenhagen (s. GFH 3/2010, S. 238). Die insgesamt neun Zugpaare mit DSB-Diesel-IC3-Triebzügen ersetzen die bisherigen Regionalzüge zwischen Pattburg und Fredericia. Neu ist zudem, dass auch einige innerdänische Angebote ab Flensburg gelten: Mit dem Orange Billet kann man bei früherer Internet-Buchung für ganze 149 Kronen nach Kopenhagen fahren, bei sehr früher Buchung sogar für nur 79 Kronen. In Flensburg wird ein direkter Anschluss von und nach Hamburg gewährleistet, doch für die Weiterfahrt in Richtung Eckernförde und Kiel muss man eine Wartezeit von einer knappen Stunde einplanen. Ein weiteres Problem ist die Einstellung des Direktverkaufs internationaler Bahntickets an fast allen nordschleswigschen Bahnhöfen außer Sonderburg. Dadurch werden Bahnfahrer aus Nordschleswig gezwungen, ihre Fahrt nach Süden lange vorher telefonisch oder per Internet zu buchen oder aber in Flensburg eine Anschlussfahrkarte zu kaufen (was bei direkten Zuganschlüssen mit neuen Wartezeiten verbunden wäre). Generell empfiehlt die DSB, bei Fahrten nach Süden per Internet die günstigen Angebote der DB direkt bei dieser zu buchen. Das Schleswig-Holstein-Ticket gilt weiterhin ab bzw. bis Tondern und Pattburg, aber nicht weiter nach Norden (Der Nordschleswiger, 4.12.2010).

Weniger Geld für Südschleswig
Flensburg Avis, 3.12.2010

Der dänische Staatszuschuss für alle Einrichtungen der dänischen Südschleswiger wird im folgenden Jahr um 2 Prozent auf 444 Mio Kronen gekürzt. Es ist davon auszugehen, dass alle Einrichtungen anteilsweise sparen müssen (vgl. GFH 2/2010, S. 151 f.).

Wirtschaft warnt vor
Studienplatz-Export
Flensburger Tageblatt, 4.12.2010

Wirtschaftsverbände und Hochschulen sind darüber besorgt, dass die Landesregierung im Zuge des so genannten Hochschulpakts Studienplätze an andere Bundesländer abtreten könnte. Zudem fürchtet man, dass mit der kommenden Aussetzung der Wehrpflicht viel mehr Studienbewerber vor der Tür stehen werden. Der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs hätte fatale Folgen für den Wirtschaftsstandort.

Nordfriesisches Institut dankt Staatssekretär Dr. Christoph Bergner
Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut, 8.12.2010

„Staatssekretär Dr. Bergner hält klaren Kurs im Interesse der friesischen Volksgruppe. Dafür danken wir ihm herzlich!“ Das erklärte Thede Boysen, Vorsitzender des Vereins Nordfriesisches Institut, zu einem Brief, den der CDU-Politiker Christoph Bergner, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Beauftragter der Bundesregierung für nationale Minderheiten, an Landtagspräsident Torsten Geerds (CDU) und Kultusminister Dr. Ekkehard Klug (FDP) gerichtet hat. Darin bezeichnete Bergner die Kürzungen für die friesische Kulturarbeit unverhältnismäßig und minderheitenpolitisch nicht hinnehmbar.

Hässliche Polemik gegen die Grenzfriedenshefte

Einige Bemerkungen der Redaktion

In den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (Nr. 79, Oktober 2010) wurde ein „Diskussions“-Beitrag des Historikers Jan Schlürmann publiziert: Der „Idstedt-Löwe“. Anmerkungen zur Geschichtspolitik in Flensburg. In dieser Veröffentlichung werden die Grenzfriedenshefte, und nicht nur sie, auf vollkommen inakzeptable Weise verunglimpft. Darüber sollen unsere Leserinnen und Leser informiert werden. Es ist in der schleswig-holsteinischen Geschichtslandschaft ein bislang einmaliger Vorgang, dass in einer renommierten Zeitschrift wie dem Mitteilungsorgan der Geschichtsgesellschaft eine mindestens ebenso angesehene Zeitschrift wie die Grenzfriedenshefte einer derartigen Polemik ausgesetzt wird. Das ist umso unverständlicher, als dem bearbeitenden Redakteur der Mitteilungen, Frank Lubowitz, als Leiter des Archivs und der Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig, der auch in den Grenzfriedensheften publiziert hat, eigentlich bekannt sein sollte, dass unsere Zeitschrift in deutschen wie dänischen Kreisen weit über das Grenzland hinaus höchste Wertschätzung genießt. Wer die Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog kennt, der weiß, dass die Grenzfriedenshefte wie kein anderes Publikationsorgan im Grenzland seit bald 60 Jahren immer wieder den Finger in offene Wunden gelegt und ebenso oft strittige Tabuthemen aufgegriffen haben. Dabei fühlen sich die Zeitschrift und ihr Trägerverein immer dem niveauvollen Dialog und der Lösung aktueller Probleme verpflichtet.

Hintergrund für die in den Mitteilungen der Geschichtsgesellschaft publizierten Anfeindungen ist der 2009 mit überwältigender Mehrheit gefällte Beschluss der Flensburger Ratsversammlung, den Idstedt-Löwen von 1862 als eines der bedeutenden Zeugnisse der deutsch-dänischen Geschichte an seinem ursprünglichen Standort auf dem Flensburger Alten Friedhof wiederzuerrichten. Von hier war das Denkmal 1867 durch die Preußen als „Siegestrophäe“ nach Berlin und von dort 1945 durch die Amerikaner nach Kopenhagen transportiert worden. Die dänische Regierung erklärte sich nach dem Beschluss der Flensburger Ratsversammlung bereit, gemeinsam mit der Stadt die Überführung des Denkmals von seinem vorläufigen Standort in Kopenhagen an seinen ursprünglichen Platz in Flensburg zu bewerkstelligen. Das Denkmal soll nun am Tag des offenen Denkmals 2011 „als Zeichen von Freundschaft und Vertrauen zwischen Dänen und Deutschen“ feierlich übergeben werden.

Nachdem Anfang der 90er Jahre eine in den Grenzfriedensheften begonnene Debatte über eine Rückführung des Löwen im Sande verlaufen und es seitdem ziemlich still um das Denkmal geworden war, auch wenn die ausgetauschten Argumente im Raume blieben, kam der Beschluss der Ratsversammlung 2009 für viele überraschend, auch für die Redaktion der Grenzfriedenshefte. Der Beschluss ist Ausdruck eines Generationenwechsels in der Politik wie in der Kulturszene, und er spiegelt die seit den 90er Jahren fortgesetzte Normalisierung des deutsch-dänischen Verhältnisses wider. So ist in den vergangenen Jahren auch einiges geschehen, um Erinnerungsorte zur deutsch-dänischen Ge-

schichte nicht länger nur einseitig-national, sondern eben auch aus der Perspektive der bisherigen Gegenseite und nicht zuletzt aus gemeinsamen Blickwinkeln verständlich zu machen. Das gilt beispielsweise für die neu gestaltete Idstedt-Gedächtnishalle, in welcher nun das Gedenken an den sinnlosen Tod tausender Menschen beider damaliger Kriegsparteien im Vordergrund steht. Erinnerung sei an den alljährlichen Marsch an den Schlachtort von Oeversee/Sankelmark, wo Deutsche und Dänen seit einigen Jahren gemeinsam der Schlacht vom 6. Februar 1864 gedenken. Auch bei der alljährlichen Erinnerungsfeier an die Erstürmung der Düppeler Schanzen am 18. April 1864 sind die deutsche Seite und der Beitrag der Bundeswehrsoldaten nicht mehr wegzudenken.

Diese – nicht zuletzt von den Grenzfriedensheften beförderte – Entwicklung vermag der Militärgeschichtler Schlürmann offenbar nicht nachzuvollziehen. Seine Geschichtsbetrachtung setzt auf nationale Abgrenzung, die im deutsch-dänischen Historikerdiskurs schon seit langem keine Option mehr ist. Ebenso fremd sind Schlürmann die heute gängigen Überlegungen der Geschichtsdidaktik sowie der Museums- und Gedenkstättenpädagogik. So zog er 2007 in einem Diskussionsbeitrag für die Grenzfriedenshefte (H. 4, S. 294 ff.) gegen die Neukonzeption der Idstedt-Halle zu Felde, den wir trotz erheblicher Bedenken abgedruckt haben, weil er immerhin einzelne diskussionswürdige Gesichtspunkte enthielt. 2009 bot Schlürmann den Grenzfriedensheften erneut einen Beitrag an, der sich diesmal gegen die beschlossene Rückführung des Idstedt-Löwen nach Flensburg richtete. Hierin griff der Verfasser auf in den 90er Jahren bereits ausdiskutierte Argumente der Löwengegner zurück und erweiterte sie zum Beispiel durch den vollkommen abwegigen Versuch, sich auf Jörn-Peter Leppien zu berufen, der Anfang der 90er Jahre in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und in den Grenzfriedensheften wegweisende Thesen zur Vermittlung von Zeit- und Regionalgeschichte anhand von Denkmälern und Gedenkstätten publiziert hatte (s. GFH 3/1992, S. 175 ff.). Neben solchen scheinbar sachlichen „Argumenten“ griff Schlürmann zu billiger Stimmungsmache, wenn er etwa den gemeinsamen deutsch-dänischen Beschluss durch die Behauptung zu diskreditieren versuchte, die Ratsversammlung habe „nationalistischen Kreisen in Dänemark mit ihrem unüberlegtem Vorstoß bereits eine Steilvorlage geliefert“. Der Autor suggerierte, dass ein Zusammenhang bestehe zwischen der von Stadtparlament wie dänischer Regierung getroffenen Entscheidung und der Forderung nach Rückführung des Löwendenkmal, die der Folketingsabgeordnete der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti Søren Krarup wenige Tage vor dem Beschluss der Ratsversammlung an den dänischen Staatsminister gerichtet hatte.

Die Aufnahme dieses Textes in die Grenzfriedenshefte lehnten wir ab. Später erfuhren wir, dass der Autor seinen Beitrag nach unserer Ablehnung auch dem Flensburger Tageblatt und anderen Stellen in - und außerhalb Flensburgs erfolglos angeboten hat.

Deutsche und dänische Historiker sind sich, auch wenn einzelne Anfang der 90er Jahre eine andere Position vertreten haben, darüber einig, dass es keinen Sinn macht, erneut eine Platzierungsdebatte zu führen. Gemeinsame Aufgabe muss es im Hinblick auf den Idstedt-Löwen vielmehr sein, die Geschichte dieses zweifellos höchst wertvollen Zeugnisses der deutsch-dänischen Beziehungen weiter zu erforschen und an seinem Beispiel zu einer wissenschaftlich wie didaktisch verantwortlichen Vermittlung der gemeinsamen Geschichte vom kriegerischen Gegeneinander des 19. Jahrhunderts bis zum heutigen

Füreinander beizutragen. In diesem Sinne haben der Leiter der Studienabteilung an der Dansk Centralbibliothek Lars N. Henningsen und der Leiter des Flensburger Stadtarchivs Broder Schwensen eine gemeinsame, zweisprachige Publikation zum Idstedt-Löwen angekündigt. Mit gleicher Intention erscheint im Frühjahr 2011 ein neues, von der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg herausgegebenes Buch von Inge Adriansen, in dem die renommierte dänische Wissenschaftlerin neue Erkenntnisse über den beiderseitigen Umgang mit den nationalen Monumenten und Denkmälern im deutsch-dänischen Grenzland präsentiert.

Die Grenzfriedenshefte druckten im Heft 2/2010 bekanntlich Beiträge von Lars N. Henningsen und Jörn-Peter Leppien ab, die mit bislang nicht dagewesener Deutlichkeit zeigen, dass der Idstedt-Löwe bis in die Jahre nach 1945 für macht- und nationalpolitische Ziele in Anspruch genommen wurde, mit denen sich heute kein historisch aufgeklärter Mensch mehr ernsthaft identifizieren kann. Beide Historiker weisen zugleich auf die große Chance hin, am Beispiel des Idstedt-Löwen in Flensburg nicht nur die früheren Gegensätze, sondern auch den Weg zu „Freundschaft und Vertrauen“ im deutsch-dänischen Verhältnis zu zeigen.

Angesichts dieser Beiträge arbeitete Jan Schlürmann seinen 2009 abgelehnten Text eilends um. Ohne zu neuen Erkenntnisufern gelangt zu sein, richtete er nun seinen Zorn gegen die Grenzfriedenshefte und insbesondere den in Heft 2/2010 als Verfasser auftretenden Redakteur Jörn-Peter Leppien. Eben dieser Beitrag Schlürmanns wurde in den Mitteilungen der Geschichtsgesellschaft veröffentlicht. Die Tatsache, dass sein eigener Text 2009 von den Grenzfriedensheften zurückgewiesen wurde, 2010 aber ein Heft mit Beiträgen zum Idstedt-Löwen erschien, zeige „in aller Deutlichkeit, dass die Grenzfriedenshefte und ihre Redaktion ausschließlich Wert auf ‚genehme‘ Beiträge im Sinne der ideologischen Ausrichtung dieser Hefreihe legen und einer Diskussion über wichtige und kontroverse Themen des Grenzlandes durch Zensur aus dem Wege gehen wollen“, heißt es dort.

Da er mit seinen Auffassungen 2009 ja auch bei anderen Adressaten in Flensburg nicht auf Gegenliebe gestoßen war, sieht sich Schlürmann hier einem „hermetisch abschließenden Kreis ideologisch konditionierter Funktionäre“ gegenüber, zu deren „durchsichtiger Taktik“ es gehöre, „erst gar keine Diskussion aufkommen zu lassen, meine kritischen Beiträge wurden zensiert.“ Dass es mit Zensur nicht das Geringste zu tun hat, wenn eine unabhängige Redaktion einen unqualifizierten Beitrag ablehnt, kommt Herrn Schlürmann nicht in den Sinn. Ebenso wenig zieht er ins Kalkül, dass in den Grenzfriedensheften 2007 ja ein Diskussionsbeitrag von ihm publiziert wurde, der der Redaktion wahrlich nicht „genehm“ war.

Schlürmann sieht sich als „Angehörigen einer im deutsch-dänischen Grenzland gern übersehenen Bevölkerungsgruppe – der deutschen Mehrheitsbevölkerung“. Das heißt, er glaubt eine (wo auch immer angesiedelte) kleine, aber machtvolle Gruppe deutscher „ideologisch konditionierter Funktionäre“ ausgemacht zu haben, die sich über die Köpfe der Mehrheitsbevölkerung hinweg allein an den Interessen der dänischen Minderheit orientiere. Diese alten nationalpolitischen Lagerdenken verhaftete Vorstellung des Autors ist ebenso absurd wie sein Versuch, sich als einer der allerletzten verbliebenen Löwengegner zum Vertreter einer schweigenden Mehrheit aufzubauen.

Der demokratisch legitimierten Flensburger Ratsversammlung, der Redaktion der Grenz-

friedenshefte, dem Flensburger Tageblatt, dem Flensburger Museum und dem namentlich genannten Flensburger Stadtarchivar unterstellt der Verfasser, entweder zu den ominösen „ideologisch konditionierten Funktionären“ zu gehören, ihnen nahezustehen, oder sich zu deren „willigen Erfüllungsgehilfen“ gemacht zu haben. Das heißt, Jan Schlürmann pflegt seine selbst konstruierte Märtyrerrolle dadurch, dass er andere auf übelste Weise diffamiert. Denn schlimmere Vorwürfe als Zensur, Opportunismus oder Duckmäusertum kann es für Persönlichkeiten, die an verantwortlicher Stelle in der Öffentlichkeitsarbeit stehen, kaum geben.

Das alles wäre als persönliches Problem von Herrn Schlürmann nicht weiter von Interesse, wenn er in Frank Lubowitz nicht einen Mentor gefunden hätte, der seine ebenso verqueren wie ehrabschneiderischen Äußerungen an die Öffentlichkeit brachte. Lubowitz hat Jörn-Peter Leppien zwar im Vorfeld der beabsichtigten Veröffentlichung die Möglichkeit einer Stellungnahme eingeräumt, was dieser aber im Einvernehmen mit seinen Redaktionskollegen der Grenzfriedenshefte ablehnte, da die schier unglaublichen Verunglimpfungen, denen (nicht nur) die Grenzfriedenshefte in dem Beitrag ausgesetzt werden, keine Basis für eine sachliche Diskussion mit dem Autor bieten.

Auch sonst entziehen sich die Ausführungen einer ernsthaften, weiterführenden Diskussion. Dazu nur ein Beispiel: Der Autor zitiert aufgrund einer SSW-Pressemitteilung die Vorsitzende der SSW-Landtagsfraktion Anke Spoorendonk mit den Worten: „Die moderne Denkmalforschung weist immer wieder darauf hin, dass die Menschen heute klare Botschaften brauchen, die ohne langwierige historische Erklärungen auskommen.“ Dies könne man, meint Schlürmann zustimmend, „vom ‚Löwen‘-Projekt, das Teil einer groß angelegten pädagogischen Freiluftanlage werden soll, nicht behaupten.“ Den in der Pressemitteilung zu lesenden absurden Vorschlag Spoorendonks, den Idstedt-Löwen neben dem vom Knivsberg stammenden Bismarckdenkmal auf dem Aschberg aufzustellen, hält Schlürmann für eine „amüsante, aber durchaus überlegenswerte und zukunftsweisende Anregung“, die man jedoch in Flensburg „gefissentlich“ überhört habe. Der Autor meint also, ausgerechnet in der SSW-Fraktionsvorsitzenden eine Bundesgenossin gefunden zu haben. Dass dies schlecht zu seiner abwegigen Behauptung passt, einige deutsche „Funktionäre“ hätten sich mit dem Beschluss, den Löwen auf den Alten Friedhof zurückzuführen, an den Interessen der dänischen Minderheit orientiert, ist dem Autor bei seinem irrationalen Zugriff auf die Problematik gar nicht aufgefallen – ebensowenig das Datum der SSW-Pressemitteilung: 1. April 2010!

Wirklich bemerkenswert ist es, dass auch dem verantwortlichen Redakteur der Mitteilungen, Frank Lubowitz, der aufgrund seiner dienstlichen Funktion die Grenzlandszene doch eigentlich kennen sollte, völlig entgangen ist, dass sein Autor einem dick aufgetragenen Aprilscherz der SSW-Presseabteilung aufgesessen ist. Diese Fehlleistung des Redakteurs hat zu einer groben Desinformation der Leser über die Haltung der SSW-Fraktionsvorsitzenden in einer wichtigen kulturpolitischen Frage geführt. Ihren kulturpolitischen Stellungnahmen ist nämlich zu entnehmen, dass Frau Spoorendonk als Politikerin die Wiedererrichtung des Idstedt-Löwen in Flensburg als deutsch-dänisches Zeichen des historisch gewachsenen Freundschafts- und Vertrauensverhältnisses natürlich unterstützt. Als politisch tätige Historikerin mit langjähriger Schulerfahrung und bei ihrem Engagement in der deutsch-dänischen Gedenkstättenarbeit schätzt sie die besonderen

didaktischen Möglichkeiten, die der Idstedt-Löwe als ebenso bedeutende wie komplexe Quelle der deutsch-dänischen Geschichte auf dem Alten Friedhof eröffnet. Das heißt auch, dass Anke Spoorendonk weit entfernt ist von einem naiv-nationalistischen Verhältnis zum Idstedt-Löwen, das Schlürmann der dänischen Minderheit in herabwürdigender Weise unterstellt.

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Beitrages von Schlürmann hat Jörn-Peter Leppien den Redakteur der Mitteilungen auf dessen redaktionelle Verantwortung hingewiesen. Wenn Frank Lubowitz den Text trotzdem ohne jede Entschärfung publiziert hat, so muss man daraus schließen, dass er die hässliche Polemik des Autors für berechtigt hält und dessen abwegige Auffassungen über den Idstedt-Löwen teilt, mindestens aber als diskussionswürdig betrachtet. Dafür spricht auch die Tatsache, dass Lubowitz in seiner dienstlichen Eigenschaft als Leiter des Archivs und der Forschungsstelle der deutschen Volksgruppe in Zusammenarbeit mit der Deutschen Kulturgesellschaft Flensburg den Historiker Schlürmann jüngst zu einem Vortrag mit dem Löwenthema eingeladen hat.

Das Verhalten von Frank Lubowitz wirft Fragen auf, nicht nur nach seinem redaktionellen Verantwortungsbewusstsein, sondern auch nach seiner historisch-wissenschaftlichen und minderheitenpolitischen Position sowie nach seinem Verhältnis zu Historikerkollegen. Fest steht, dass die Veröffentlichung des „Diskussions“-Beitrages von Schlürmann in den Mitteilungen der Geschichtsgesellschaft in Historikerkreisen auch außerhalb des Grenzlandes Unverständnis und Unmut hervorgerufen hat. Die Publikation hat sicher nicht dazu beigetragen, die Reputation von Autor und auch Redakteur in Fachkreisen zu steigern. Wie man hört, haben einzelne Mitglieder der Geschichtsgesellschaft die Veröffentlichung deshalb begrüßt, weil sie endlich etwas Leben in die Mitteilungen bringe. Da kann man nur sagen: Es wäre traurig um die Geschichtsgesellschaft bestellt, wenn sie die Veröffentlichung völlig unangemessener Polemik und abstruser Gedanken über den Idstedt-Löwen nötig hätte, um ihrem Mitteilungsorgan Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Als langjährige Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte – einer von uns, Jörn-Peter Leppien, gehörte Ende der 70er Jahre sogar zu den Initiatoren ihres Mitteilungsorgans – müssen wir feststellen, dass der Redakteur Lubowitz nicht nur sich selbst und den Mitteilungen geschadet, sondern auch die herausgebende Gesellschaft in ein Licht gesetzt hat, das sie absolut nicht verdient.

Die Redaktion

Reformation und Dänemark

Martin Schwarz Lausten

Die heilige Stadt Wittenberg

Die Beziehungen des dänischen
Königshauses zu Wittenberg in der
Reformationszeit

Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt,
2010. 205 S. (= Schriften der Stiftung Lu-
thergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, 10)

„Obgleich Wittenberg außerhalb der Grenzen Dänemarks lag, war die Stadt in der Zeit der Reformation geistliches Zentrum dieses Landes“ (S. 197). Dem Kopenhagener Kirchenhistoriker Martin Schwarz Lausten und seinem Übersetzer Dietrich Harbsmeier ist es zu verdanken, dass diese Erkenntnis nun auch einem größeren Publikum außerhalb des Königreiches bekannt werden kann. In seinem vorliegenden Buch beschreibt Martin Schwarz Lausten, welche Wirkung die Reformatoren Martin Luther, Philipp Melancthon und Johannes Bugenhagen auf die dänischen Könige von Christian II. bis Friedrich II. hatten, wie und von wem die reformatorischen Schriften in Dänemark rezipiert wurden, und welche dänischen Theologen in der kursächsischen Residenz- und Universitätsstadt an der Elbe ausgebildet wurden. Der Leser erhält einen Eindruck von der Luther-Begeisterung Christians II., die bis zur Erstausgabe des dänischen Neuen Testaments 1524 führte, und von der Feindschaft, die den dänischen Lutheranern etwa am Kaiserhof entgegenprallte. Der Leser erhält allerdings auch einen Eindruck vom Unterschied zwischen kir-

chengeschichtlicher Forschung und allgemeiner Geschichtswissenschaft, wenn Lausten schreibt: „Aber können wir sicher sein, dass es dem König mit diesem evangelischen Glauben, dieser lutherischen Überzeugung wirklich ernst war? Ja, das ist über jeden Zweifel erhaben. Zur Bestätigung dessen wollen wir einige der zahlreichen lutherischen Taten betrachten, die der König in der nun folgenden Zeit ausführte“ (S. 60). Phrasen wie diese liest man häufiger im vorliegenden Werk. Es changiert zwischen höchst modernen prosopographischen Untersuchungen zu den in Wittenberg lebenden und arbeitenden dänischen Studierenden und der Schilderung von Butter- und Heringslieferungen Christians III. an die Wittenberger Theologen. Immer wieder finden sich Textpassagen, die den deutschen Leser an die romantisierende Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts erinnern. Nach einer Darstellung des kurzen Aufenthalts von Georg Rörer in Kopenhagen bemerkt Schwarz Lausten etwa: „Es ist ein faszinierender Gedanke, dass diese unschätzbaren Luthermanuskripte [gemeint ist Rörers Textsammlung], die Grundlage unserer Kenntnis großer Teile von Luthers literarischer Produktion, sich einmal in Dänemark befunden haben“ (S. 190).

Weitaus ärgerlicher allerdings sind die zahllosen Danismen, die einem in Dänemark lebenden Übersetzer nicht übel zu nehmen sind, die allerdings das Lektorat des Leipziger Verlages hätte erkennen müssen. Nun wirkt das Buch streckenweise holperig, z.B.: „Es ist nicht möglich, hier auf alle Themen einzugehen, die in der Briefsammlung unter den Partnern [gemeint sind Absender und Empfänger von

Briefen] erörtert wurden“ (S. 160). Auch bei geographischen Bezeichnungen ist die deutsche Ausgabe inkonsequent: Der Ortsname Hadersleben wird in der deutschen Sprachform wiedergegeben, Lügumkloster und Ripen dagegen in der dänischen. Und die Lage von wenig bekannten Orten, wie etwa Törning, muss für ein deutsches Lesepublikum unbedingt erklärt und näher beschrieben werden (S. 90). Dennoch ist an der Notwendigkeit dieses Buches nicht zu rütteln. Generell sind Publikationen, die sich mit der frühneuzeitlichen Geschichte Skandinaviens befassen, in Deutschland nach wie vor Mangelware. Und gerade in der von der Evangelischen Kirche ausgerufenen Lutherdekade und im Vorfeld des 500. Reformationsjubiläums 2017 kann es überhaupt nicht schaden, beim Thema Reformation auch einmal den Blick nach Norden schweifen zu lassen. Martin Schwarz Lausten und seinem Übersetzer gebührt deswegen das Verdienst, einem breiten Lesepublikum Einblicke in eine in Deutschland ansonsten völlig unbekannt Facette der Reformationsgeschichte zu bieten.

Benjamin Lassive

Fürstenstaat Johanns des Älteren

Mikkel Leth Jespersen

Fyrste og folk

Hertug Hans den Ælteres fyrstestat i 1500-tallets Slesvig-Holsten

Udgivet af Studieafdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Nr. 63, Flensburg 2010 (264 S.; zahlr. Karten u. Abb.) (ISBN 978-87-89178-78-3)

Bei der vorliegenden Veröffentlichung han-

delt es sich um die überarbeitete Dissertation (ph.d.-afhandling) des Verfassers, die unter der Betreuung von Bjørn Poulsen, Carsten Porskrog Rasmussen und nicht zuletzt Lars N. Henningsen an der Studienabteilung der Dansk Centralbibliotek in Flensburg entstanden ist und an der Universität Aarhus angenommen wurde. In dem in dänischer Sprache abgefassten Werk beschäftigt sich Mikkel Leth Jespersen aus einem sehr breiten, interdisziplinär angelegten Blickwinkel heraus mit dem Herzogtum Herzog Johanns (Hans') des Älteren von Hadersleben (1521-1580; reg. seit 1544). Ein solches Buch stellt – zumal in der vorliegenden großzügigen Ausstattung und vor dem Hintergrund der profunden Gelehrsamkeit und großen Sachkenntnis, die sich in ihm niedergeschlagen hat – seit langer Zeit ein dringendes Desiderat der Forschung dar, da vor allem die reiche Überlieferung des „Hansborgarchivs“ tiefe Einblicke in die konkreten Tätigkeitsfelder eines Fürsten der Renaissancezeit eröffnen und dabei nicht zuletzt auch die Handlungsspielräume eines solchen Fürsten und seiner Umfelds deutlich werden lassen.¹ Dies gilt es umso nachdrücklicher herauszustreichen, als die vom Herrschaftsmittelpunkt Hadersleben ausstrahlende Herzogsherrschaft, die 1544 aus der Landesteilung unter den Söhnen Friedrichs I. hervorgegangen war, aufgrund der Ehe- und Kinderlosigkeit Johanns Episode blieb. Obwohl das aus verschiedenen, nicht zusammenhängenden Teilen bestehende und allein durch die Person des Fürsten zusammengehaltene Territorium nach dessen Ableben unter seinen Verwandten aufgeteilt wurde und auch die von ihm erbauten Schlösser in Hadersleben, Tønder und Rendsburg heute nicht mehr erhalten sind, lohnt es sich doch, genauer hinzusehen, weil sich am

Beispiel von Johanns Herrschaft Fragen des Zusammenspiels von Fürst und Adel bzw. Bürgern und Bauern beantworten lassen. Nicht umsonst betitelt der Verfasser sein Werk „Fyrste og folk“. Entsprechendes gilt für Fragen nach den bei Hofe und im Umfeld eines Hofes wirkenden Kräften und nach der konkreten Herrschaft eines Fürsten in seinem Territorium. Dass es dabei vor dem Hintergrund des 16. Jahrhunderts ebenso um fürstliche Repräsentation wie um Ökonomie, Rechtsprechung und konkrete Herrschaftspraxis ging, versteht sich von selbst. Außerdem wurden während der Herrschaftszeit Johanns des Älteren wichtige Weichen auf dem Weg der Moderne gestellt. Die Niederringung der Dithmarscher durch die Landesherrn in der „letzten Fehde“ (1559) ist in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie die Säkularisierung von vormaligen Klosterbesitzungen (im Herrschaftsbereich Johanns in Bordesholm und Lügumkloster) und die Frage nach dem Charakter fürstlicher Herrschaft auf dem Weg vom Ständestaat zum Absolutismus. So unterscheidet sich die von den Zeitgenossen gemeinhin als sehr positiv wahrgenommene Herrschaft Johanns etwa von der seines Bruders, des Gottorfer Herzogs Adolf (1526-1586, reg. seit 1544), durch ihren weniger zupackenden Charakter. Johann beließ es im Amt Tondern und auf Nordstrand bei den überkommenen bäuerlichen Abgaben und begnügte sich 1557 nach der Niederschlagung eines Aufstandes auf Fehmarn mit einer relativ bescheidenen Bußzahlung, während Herzog Adolf einige Jahre später mit dem „Landgeld“ in der Landschaft Eiderstedt feste Abgaben einführte und damit vor allem den eigenen ökonomischen Vorteil wahrte. Dagegen scheint Johann – was Verwaltung und Hofhaltung angeht –

durchaus akkurater zu Werke gegangen zu sein als sein herzoglicher Bruder: Während von Johann allein drei Hofordnungen überliefert sind, in denen er das Miteinander der Funktionsträger im Umfeld seines Hofes zu regeln versuchte, erließ Herzog Adolf von Gottorf nicht eine einzige Hofordnung. Außerdem scheint Johann anders als dieser auch großen Wert auf die Anlage von Kopialbüchern und auf eine saubere Führung der Hansburger Registratur gelegt zu haben. All dem trägt die vorliegende Veröffentlichung auf vorbildliche Art und Weise Rechnung, bettet den Gegenstand in sein historisches Umfeld ein und vermittelt einen Überblick über Quellenüberlieferung und Forschungslage.

Ein Blick ins Inhaltsverzeichnis und ins Personenregister der Veröffentlichung verraten überdies, dass hier zum einen die Erkenntnisse der modernen Hof- und Residenzenforschung Eingang gefunden haben. So finden sich Kapitel zur Würde und zum Verhandlungsgeschick des Fürsten, zum Hof und den im Umfeld des Fürsten tätigen Funktionsträgern ebenso wie zur fürstlichen Repräsentation und zum Verhältnis von Fürst und Kirche sowie zu Schule und Ausbildung. Zum anderen wird aber auch aus einer genauen Kenntnis des Gegenstandes und der vor Ort handelnden Personen und Personengruppen heraus gearbeitet. Dies wird etwa am Beispiel des herzoglichen Sekretärs Georg Beyer und seiner Familie deutlich, ferner an verschiedenen Adligen und Hardsvögten, auf deren persönliches Schicksal näher eingegangen wird.

Die Ergebnisse der Arbeit werden am Ende in einer Synthese gleichsam noch einmal gebündelt, in der es um den „Fürstenstaat Johanns des Älteren“ geht (S. 203-211). Für Leser, die der dänischen Sprache nicht mächtig sind, findet sich im Anhang vor

den Abbildungsnachweisen und dem Register zudem eine von Paul Nawrocki ins Deutsche übertragene Zusammenfassung (S. 247-255).

Im Anhang sind neben einem ausführlichen Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 232-239) überdies verschiedene Beilagen zum Abdruck gebracht: eine Aufstellung von Schülern und Stipendiaten der aus dem Kloster Bordesholm hervorgegangenen Lateinschule (1565-1580) (S. 240), ein „Vorzeichnus der Hoffleidunge“ (1551) (S. 241), eine Aufstellung über die täglich bei Hofe verköstigten Personen (1566) (S. 242), eine alphabetische Aufstellung der Ämter (und ihrer Träger) bei Hofe unter Johann dem Älteren (S. 243-245) und ein Verzeichnis der regionalen Amtsträger des Herzogs (S. 246).

Durch eine reiche Ausstattung mit Abbildungen (u. a. Karten, Grafiken, Faksimilia von Archivalien und Fotos von Medaillen, zeitgenössischen Abbildungen des Fürsten und seiner Bauten sowie kulturgeschichtlich interessanter Gegenstände aus dem Umfeld des Herzogs), erhält der Leser einen sehr anschaulichen Eindruck von den einzelnen Aspekten der fürstlichen Herrschaft Johanns des Älteren. In der Summe entsteht so ein ebenso dichtes wie umfassendes Bild von dessen Fürstenstaat im Schleswig-Holstein des 16. Jahrhunderts, das hohe Standards für die weitere Beschäftigung mit dem Gegenstand setzt.

Detlev Kraack

1 Vgl. zum Gegenstand auch Lennart S. Madssen, Junker Christian und Herzog Hans der Ältere, in: Die Fürsten des Landes. Herzöge und Grafen von Schleswig, Holstein und Lauburg. Hrsg. von Carsten Proskrog Rasmussen u. a., Neumünster 2008, S. 110-141.

Mette Hermann, Finn Jensen,
Hans Jørgen Lych Larsen,
Gunvor Vestergaard, Merete Vonsbæk
Grænseland – krig og kulturmøde
Hrsg. in Zusammenarbeit mit
Grænseforeningene
København: Columbus, 2009. 176 S.,
viele Abb.

Im Herbst 2009 erschien im anerkannten Schulbuchverlag Columbus dieses Buch für den gymnasialen Unterricht, das die Anforderungen an das mit der Gymnasialreform von 2005 neu eingeführte Schulfach „Allgemeine Studienvorbereitung“ erfüllen soll. Mit der Reform sollen die dänischen Gymnasiasten neben ihren gewöhnlichen Schulfächern ihr Methodenbewusstsein stärken und gezielt in allgemein gesellschaftlichen Problemstellungen fächerübergreifend arbeiten können. Herausgekommen ist ein interessantes und sehr nützliches Lehrbuch mit einem etwas sperrigen und problematischen Titel. Es wird, bewusst oder unbewusst, die Assoziation geweckt, als ob Krieg eine besondere Variante einer kulturellen Begegnung darstellen würde.

Das Buch setzt sich mit dem deutsch-dänischen Grenzland aus der Perspektive der Schulfächer Geschichte, Gemeinschaftskunde (Wirtschaft/Politik), Dänisch und Deutsch auseinander. In der informativen und klaren Einleitung zu den Zielen des Buches wird überzeugend dafür argumentiert, dass komplexe Problemstellungen, wie die von Minderheiten in einem Grenzgebiet, methodisch und inhaltlich aus verschiedenen Winkeln angegriffen werden müssen. Es kann ein wenig verwundern,

dass man dabei dem Fach Geschichte keinen selbständigen Platz einräumt, sondern eher eine Hilfsfunktion zur Unterstützung der übrigen drei Fächer zuteilt (S. 10). Gerade der geschichtliche Teil ist meiner Meinung nach besonders gelungen und durchaus geeignet, zusammen mit dem übrigen Material wesentliche aktuelle Fragen qualifiziert zu behandeln.

Der erste geschichtliche Teil, S. 13-68, beginnt mit einer pädagogisch hervorragenden Einleitung zur Frage des Nationalismus und der Nationalstaaten aus historischer Perspektive. Auf wenigen Seiten werden hier schülergerecht die historischen und ideologischen Voraussetzungen für die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Dänemark und Deutschland im 19. Jahrhundert erläutert. Mit einem aktuellen Abschnitt über die Situation der Nationalstaaten ab 1945 bis heute wird zudem die große Aktualität der nationalen Fragen kritisch ins Bewusstsein gerückt. Der übrige geschichtliche Teil widmet sich der eigentlichen Geschichte der Herzogtümer Schleswig und Holstein, mit dem natürlichen Schwerpunkt auf Schleswig, das sich spätestens seit der Novemberverfassung von 1863 zum eigentlichen Kern der Auseinandersetzungen entwickelte. Wie schon in der Einleitung über die nationale Frage ist auch hier besonders der darstellende Teil eine wirkliche Bereicherung für den Unterricht, da eine solche pädagogische Didaktisierung dieses umfangreichen Stoffes bisher in Dänemark bemerkenswerter Weise gefehlt hat. Seit der kommentierten Quellensammlung von G. Japsen: „Dansk og Tysk i Sønderjylland“ von 1979 ist meines Wissens kein gymnasiales Schulbuch zur Geschichte des Grenzlandes erschienen, und mit den Quellen alleine lässt man die Schüler doch zu sehr im Stich. Hans Jørgen Lych Larsen hat

es verstanden, sachlich und nüchtern die wesentlichen Schritte der geschichtlichen Entwicklung bis heute in einer Weise nachzuzeichnen, die den Unterricht zu diesem Thema erleichtern und qualifizieren wird. Der Quellenteil ab Seite 52 ist traditioneller in seiner Art und betritt weniger Neuland als der darstellende Teil, aber auch dieser Abschnitt ist von großem praktischen Nutzen.

Das positive Bild des Geschichtsteils wird durch zahlreiche interessante und interpretierbare Illustrationen unterstrichen, wie im Allgemeinen Layout und Illustrationen im gesamten Buch besonders positiv hervorzuheben sind.

Im Gemeinschaftskundeteil, S. 69-106, überzeugen vor allem der methodische Aufbau und die interessante Perspektivierung der Grenzproblematik und der Fragen der Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze. Ausgangspunkt bildet eine Artikelserie in Jyllands-Posten von 2008, die sich näher mit der dänischen Minderheit in Südschleswig auseinandergesetzt hat. Das Material gibt die Möglichkeit, sich kritisch mit der Frage zu befassen, welche Anforderungen man an eine Minderheit stellen kann und sollte. Soll man nicht als Minimum die Sprache des Landes sprechen, zu dem man sich zugehörig fühlt? Kann man glaubwürdiger Repräsentant der dänischen Minderheit sein, wenn man in der ehemaligen DDR aufgewachsen ist und nach der Scheidung der Eltern keine weiteren familiären Bindungen an das Grenzgebiet oder Dänemark hat? Diese Fragen werden in dieser scharfen Weise nicht gestellt, aber die Möglichkeit wird durch die Informationen und die Einteilung des Stoffes gegeben. Wesentlich sind auch die Abschnitte zur Identität, die eine Definition des Begriffs vorausschicken und dann systematisch

die verschiedenen Ebenen, mit dem natürlichen Schwerpunkt auf der Frage der nationalen Identität, behandeln. Weniger überzeugend wirkt die im Kapitel 5 vorgestellte Theorie der Minderheit als Mehrwert, die auf den Theorien des französischen Soziologen Pierre Bourdieu beruhen.

Im Kapitel 6 zur internationalen Perspektive der Minderheitenfragen beschäftigt sich ein Abschnitt auch mit der Region Sønderjylland-Schleswig. Auch wenn das gesamte Buch, das ja in Zusammenarbeit mit Grænseforeningene entstanden ist, eine positive dänische Perspektive einnimmt, wären hier ein paar kritische Anmerkungen zu den Herausforderungen dieser Zusammenarbeit durchaus am Platz gewesen. Gerade im Bereich der sprachlichen Zusammenarbeit sieht nicht alles so rosig aus, wie es das Sprachprojekt Professor Dr. ABC erscheinen lässt. Faktum ist, dass die Deutschkenntnisse auf dänischer Seite in den letzten Jahren rückläufig sind und auch das Interesse am Dänischen in Norddeutschland seit der Finanzkrise zurückgeht.

Der Teil zum Fach Dänisch, S. 107-142, enthält neben einer kleinen Einleitung über die verschiedenen Textgenres und den historischen Stoff in der Literatur eine Sammlung von 10 sehr unterschiedlichen Texten und Textauszügen, die geeignet sind, zusammen mit den anderen Fachgebieten einen tieferen Einblick in die Identität des Grenzgebietes zu ermöglichen. Es fällt jedoch auf, und das ist keine Kritik an diesem Buch, dass aktuellere literarische Texte kaum vorhanden sind. Es wäre interessant zu untersuchen, warum das Grenzgebiet weder auf deutscher noch auf dänischer Seite anscheinend den Stoff für große Literatur liefern kann.

Der letzte Teil, S. 143-170, ist dem Fach Deutsch gewidmet. Hier überwiegen Sach-

prosatexte, die mit einer Reihe von erprobten und geeigneten Arbeitsaufgaben versehen sind. Eine wesentliche Grundlage stellen dabei die Reflexionen dreier eloquenter Repräsentanten der deutschen Minderheit in Nordschleswig und der dänischen Minderheit in Südschleswig dar, die auf eine Reihe von Porträtsendungen im Dänischen Radio zurückgehen. Sehr spannend ist dabei die diametral entgegengesetzte Beurteilung des Lebens in der Minderheit, wie sie in den Texten von Inge-Lise Kragh und Mikka Lene Pers zum Ausdruck kommen. Blicke ich zurück auf Kindheit und Jugend in der Minderheit, so war diese geprägt von Sicherheit und Geborgenheit, sagt Inge-Lise mit einem ausgeprägt dänischen Harmoniebedürfnis. Sie ist in Nordschleswig aufgewachsen. Mikka Lene Pers betrachtet ihre Kindheit ähnlich, aber nun ist sie erleichtert, dieser Minorität in Südschleswig entflohen zu sein. Und sie argumentiert hart und unversöhnlich: Deutsch? Solche Texte bieten Stoff für interessante Unterrichtsstunden. Zwei südschleswigsche Gedichte kompletieren den Deutschteil, ein gelungenes und interessantes, ein oberflächliches und banales, und auch diese bieten die Möglichkeit, die Frage der Identität im Grenzgebiet genauer zu untersuchen.

Zum Buch gibt es eine instruktive Homepage mit weiteren Arbeitsaufträgen und Vorschlägen zur Vertiefung. Auch das ist ein Gewinn für den Schulalltag.

Das Buch erfüllt meiner Meinung nach in jeder Hinsicht seinen Anspruch, das Thema Grenzgebiet fächerübergreifend und mit dem Schwerpunkt auf selbständigem methodischen Arbeiten im Gymnasium zu behandeln.

Wie schon angemerkt, sollte man seine kritischen Brillen jedoch nicht absetzen, wenn hier ein Schulbuch herausgegeben wird,

das die Interessen einer privaten Vereinigung unterstützen soll. Nach diesem mehr allgemeinen Vorbehalt kann ich das Buch aber nur wärmstens empfehlen. Das Resultat kann sich sehen lassen.

Burkhard Sievers

Schulprojekt zum Nationalsozialismus

Uetersen im Nationalsozialismus

Schüler der Ludwig-Meyn-Schule erforschen die Geschichte ihrer Stadt

Hrsg. v. Sönke Zankel, Kiel: Schmidt & Klaunig KG, 2009. 132 S., viele Abb.

Seit den Verbrechen des Nationalsozialismus und den Gräueln des Zweiten Weltkriegs sind über 65 Jahre vergangen. Man kann sich fragen, ob es weiterhin wichtig ist, diesem Thema im Geschichtsunterricht so viel mehr Unterrichtszeit zu widmen als anderen Geschichtsepochen. Ich bin der Meinung, dass es auch heute noch notwendig ist, mit Schülern über diese Zeit nachzudenken und sie sich lebendig vor Augen zu führen – gerade für das Fortbestehen einer toleranten Gesellschaft und für die Weiterentwicklung der Demokratie dürfen die aus jener Zeit zu ziehenden Lehren nicht vergessen werden. Da aber nach so langer Zeit immer weniger Zeitzeugen zur Verfügung stehen, ist es wichtig, die Verbliebenen noch zu befragen.

Der Gymnasiallehrer und promovierte Historiker Sönke Zankel hat gemeinsam mit dem 12. Jahrgang der Ludwig-Meyn-Schule einen tiefen Blick in die Geschichte des Nationalsozialismus im südholsteinischen Uetersen gewagt. Hauptbeweggrund war, dass es dort wie vielerorts recht wenig lokalbezogene Literatur über die Zeit des

NS-Regimes und deren Folgen gibt. Zudem sollte auf diese Weise den Schülerinnen und Schülern eine andere Herangehensweise an diese Zeit eröffnet werden. Dabei musste man sich auf Teilgebiete beschränken, um den Rahmen des Möglichen nicht zu sprengen.

Mit fachkundiger Hilfe suchten die Schüler verschiedene Archive auf und erarbeiteten im Laufe eines knappen Schuljahrs fünf Aufsätze. Darin widmen sie sich dem Nationalsozialismus an der Ludwig-Meyn-Schule, der „vergessenen“ Geschichte von zwei Verfolgten des NS-Regimes und zum Schluss der Rolle der Tageszeitung „Uetersener Nachrichten“. Abgeschlossen wird der Sammelband mit Ergebnissen einer Umfrage bei Schülerinnen und Schülern zu ihrem Wissensstand über die Zeit der Weimarer Republik und der Jahre von 1933-1945.

Der Band ist reich bebildert und mit Fußnoten versehen. Auch Abbildungen von Originalquellen und Diagramme fanden Eingang in den Band. Ein Literaturverzeichnis am Ende des Buches fehlt, es ist aber ein Quellenverzeichnis am Ende eines jeden Beitrages zu finden.

Wie bereits erwähnt, umfasst das Buch nur Teilaspekte des Nationalsozialismus in Uetersen. So geht es bei den Verfolgten des NS-Staates nur um die Zeugen Jehovas und eine Frau, die „Feindsender“ abhörte. Wer etwas über die Verfolgung weiterer Bevölkerungsgruppen wie z. B. Kommunisten, Juden, Gewerkschafter etc. wissen möchte, wird enttäuscht. Gleichwohl ist das Buch gelungen und bietet eine Fülle an Informationen. Es ermutigt hoffentlich noch weitere Schulen, z. B. im deutsch-dänischen Grenzgebiet, zu ähnlichen Projekten.

Jürgen Festersen

Ole Lindboe

Kunst til grænsen

Billedkunst i Sønderjylland og Sydslesvig

Grænseforeningens Årbog 2011.

80 S. Zahlreiche Bildproduktionen

In seinem neuen Jahrbuch thematisiert der Verein „für ein offenes Dänentum“, Grænseforeningen (s.a. GFH 4/2010, S. 275 ff.), die zeitgenössische Kunst im Grenzland. Anlass für diese Wahl war nicht zuletzt das 40-jährige Jubiläum der Grenzlandausstellung (s.a. GFH 4/2010, S. 316). Hierbei stellt sich dann allerdings die Frage, warum ausschließlich dänische und dänisch gesinnte Künstler die Kunst an der Grenze sowie „über alle Grenzen“ (S. 68 f.) vertreten sollen. Im Untertitel wird schließlich auf die Region als Ganzes hingewiesen, wenn auch in der immer noch verbreiteten, historisch wie politisch unkorrekten Bezeichnung als „Sønderjylland og Sydslesvig“, obwohl der erste Begriff geschichtlich das ganze alte Herzogtum bezeichnet und es nördlich von einem „Syd-“ logischerweise ein „Nord-“ geben muss.

In den Texten wird dann aber doch auf das

Zusammenwirken und die Unterschiede in der bildenden Kunst in Deutschland und Dänemark hingewiesen und dabei der Bogen bis hin zur naturnahen Landschaftsmalerei der Romantik geschlagen. War schon Caspar David Friedrich durch ein Studienjahr an der Kopenhagener Kunstakademie beeinflusst worden, sind die Künstler heute natürlich mehr denn je Einflüssen von überall her ausgesetzt. Diese führen dann oft zur Entwicklung eines eigenen Stils. Ob da noch grenzüberschreitend Unterschiede sichtbar wären, hätte man durch Hinzuziehung deutscher Maler und Bildhauer vielleicht be- oder widerlegen können.

Sehr schön ist trotz des kleinen Buchformats die Wiedergabe der Bilder, die durch kurze Künstler-Biografien ergänzt werden. Dadurch erhält der Leser den Eindruck, dass sich hier im Grenzland durchaus eine vielfältige Kunstszenen befindet, die sich vor den Metropolen absolut nicht zu verstecken braucht. Dies war auch der Zweck des Jahrbuchs. Schade nur, dass Verfasser und Redaktion nicht einen Schritt weiter gegangen sind, um den Slogan des wichtigsten dänischen Grenzvereins mit Leben zu füllen.

Gerret Liebing Schlaber

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Anna Buck, M.A.
Uhlandstraße 5
24116 Kiel

Anja Christiansen
Flensburger Tageblatt
Stadtredaktion
Nikolaistraße 7
24937 Flensburg

Jürgen Festersen, M.A.
Esmarchstrasse 29
24105 Kiel

Prof. Dr. Detlev Kraack
Seestraße 1
24306 Plön

Jørgen Kühl, ph.d.
A. P. Møller Skolen
Auf der Freiheit
24837 Schleswig

Karl Christian Lammers,
Lektor cand. mag.
Saxo-Institut
Københavns Universitet
Njalsgade 76
DK-2300 København S

Benjamin Lassiwe, M.A.
Rügener Straße 23
13355 Berlin

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
VUC Sønderjylland
Christiansfeldvej 31 D
DK-6100 Haderslev

Burkhard Sievers, Lektor
VUC Sønderjylland
Nygade 20
DK-6200 Aabenraa

Wir wünschen allen Mitgliedern und Freunden
ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes,
glückliches und erfolgreiches Jahr 2011

Der Vorstand des ADS-Grenzfriedensbundes e.V.

Karl Christian Lammers, Der 9. April 1940. Ein Schicksalstag in der deutsch-dänischen Geschichte Abb. 1: Werner Best, Dänemark in Hitlers Hand: der Bericht des Reichsbevollmächtigten Werner Best über seine Besatzungspolitik in Dänemark mit Studien über Hitler, Göring, Himmler, Heydrich, Ribbentrop, Canaris u.a., hrsg. v. Siegfried Matlok, Husum 1988, S. 10; Abb. 2: The Museum of Danish Resistance 1940-45. Foto: Erik Petersen

Anna Buck, Minderheiten – konkret. Einblicke in ein Forschungsprojekt Abb. 1, 2 u. 4: Roald Christesen; Abb. 3: Grænseforening. Foto: Knud-Erik Therkelsen; Abb. 5: René Rasmussen; Abb. 6: Ruth Clausen

Anja Christiansen, Zukunftsfaktor Vielfalt. 7. Dialog ADS-Grenzfriedensbund: Die Grenzverbände und ihre Perspektiven Abb. 1, 2 u. 4: Fotos: Anja Christiansen; Abb. 3: Foto: Ingrid Schumann; Abb. 5: ADS-Grenzfriedensbund, Deutscher Grenzverein, Grænseforening, Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (SHHB)

Jørgen Kühl, Eine Kehrtwende der Minderheitenpolitik? Der Konflikt um die Finanzierung der Schulen der dänischen Minderheit 2010 Abb. 1: Grænsen, Nr. 4/August 2010, hrsg. v. Grænseforeningen, S. 13; Abb. 2: Foto: Klaus Pløen; Abb. 3: Foto: Jørgen Kühl; Abb. 4: Karikatur von Niels Poulsen auf dem Titel der Zeitschrift Grænsen, Nr. 4/August 2010, hrsg. v. Grænseforeningen; Abb. 5: Foto: Michael Staudt

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e. V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg

ISSN 1867-1853